

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



2. Juni 1984
Jg. 5 Nr. 11

G 7756 D Preis:
2,50



BRD – Südafrika/Azania: Aktionen gegen die Umtriebe der BRD-Imperialisten in Südafrika Seite 7



Metallstreik: Was ist noch drin gegen einen schlimmen Ausgang der Tarifbewegung? Seite 8



Parteispenden: Kohl arbeitet weiter an Straffreiheit Seite 11

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

AKTUELLES AUS POLITIK
UND WIRTSCHAFT

BDI-Jahresversammlung: Kapitalistenverband fordert "neue Ordnungspolitik"	4
Flexible Arbeitsbedingungen: Die Heimarbeitverhältnisse sind Vorbild..	5
Kapitalistenverbände der EG-Staaten: Wer für Europa ist, steht an unserer Seite	6
BRD/Südafrika: Aktionen gegen die Umtriebe der BRD-Imperialisten in Südafrika	7
Gerichtsurteile: Beamtenrecht bekräftigt, Tarifhoheit angeschlagen....	7
Metallstreik: Was ist noch drin gegen einen schlimmen Ausgang der Tarifbewegung?	8
Arbeitszeiten flexibel übers Jahr verteilt	9
Personalausweis: Gesetzentwurf der GRÜNEN	9
Krankenstand: Je niedriger der Lohn, um so härter die Arbeit und schlechter die Gesundheit	10
Studie belegt: Ausbeutungsverhältnisse sind Hauptursache der Frühinvalidisierung	11
Parteispenden: Kohl arbeitet weiter an Straffreiheit	11
Auszüge aus der Bundestagsdebatte ..	12
Rüstungsindustrie: Flugzeugkonzerne forcieren Kooperation	12
NATO-Frühjahrstagung	13

AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG

Internationale Nachrichten	14
Kohl in Madrid: Die BRD will in Spanien eine Waffenschmiede im Ausland aufbauen	15
Niederlande: Regierung will Versicherungszahlungen kürzen	15
Großbritannien: Lehrer streiken für Lohn	16
US-Post: Lohnkürzungen von 30% -40% angedroht	16
Palästina: Die Zionisten verschärfen den Terror	17
Indien: Regierung gegen Forderungen der Sikh	17
Vietnam: Besserung der Versorgung, aber Aufbau des Sozialismus auf dem Lande gestoppt	18
KP Vietnams: Entwicklung der Großproduktion und Kontrolle des Marktes ..	19

REPORTAGEN UND BERICHTE
REGIONAL

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	20
--	----

DGB unterstützt Zielsetzung des Entwurfs der GRÜNEN

NIEDERLASSUNGSRECHT

Am 25. Mai führte die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag eine Anhörung zu ihrem Entwurf eines Gesetzes über die Niederlassung von Ausländern durch. Die GRÜNEN – wir berichteten in den Politischen Berichten Nr. 9/84 – verlangen, daß allen Ausländern nach achtjährigem Aufenthalt in der BRD ebenso wie ihren Familienangehörigen obligatorisch ein Niederlassungsrecht zuerkannt wird. Dieses Niederlassungsrecht umfaßt neben der Gleichstellung bei Versicherungs- und Sozialleistungen die ungehinderte politische Betätigung für Ausländer, und die GRÜNEN fordern in ihrem Entwurf, für alle darunter fallenden Ausländer spätestens bis zum 1.1. 1990 das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen einzuführen. An der Anhörung der GRÜNEN zu ihrem Gesetzentwurf nahmen unter anderem teil: "Frankfurter Appell", Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit und andere Ausländer-Initiativen, die Föderation progressiver Volksvereine der Türkei – HDF, Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan, Vertreter der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände. Erfreulich ist die Teilnahme von Vertretern des DGB, der IG Metall und der GEW und daß die Gewerkschaftsvertreter, wie die GRÜNEN in ihrer Pressemitteilung schreiben, wie auch andere Organisationen "in

ihren Beiträgen ihre Unterstützung für das Niederlassungsgesetz in seiner Zielrichtung deutlich" gemacht hätten. Der Vertreter des DGB wies darauf hin, daß IG Metall und IG Druck und Papier bereits Beschlüsse haben, die sich für das Kommunalwahlrecht für Ausländer aussprechen. Vertreter von Ausländer-Initiativen sprachen sich ebenfalls für ein solches Gesetz aus, weil die Praktiken der Ausländerbehörden immer mehr rassistische Züge annehmen. Einige Organisationen äußerten aber den Wunsch, daß durch Herabsetzung der Aufenthaltsdauer auf fünf Jahre statt acht eine größere Zahl von Ausländern unter die Regelungen fallen solle. – (alk)



Gegen die reaktionäre Ausländerpolitik fordern zahlreiche Organisationen die politische Gleichstellung.

Strafverteidigertag fordert
Aufhebung des Sondervollzugs

Etwa 300 Anwälte beschlossen auf dem 8. Strafverteidigertag am 19./20.5. zum Sondervollzug bei Gefangenen nach § 129 a StGB:

"a) in der Öffentlichkeit ... müssen Anstrengungen unternommen werden, eine Auseinandersetzung um das Sonderhaftkonzept für politische Gefangene und dessen ständige Ausweitung wieder aufzunehmen; dabei soll insbesondere das dem 'Sicherheitsbegriff' bei den politischen Gefangenen zugrundeliegende Konzept der Eliminierung des 'inneren Feindes' als mit den nach Völkerrecht und grundrechtlichen Garantien geltenden Rechtsansprüchen ... unvereinbar angegriffen werden. – b) Die gesetzlich nirgendwo normierten ... Sonderhaftbedingungen insbesondere durch Unterbringung in Hochsicherheitstrakten, Einzelisolation, Beschränkungen des Besuchs- und Postverkehrs müssen aufgehoben, die Hochsicherheitstrakte beseitigt werden ... – d) Die vom Bundesrat geplante Normierung der Anwendbarkeit der Trennscheibe zwischen Verteidiger und Gefange-

nem auch ohne § 129 a-StGB-Vorwurf ... muß von vornherein verhindert werden. – e) Die von der Bundesanwaltschaft betriebene Kriminalisierung der Diskussion um und Forderungen nach Zusammenlegung politischer Gefangener ... kann nicht hingenommen werden. Wir gehen davon aus, daß die politischen Gefangenen ... ein Recht auf Zusammenlegung haben." – (alk)

Almosenstiftung gegen das
Recht auf Abtreibung

§ 218-Gruppen, mehrere Fraueninitiativen und die GRÜNEN-Frauen wandten sich am 24.5. mit Flugblättern und Presseerklärungen gegen das Vorhaben der Bundesregierung, ein Gesetz zur Einrichtung einer Stiftung "Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" beschließen zu lassen. Das Gesetz wurde an diesem Tag in erster Lesung im Bundestag beraten. Unter Aufsicht des Bundesfamilienministeriums soll die Stiftung in diesem Jahr 25 Mio. DM, in den nächsten drei Jahren je 50 Mio. an Länderinstitutionen verteilen, die den regierungsamtlichen Ruf haben, familienfördernd zu wirken, gemeint sind wohl vor allem kirchliche Beratungsstellen. Diese

sollen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch wegen einer Notlage wollen, Geld zur Überwindung der Notlage anbieten. Für die ca. 80000 Frauen, die 1983 eine solche Abtreibung haben durchführen lassen, wären das pro Kopf gerade 624,- DM. In einer gemeinsamen Presseerklärung führen die oben aufgeführten Organisationen aus: "Die angestrebte Bundesstiftung und der Gesetzentwurf zielen darauf ab, in der Öffentlichkeit Abbrüche auf Grund der Notlagenindikation als unnötig hinzustellen und entsprechend eine Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerung herbeizuführen. Die Frauen sollen sich 'dem biologische Zwang und der ethischen Pflicht zu Schwangerschaft und Mutterschaft stellen.'" — (uld)

IGM-Hamburg gegen

Kündigung von H. Gaßmann

In einer Resolution der Vertreterversammlung der IG-Metall Hamburg am 21. Mai wird die Kündigung des Bildungssekretärs Hermann Gaßmann durch den Vorstand der IG-Metall in Frankfurt abgelehnt. Weiter wird die Weiterbeschäftigung Gaßmanns in der Hamburger Ver-

waltungsstelle gefordert. "Hermann Gaßmann darf nicht Opfer reaktionärer Richtersprüche werden", heißt es in der Resolution. Gaßmann selbst hat den Kündigungsabsichten des Frankfurter Vorstandes entschieden widersprochen. Die Ortsverwaltung erklärte der Vertreterversammlung, daß die "Hamburger Linie" ("Wir lassen Gaßmann nicht fallen!") überhaupt keine Mehrheit bei den Vorstandsberatungen gefunden hat. Der Vorstand hat im Gegenteil der in Personalfragen zuständigen Hamburger Ortsverwaltung das Entscheidungsrecht im Falle Gaßmanns entzogen. Dabei beruft sich der Vorstand auf das "Gesamtsinteresse der Organisation" in diesem Fall und da würde die Weiterbeschäftigung großen "Schaden" anrichten. Als Beweis führt der Vorstand die Briefe zweier Einzelpersonen wie einen Leserbrief an die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" an. Die mangelhafte Information der Mitglieder 'nutzt der Vorstand aus, um die Kündigung durchzusetzen. Damit erkennt er auch das Urteil wegen angeblicher Spionage an, obwohl die IGM die Verteidigung zahlte. — (mee)

SS-Traditionsverbände: Jahreshauptversammlung konnte nicht stattfinden 21

Europawahlen: CDU tritt ein für aggressive EG-Politik 21

Kommunalpolitik: Münchner Stadtrat behandelt CSU-Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 22

Neonazis: Urteil gegen die Borussenfront 23

Buchhandel Westberlin: Tarifverträge nach hartem Kampf erhalten ... 23

"Regelbeurteilung": Mayer-Vorfelder: auch in der Personalpolitik "die Wende exekutieren" 24

"Impulse für Leistungswillen" 24

MAN: Sonderschichten bei Kurzarbeit 25

Elbmarschen: Samstagsarbeit in der Zementindustrie 25

Ausländerpolitik: Regierungspolitik heftig kritisiert 26

Hochschule: Anzeigen wegen Rassistuskritik 26

Ausländische Studenten: Expansionsinteressen des BRD-Kapitals bestimmen Studien- und Lebensbedingungen 27

Was plant die Regierung beim Ausländerstudium? 28

Stichwort: Ausländische Studenten ... 29

SOZIALSTATISTIK

Effektivlohnentwicklung Metall (II): Kapitalistenwunsch — Differenzierung nach Branchen 30

KULTUR UND WISSENSCHAFT — DISKUSSIONSBEITRÄGE

"Dead Zone": Horrorfilm zur Rechtfertigung des "vorbeugenden" Mordes 32

Blut- und Bodenmärchen 32

Fortschritt im Namen des Profits 32

Gefängnisalltag unter dem Faschismus 33

SPD-Glotz: Warum die Bourgeoisie die SPD bräuchte 33

USA 1945-1950: Militärpolitik und Arbeiter- und Soldatenbewegung 34

Bleistiftskizze 35

SPEZIALBERICHTE

Krieg Iran/Irak: Die Interessen der Bourgeoisien beider Länder prallen aufeinander 36

Europäische Imperialisten suchen Gründe zum Eingreifen 36

Islamischer "Protestantismus" und "Arabischer Sozialismus" 38

Titelbild: Karikatur von güv, Köln

Appell der "Schlesischen Jugend" an die polnische Regierung

FÜR "DEUTSCHTUM"

Rechtzeitig vor Beginn der alljährlichen Kundgebungen der "Vertriebenen"-Verbände im Juni hat am 23. Mai die "Schlesische Jugend", die Nachwuchsorganisation der "Landmannschaft Schlesien" dem Bundeskanzler einen Appell mit 20000 Unterschriften an die Regierung der Volksrepublik Polen übergeben. Diese Aktion wurde von mehr als 100 Bundes- und Landtagsabgeordneten durch ihre Unterschrift unterstützt, darunter der CSU-Landesgruppenvorsitzende der CSU im Bundestag, Waigel, der Hamburger CDU-Vorsitzende Echternach sowie der Europa-Parlamentarier Otto von Habsburg.



Die "Vertriebenen"-Verbände demonstrieren auch dieses Jahr im Juni für ihr "Heimatrecht".

In dem Appell wird die polnische Regierung aufgefordert, "den 1,1 Millionen Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten die der Würde des Menschen innewohnenden Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten". Die Bundesregierung wird ermuntert, "die laut Verfassung bestehende Schutzpflicht für die Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße wirkungsvoll wahrzunehmen". Die 20000 Unterschriften unter den Appell sollen der Bundesregierung laut Absicht der "Schlesischen Jugend" und der Unterzeichner dabei helfen. Sie kann darauf verweisen, wenn sie Polen bei den nächsten Umschuldungsverhandlungen mit seinen Schulden bei den BRD-Imperialisten erpreßt: "Umschuldungen und weitere wirtschaftliche und finanzielle Hilfen", "öffentliche Beiträge zur geplanten Hilfe westeuropäischer Bischofskonferenzen für die private Landwirtschaft in Polen" soll die Bundesregierung nur noch dann gewähren, wenn die polnische Regierung "den Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten wirtschaftliche und kulturelle Hilfen und die Gewährung der Menschenrechte gewährleistet." Die Bundesregierung wird den Vorschlag dankbar aufgreifen. Die Aktionen der Landmannschaften sind in der Regel mit ihr abgesprochen. Sie sorgen für die nötige reaktionäre Mobilisierung für eine revanchistische Politik. — (clm)

Kapitalistenverband fordert „neue Ordnungspolitik“ – die Schranken bei Lohn und Arbeitsbedingungen sollen weg

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kündigte in seinem Jahresbericht 1982–84 einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Ausbeutung der Lohnabhängigen an: „Der Weg in die sogenannte dritte industrielle Revolution wird nicht bequem sein. Einem hochindustrialisierten Land bleibt aber keine andere Wahl.“ Von der Entwicklung der Technik als unabweisbar erzwungen stellt der Kapitalistenverband dar, was Maßnahmen und Ziele der westdeutschen Kapitalisten sind: Im Zusammenhang der Erneuerung ihrer Maschinerie streben die Kapitalisten danach, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu weit profitableren Bedingungen, weitgehend schrankenlos durchzuführen.

Die rasche Akkumulation und Konzentration des westdeutschen Kapitals steht als entscheidende Aufgabe an. Der BDI faßte zusammen: „Vorrang muß wieder das Wirtschaftliche haben und nicht mehr das Soziale.“ Das ist der Auftrag der Kapitalisten an die Regierung und die Regierungsparteien. Dazu fordern sie eine „neue Ordnungspolitik“, die die Unterordnung aller arbeitenden Schichten unter das Kapital ausbauen soll.

Der Präsident des BDI, Rodenstock, lobte in seiner Rede auf der BDI-Jahresversammlung am 15.5.: Die Bundesregierung habe aus den Fehlentwicklungen der letzten anderthalb Jahrzehnte erste Konsequenzen gezogen. Zustimmung fanden die Angriffe der Regierungsparteien auf die Schranken, die die Arbeiterbewegung gegen die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft errichten konnte.

BDI fordert die Öffnung der Lohnschranke nach unten

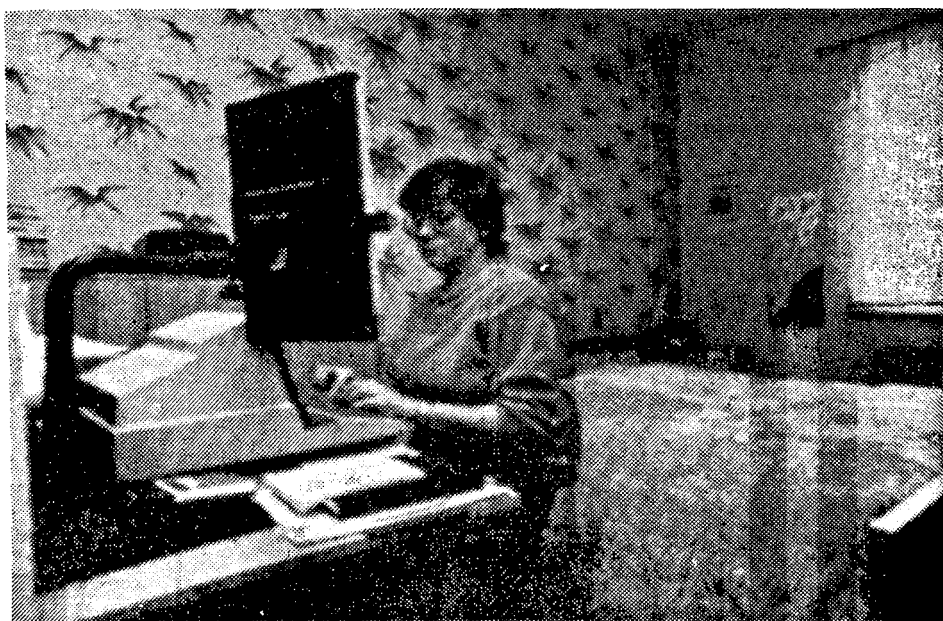
Rodenstock forderte, das bisher geltende Tarifrecht solle beseitigt, kollektiv geltende Vereinbarungen sollen nicht mehr abgeschlossen werden. Im Jahresbericht 1982–84 bündelte der BDI die Forderungen:

„Außerdem müssen gesetzliche Regelungen und Tarifvertragsvereinbarungen im Arbeitszeitbereich so flexibel angelegt werden, daß sie den unterschiedlichen Erfordernissen der verschiedenen Branchen und der einzelnen Unternehmen gerecht werden. Zu starre Lohnsysteme verhindern die erforderliche Mobilität der Arbeitnehmer und gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit ... Reallohn und Rentabilität müssen wieder in ein Verhältnis gebracht werden, das vermehrte Investitionen wieder lohnend macht.“

Wenn die Kapitalisten davon sprechen, daß die „Lohnsysteme zu starr“ seien, liegt dem zugrunde, daß sie die Löhne weiter aufsplitteln und senken konnten. Die bisherigen Tarifverträge sind eine Schranke gegen das weitere Herabdrücken der untersten Löhne. Diese Lohnschranke zu zerbrechen ist Ziel der westdeutschen Kapitalisten. Darüber soll es ihnen gelingen, den Mindestlebensstandard in Westdeutschland unter den bisherigen Stand zu senken. Was in den verschiedenen Regionen, in den verschiedenen Branchen und Betrieben den Kapitalisten an Kapitalakkumulation und

Rodenstock stellte mit Befriedigung fest, daß die Regierung schon einiges getan hat, um die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu verschlechtern. Aber der „Abbau beschäftigungshemmender Vorschriften“ sei bei weitem nicht genügend. Blüms vorliegender Gesetzentwurf müsse ausgebaut werden:

„Dem Problem der Sozialplanverpflichtungen wird im Gesetz ebenso wenig Rechnung getragen wie dem überzogenen Kündigungsschutz und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ohne Beseitigung vor allem dieser Mängel kann das Artikelgesetz seine erhoffte Wirkung nicht entfalten.“



Heimarbeit an Datenerfassungsgeräten: Ohne Versicherungsschutz, ständig auf Abruf bereit, Arbeit rund um die Uhr, niedriger Prämienlohn: Die Kapitalisten wollen die Zahl dieser Arbeitsplätze erhöhen.

-konzentration notwendig erscheint, soll das Maß der Lohnsenkungen sein. Der BDI-Präsident wies darauf hin, daß der Ansatzpunkt für die weitere Lohnsenkung das Senken des Mindeststandes sein muß:

„Die Tendenzen zur Angleichung der Lohnabschlüsse – womöglich noch unter Orientierung am höchsten Abschluß – und zur Nivellierung verschärfen die Strukturprobleme und Beschäftigungsrisiken.“

Leistungen der Sozialversicherung sollen beseitigt werden

Das Öffnen der Lohnschranke nach unten hat erst dann die volle Wirkung für die Profitsteigerung, wenn die noch vorhandenen Schranken des Normalarbeitstages ebenfalls beseitigt sind. Der BDI fordert gesetzliche Regelungen, die das bewirken.

Der BDI-Präsident sieht weitere Hemmnisse in den „hohen Lohnnebenkosten“.

„Die Relation zwischen Leistungs- und Transfereinkommen geriet aus dem Gleichgewicht.“

Die Kapitalisten wollen die Zahlungen für den frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft einschränken. Die Arbeiterfamilien sollen dafür aufkommen. Rodenstock:

„Sichtbare Lähmungserscheinungen zeigen die sozialen Sicherungssysteme. Ihr ursprüngliches Ziel, Daseinsvorsorge für Wechsellagen des Lebens zu treffen, wird heute weit überschritten. Dem Subsidiaritätsprinzip muß wieder stärker Geltung verschafft werden.“

Bei Änderungen der Vorruhestandsregelungen dürften keine endgültigen, nicht wieder aufhebbaren Beschlüsse

gefaßt werden. Denn klar sei, daß in absehbarer Zeit in der BRD wie in anderen Industriestaaten das Rentenalter heraufgesetzt werden müsse. Es würden zu wenig Arbeiter da sein.

Von der Jugend bis ins Alter: mobil und flexibel fürs Kapital

Wie soll die Arbeitskraft also beschaffen sein, die den Vorstellungen des BDI entspricht?

Der Auszubildende soll kein Recht mehr haben auf Zahlung einer Ausbildungsvergütung, die durch Tarifvertrag gesichert ist. Er soll nur noch die Hälfte der bisherigen Ausbildungsvergütung erhalten. Wenn die Bedingungen des Betriebes es verlangen, soll der Beschäftigte ohne Kündigungsschutz entlassen werden können. Eine Abfindung im Rahmen eines Sozialplanes soll es nicht mehr geben. Der Lohnabhängige soll einsetzbar sein zu jeder Tag- und Nachtzeit, jeweils die Zeitdauer, die für die Profite am vorteilhaftesten ist. Er soll entweder 12 oder auch 14 Stunden am Tag oder in Teilzeit eine erhöhte Leistung zum gesenkten Lohn erbringen. Hat der Kapitalist die Arbeitskraft frühzeitig verschlissen, soll der Arbeiter keinen Anspruch auf Rente haben. Die Familie oder sonst wer soll für ihn aufkommen. Der kranke Arbeiter erhält keinen Lohn mehr. Falls der Arbeiter an der neuen



Teilzeitarbeit: Höchstleistungen zum gekürzten Lohn je nach dem Bedarf der Kapitalisten

Maschinerie arbeitet, darf kein Manteltarif, der den Lohn für bestimmte Arbeiten festlegt, seinen mobilen Einsatz, z.B. an Mischarbeitsplätzen behindern.

Die „neue Ordnungspolitik“ – Kohl aktiv für die Freiheit der Herren

Wenn die Gewerkschaften etwa auf solche „starrten Lohnsysteme“ und auf Vereinbarungen ohne Öffnungsklau-

seln, die Lohnsenkungen je nach Betrieb, Branche und Region verschieden ermöglichen, bestehen, dann ist das ein „Pochen auf dem Besitzstand“. Ein solches Verhalten steht der „Erneuerung“ im Wege. Eine „neue Ordnungspolitik“ muß her, verlangt der BDI. Die Politik der Regierung muß ausgerichtet sein: Alles für die Stärkung und Expansion des westdeutschen Kapitals. Von der konservativ-liberalen Regierung forderte der BDI-Präsident, daß sie die Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen fortsetzt:

„Jetzt kommt es entscheidend darauf an, daß die ordnungspolitisch richtige Linie der Regierungsparteien vom tagespolitischen Geschäft nicht unterspült und damit das Vertrauenskapital voreilig aufs Spiel gesetzt wird. Mit einem Wort: Die Bundesregierung muß die Kraft aufbringen, Grundsatzentscheidungen in aktive Politik zugunsten des notwendigen marktwirtschaftlichen Erneuerungsprozesses umzusetzen.“

Der Auftrag des BDI an die Regierung lautet, daß diese mit ihrer Politik einen „Konsens“ der gesellschaftlichen Kräfte herstellen soll, Zustimmung dafür gewinnen soll, daß die Expansion des Kapitals gesichert wird. Bundeskanzler Kohl beteuerte auf der Jahresversammlung seinen Auftraggebern, daß er seinen „Konsolidierungs-

Flexible Arbeitsbedingungen: Die Heimarbeitsverhältnisse sind Vorbild

„Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung“ fordern die Kapitalisten in ihrem „Flexi-Konzept“. Nirgendwo ist die Arbeitskraft so flexibel dem Konjunkturverlauf unterworfen wie bei der Heimarbeit. So pendelte in den Jahren 1970 bis 1981 die Zahl der in der Elektrotechnik beschäftigten Heimarbeiter zwischen 17730 und 24800; nicht selten veränderte sich ihre Zahl innerhalb eines Jahres um 30 Prozent. Insgesamt fiel die Zahl der in Heimarbeit Beschäftigten in dem Zeitraum von 222000 auf 138000. 32% der Heimarbeiter wohnen in Bayern, 26% in Baden-Württemberg. Typische Heimarbeitsbranchen sind Schmuck- (30% Heimarbeiter) und Spielwarenindustrie (23%), aber auch in der Schuhindustrie, der Papier- und Kunststoffverarbeitung und im Textilgewerbe sind 5 bis 7% der Beschäftigten Heimarbeiter, in der zahlenmäßig großen Elektroindustrie noch 2%.

„Flexibel“ ist die Heimarbeit hinsichtlich der Arbeitszeit, Entlohnung und rechtlichen Lage. Die Arbeitszeitordnung und das Verbot der Sonntagsarbeit gelten zum Beispiel nicht, der Kündigungsschutz nur verstümmelt. Die Lohnfortzahlung bei

Krankheit ist mit einem Zuschlag von 3,4% auf den Lohn abgegolten.

Obwohl das Heimarbeitsgesetz den Tarifvereinbarungen Vorrang gibt, werden diese von den Gewerkschaften kaum abgeschlossen. Als Ersatz werden von den Heimarbeitsausschüssen – je drei Beisitzer der Auftraggeber und der Beschäftigten sowie ein von der Arbeitsbehörde bestimmter Vorsitzender – bindende Festsetzungen über Entgelte und sonstige Vertragsbedingungen beschlossen. Im Ergebnis liegen dann die Entgelte 30% unter Tarif. Für das Schreiben von Adressen werden z.B. 6,15 DM je Stunde gezahlt.

Flexibilisierung durch neue Technologien: „Sie erleichtert die Individualisierung der Arbeitszeit und ermöglicht die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Bestimmte berufliche Tätigkeiten können zunehmend auch zu Hause ausgeübt werden.“ Dies schreibt die CDU in ihren Stuttgarter Leitsätzen. Gemeint ist die Büroheimarbeit an elektronischen Textverarbeitungsgeräten. Mit 200000 DM finanziert die Landesregierung Baden-Württemberg den „Modellversuch Teletex“, wo meist weibliche Schreibkräfte daheim Schriftgut in Bürofernreiber tippen. Sie sind teils festangestellt, teils Heim-

arbeiter nach dem Heimarbeitergesetz. Wirtschaftsminister Eberle: „Wir wollen damit Schrittmacherdienste leisten.“

Große Teile der Textverarbeitung und Programmierung werden als heimarbeitsfähig angesehen. Mit dem Modellversuch soll ermittelt werden, welche technischen und organisatorischen Probleme noch zu lösen sind. Die Wirtschaftlichkeit wurde schon von der Siemens AG in einem ähnlichen Versuch festgestellt.

Der Modellversuch wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Personenzahl mußte von den geplanten 50 auf 15 reduziert werden, da fast alle vorgesehenen Betriebe ihre Teilnahme zurückzogen – vielfach auf Druck der Betriebsräte. Die IG Metall fordert das Verbot der „elektronischen Heimarbeit“. Zur normalen Heimarbeit äußert sie sich aber nicht. Angesichts der Flexibilisierungsabsichten der Unternehmer ist es notwendig, für alle Lohnabhängigen Mindestbedingungen im Arbeitsschutz und Entgelt durchzusetzen. Dazu zählt insbesondere die Gleichstellung der Heimarbeiter mit den Arbeitern.

Quellenhinweis: IG Metall, HdA-Beratungsprojekt „Elektronische Heimarbeit“; Angestellten-Magazin 7/83 und 12/83; Druck und Papier 6/84; WSI-Informationspaket „Arbeitszeitflexibilisierung“; Wirtschaftswoche 13/84; Politische Berichte 4/84; Stuttgarter Nachrichten, 16.5.84.

kurs“ fortsetzen werde. Kohl in seiner Rede: Der Leitsatz, unter dem die Regierung ihre Angriffe für das westdeutsche Kapital entwickelt und begründet, laute: „Wir müssen wissen, was wir dem Vaterland schuldig sind.“

Kohl erklärte, die soziale Marktwirtschaft sei „die Form einer freien Gesellschaft“. Daher sei unser Staat verteidigungswert. Freilich: Freiheit koste ihren Preis. Für wen? Kohl machte das deutlich. Er wandte sich gegen Gleichheit. Denn:



Schwerarbeit in der Metallindustrie: Den Kapitalisten ist der Lohn nicht niedrig genug

„Es gehört heute zu den Hauptproblemen der Gesellschaftspolitik unseres Landes ... daß wir für jedes Stück mehr Gleichheit ein Stück mehr Freiheit einbringen müssen.“

Die Forderungen der Arbeiterbewegung nach kollektiv gesicherten Versicherungsleistungen, nach der Sicherung eines Mindeststands der Lohn- und Arbeitsbedingungen versperren dieser Freiheit den Weg. Diese Schranken hindern die Expansion des westdeutschen Kapitals. Welche Gruppierungen, welche Kräfte für diese Expansion und für die Angriffe auf die Interessen der Lohnarbeiter Kohl gewinnen will, deutete er an. Die Antreiber in den Fabriken und im öffentlichen Dienst sollen als „Leistungselite“ steuerlich gepflegt und materiell gewonnen werden. Die Freiheit der Herren soll aber durch die Gleichheit der Knechte nicht eingeschränkt werden: Kohl ist aktiv für eine Gesellschaft, die gegliedert ist in Herren und Knechte.

BDI und Regierung haben deutlich gemacht, daß die Arbeiterbewegung für die Anhebung der Niedriglöhne und die Sicherung eines Mindeststandards der Arbeitsbedingungen kämpfen muß.

Quellenhinweis: BDI-Informationen + Meinungen 5/84; BDI-Jahresbericht 1982-84; Reden von Rodenstock u. Kohl, BDI-Jahresversammlung, 15.5.84 - (gba, uld, wor)

Kapitalistenverbände der EG-Staaten: Wer für Europa ist, steht an unserer Seite

Die „Union der Industrieverbände der Europäischen Gemeinschaft“, in der sich die Kapitalistenverbände aus allen EG-Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben, veröffentlichte im April 1984 einen Aufruf an die Kandidaten für die Wahl des Europaparlaments. Unter dem Titel „Mehr Europa bitte“ formulieren die Kapitalisten in den verschiedenen EG-Staaten ihre Erwartungen und Forderungen an die künftigen Mitglieder des Parlaments und räumen gegenüber den Kandidaten gleich mit allen Vorstellungen auf, daß Einsatz für die EG und das Europaparlament auch nur entfernt mit anderen als den Interessen der Kapitalisten zu tun haben könnte:

„Wenn Sie sich als Kandidat ... aktiv am Europawahlkampf beteiligen, bezeugen Sie hiermit ihr Interesse für den Aufbau Europas. Damit befinden Sie sich Seite an Seite mit der Wirtschaft, die ... von ihren Vertretern erwartet, daß diese sich aktiv für die Konsolidierung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Europas einsetzen.“

Und was erwarten die Vertreter der Kapitalisten von einem, der sich „Seite an Seite“ mit ihnen befindet? Stärkung der Vorherrschaft der Kapitalisten in der EG gegenüber dem übrigen Europa und gegenüber Konkurrenten aus anderen Erdteilen durch Verbesserung der Bedingungen für die Ausbeutung der Lohnabhängigen in der EG und Beseitigung aller Hemmnisse der Konkurrenz unter den Kapitalisten in der EG, ist die freimütige Antwort der Kapitalisten. Sie fordern unter anderem:

„Förderung der Beschäftigung: ... Von allen Lösungen ... hält die europäische Industrie die Wiederbelebung der Wirtschaft durch eine verstärkte Investitionstätigkeit für die beste Lösung ... Förderung der Investitionen: ... Investi-

tionen fördern heißt ... einen Binnenmarkt von kontinentaleuropäischen Dimensionen schaffen und die Rentabilität der Unternehmen durch eine Reduzierung der Kosten, insbesondere der Arbeitskosten und der Steuerbelastung zu verbessern ... Unterstützung des technologischen Wandels: In die Zukunft Europas investieren heißt, in die Technologie der Zukunft investieren ... Neubelebung und Zukunft der Industrie hängen in hohem Maße von den Möglichkeiten ab, die der Wirtschaft geboten werden, um ihre Bemühungen im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte zu intensivieren. Europa fördert diese Bemühungen, aber behindert sie zugleich ... sie behindert sie sogar durch eine zu strikte Überwachung der Wettbewerbsvorschriften ... Mit nur der Hälfte der finanziellen Mittel ist es Japan gelungen, innerhalb von 10 Jahren in der Elektronik einen Weltmarktanteil von 40% zu erringen. Europa kann das auch, man muß es nur wollen ... Gesetze harmonisieren, aber ein Übermaß an Vorschriften vermeiden: ... Die Angleichung darf nicht auf dem höchsten Stand erfolgen ... Unser Aufruf an die Parlamentarier: Mehr Europa bitte! ... In seinem letzten Bericht zur Lage der Nation konnte der Präsident der Vereinigten Staaten stolz verkünden: „Amerika ist wieder da!“ Verkünden Sie: „Europa ist auf dem Weg!“

Die europäischen Kapitalisten haben in diesem Aufruf zum Ausdruck gebracht, daß ihre Einigkeit vor allem in der gegenseitigen Unterstützung beim Angriff auf die Arbeiter und Lohnabhängigen in den EG-Mitgliedstaaten besteht. Sie wollen „Harmonisierung“ der Ausbeutungsbedingungen auf dem niedrigsten Standard, den eine Kapitalistenklasse in einem Land gegen die dortige Arbeiterbewegung durchgesetzt hat.

Quellenhinweis: UNICE, Aufruf der europäischen Unternehmer für die Wahl des Europäischen Parlaments, April 1984



Belgische Arbeiter demonstrieren gegen die Beseitigung der Lohnindexierung durch die Regierung. 1979 hatte die EG-Kommission die Abschaffung verlangt.

Aktionen gegen die Umtriebe der BRD-Imperialisten in Südafrika

Die Bundesregierung hat den Abschluß der Verträge zwischen der südafrikanischen Regierung und Angola und Mosambik zum Anlaß genommen, den südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha zu einem Staatsbesuch nach Bonn einzuladen. Sie demonstriert damit öffentlich ihre Zustimmung und Befriedigung über die Erfolge der südafrikanischen Aggressionspolitik gegen die Staaten im südlichen Afrika. Der Besuch soll sicherlich auch zur Vorbereitung weiterer Einmischung der europäischen Imperialisten im südlichen Afrika dienen, denn Botha wird außer der BRD auch noch Belgien, Großbritannien, der Schweiz, Österreich und Portugal Staatsbesuche abstatten und nach Frankreich zu einem „Privatbesuch“ fahren. Eine Stellungnahme des „Handelsblatt“ deutet ebenfalls auf solche Vorhaben:

„Südafrika ist für einige der Reisedestinationen (Ziele, d. Red.), ein bedeutender Handelspartner, und das Land ist eine regionale Großmacht, ohne deren Mitwirken in der Region keine politische Ordnung von Dauer geschaffen werden kann.“

„Kritischen Dialog“ nennt die Bundesregierung die andauernde Unterstützung für das Burenregime und behauptet z.B. in ihren regelmäßigen Berichten über die Einhaltung des sogenannten EG-Kodex in Südafrika, die steigenden Kapitalausfuhrungen westdeutscher Kapitalisten nach Südafrika würden zu einer Besserung der Lage der azanischen Arbeiter beitragen. Westdeutsche Kapitalisten verbreiten angesichts der öffentlichen Kritik in der BRD schlicht und unverfroren Lügen über die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Südafrika. So schreibt z.B. Dr. M. Krämer, Geschäftsführer der TWD-GmbH. im „Handelsblatt“:

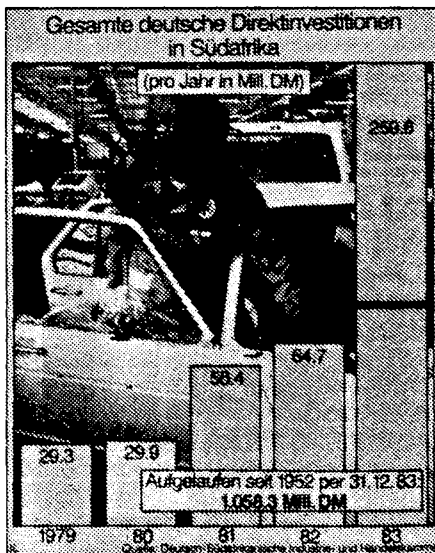
„Die wirtschaftliche und soziale Emanzipation der schwarzen Bevölkerungsmehrheit des Landes befindet sich im Auftakt ... Der Einkommenszuwachs der schwarzen Bevölkerung zeigt höhere Raten als der jeder anderen Bevölkerungsgruppe.“

Gegen solche Behauptungen spricht ein Bericht des Johannesburg Market Research Africa, das im Januar bekanntgab, daß auch im Jahr 1983 der Unterschied zwischen dem Einkommen der Weißen und der Schwarzen gewachsen sei. Die Einkommen der Weißen sind nach den Angaben des Instituts 1983 um nominal 18,1%, die der schwarzen Familien um 9,8% gestiegen.

Kapitalexport westdeutscher Kapitalisten, Unterstützung der südafrikanischen

schon Rüstungsproduktion und „kritischer Dialog“ durch die Bundesregierung stützen die Herrschaft des Burenregimes in Südafrika. Sie haben allein den Zweck, den westdeutschen Imperialisten hohe Profite, Zugriff auf billige Rohstoffe und eine Basis für Expansion im südlichen Afrika zu verschaffen. Dem azanischen Befreiungskampf, zu dem die unabhängige Gewerkschaftsbewegung gehört, würde das Kappen dieser Verbindungen zwischen Südafrika und den imperialistischen Staaten eine bedeutende Erleichterung verschaffen. Darauf weisen auch die Befreiungsorganisation ANC und die azanische Widerstandsorganisation BCM (Black Consciousness Movement) in ihren Stellungnahmen gegen den Besuch hin.

Ein Dokument aus dem „Handelsblatt“:



Branchenmäßige Schwerpunkte der deutschen Investitionen in Südafrika sind der Fahrzeugbau, Chemie, Elektrotechnik sowie der Maschinen- und Anlagenbau.

Verschiedene politische Organisationen, Initiativen und Komitees haben angekündigt, daß sie gegen die Politik der Bundesregierung und gegen den Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten protestieren wollen. Erfreulich an den uns bekannten Vorhaben ist, daß sie sich auch gegen die Umtriebe der westdeutschen Imperialisten im südlichen Afrika wenden. So beschloß z.B. die „Aktionenkonferenz der Friedensbewegung“ am 5./6. Mai in Köln eine Resolution, in der es heißt:

„Wir protestieren gegen die Stützung des rassistischen Regimes von Südafrika durch die Bundesregierung. Wir sehen in dem

Empfang von Botha einen Affront gegen die Millionen schwarze Südafrikanerinnen und Südafrikaner, die ohne politische Rechte sind und in sogenannte Homelands zwangsumgesiedelt werden ... Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einladung an Botha zurückzuziehen.“

Die GRÜNEN im Bundestag fordern ebenfalls die Bundesregierung auf, die Einladung an Botha zurückzuziehen und stellen fest:

„Die für Anfang Juni geplante Reise des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha in die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten soll dem weißen Unrechtsregime den Rücken stärken. Botha soll Gelegenheit erhalten, sich der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Friedensengel zu präsentieren. Damit wird versucht, die wachsende Kritik an dem unmenschlichen Apartheid-System zum Schweigen zu bringen und den Weg frei zu machen für eine noch engere Zusammenarbeit der Bundesregierung und der bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen mit dem Rassenstaat.“

Die Anti-Apartheid-Bewegung ruft gemeinsam mit anderen Organisationen zu Demonstrationen am 5. Juni in Bonn und Westberlin, den Orten, die Botha besuchen will, auf. Gleichzeitig sollen auch in anderen Städten Demonstrationen stattfinden.

Von Seiten des DGB war bisher nicht zu erfahren, ob sich die Gewerkschaften an diesen oder anderen Aktionen beteiligen wollen. Wünschenswert wäre dies, denn die ohnehin stattfindenden Aktionen sind eine gute Gelegenheit, von Seiten der Gewerkschaften ihre Unterstützung für die selbständige Gewerkschaftsbewegung in Südafrika/Azania zu bekräftigen.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 22.5. u. 25./26.5.84; Pressemitteilung der GRÜNEN im Bundestag v. 17.5.84; Unterlagen der Friedenskonferenz v. 5./6. Mai in Köln; tel. Auskünfte der azanischen Organisationen – (uld)

Gerichtsurteile Beamtenrecht bekräftigt, Tarifhoheit angeschlagen

Mehrere Gerichtsentscheidungen sind ergangen, die den Streikeinsatz bzw. die „Streikbrecherrolle“ von Beamten festschreiben und die Tariffähigkeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beschneiden.

Das Bundesverwaltungsgericht wies die Klage eines Postbeamten im technischen Dienst ab, der bei den Warnstreiks der Postgewerkschaft (DPG) 1980 dienstverpflichtet worden war. Bei dem Streik 1980 ging es um Forderungen gegen die Schichtarbeit. Der Beamte klagte gegen die Heranziehung zu Mehrarbeit und daß er zum Briefkastenentleeren verpflichtet worden war. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte mit der Abweisung der Klage die Bestimmungen des Beamtenrechts,

nach der Mehrarbeit für Beamte zu leisten ist und stellte fest, daß zwar dem Beamten ein gewisser Aufgabenbereich zugewiesen sei, er aber auf Grund seines besonderen „Treueverhältnisses“, Aufgaben „unter Wert“ zu leisten habe. Das heißt für Beamte, jedweder Arbeits- und Dienstesatz ist verpflichtend und bei Weigerung disziplinarrechtlich bestrafbar.

Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes Köln bezieht sich nur indirekt auf das Beamtenrecht; es weist die Klage der DPG gegen den Bundespostminister zurück, indem es die Tarifautonomie im Falle des Streiks faktisch aufhebt und somit auf Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes ausdehnt. Die DPG hatte beklagt, daß der Einsatz von Beamten als Streikbrecher die Koalitionsfreiheit beschränke. Dazu führte das Gericht aus: Im genannten Streik 1980 habe das grundgesetzlich garantierte Recht auf Koalitionsfreiheit der grundgesetzlich

festgeschriebenen Aufgabe des Staates, nach Sicherung der Verteidigungsbereitschaft, entgegengestanden, der Staat sei in diesem Falle als nicht nur Tarifpartner geradezu verpflichtet, seinen Aufgaben nachzukommen, zumal die Tarifpartnerschaft von einer „geeigneten Wahl“ der Mittel bei Streitigkeiten ausginge.

Da unter der Sicherung der Verteidigungsbereitschaft auch die Gewährleistung eines ökonomischen Existenzminimums für den Bürger aufgeführt ist, wäre jeder Arbeitskampf, der dies tangiert, zu unterdrücken und die Arbeitsverpflichtung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gestattet. Die Beschäftigten unterliegen dem besonderen Dienstrecht und dies wurde unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums geregelt (Art. 33, Abs. 4, GG).

Quellenhinweis: FAZ v. 15.5.1984, FR v. 15.5.1984; Bundesverwaltungsgericht Entsch. 2 C 18.82; LAG Köln 6 Sa 1121/83) – (irs)

Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln, was man nicht anders verstehen kann denn als Nachgeben auf die reaktionäre Schelte, die Gewerkschaft trample das zarte Aufschwungpflänzchen zu Boden. Und schließlich wurde auch noch angeboten, über die Laufzeit von Tarifverträgen und die Höhe *künftiger* Lohn- und Gehaltserhöhungen zu sprechen. Längere Tarifaufzeiten kämen dem erklärten Wunsch der Kapitalisten entgegen, die sich davon mehr Spielraum bei ihrer Kostenkalkulation erwarten. Versuche auf Gewerkschaftsseite, z.B. auf steigende Inflation mit Lohnforderungen zu antworten oder eine anziehende Konjunktur zum Ausgleich von Lohnsenkungen der letzten Jahre zu nutzen, wären erheblich erschwert. Ebenso wie sich die IG Metall mit mehrjährigen freiwilligen Lohnbeschränkungen selber die tarifpolitischen Handschellen anlegen würde.

Trotz all dieser Zugeständnisse – und wann hätte es so weitgehende in der jüngeren Vergangenheit gegeben – lenken die Kapitalisten bei genereller Wochenarbeitszeitverkürzung nicht ein. Arbeitskräfte, die sie profitabel 40 Stunden lang ausbeuten können, wollen sie um keinen Preis früher gehen lassen. Die IG Metall erklärt eine Unterschreitung der 40 Stunden zu einem unabdingbaren Verhandlungsziel. Das Resultat dieser Situation werden Vorschläge sein, mit denen die Kapitalisten ihre Arbeitszeitflexibilisierungsziele durchsetzen würden und die IG Metall etwas mathematische Kosmetik hätte. So berichtet „Der Spiegel“ in der Ausgabe vom 21.5., daß Blüm einen Vorschlag für eine Jahresarbeitszeitvereinbarung skizziert habe, bei der die Jahresarbeitszeit geteilt durch 52 weniger als 40 ergäbe. Details sind bisher nicht bekannt, aber einschlägige Erfahrungen weisen Jahresarbeitszeitskonzepte als Angriff auf Arbeitszeitbeschrän-

Metallstreik

Was ist noch drin gegen einen schlimmen Ausgang der Tariffbewegung?

Am Ende der zweiten Streikwoche hatten alle, denen an erfolgreicher Gegenwehr der Arbeiterbewegung gegen die Kapitalisten gelegen ist, keinen Grund zur Freude. Gewiß, der Streik konnte gegen vielerlei Widerstände aufrechterhalten werden. Auch rechnen die Kapitalisten täglich hohe Verluste vor. Aber sie sind bisher keinen Millimeter von ihren Zielsetzungen in dieser Tariffbewegung abgerückt. Das politische Gewicht der Gewerkschaften gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit scheint rund um den Kampf um die 35-Stunden-Woche auf einem vorläufigen Tiefpunkt angekommen zu sein. Diesen Eindruck muß man ebenso aus den aktuellen Bundestagsdebatten gewinnen, wie aus praktisch der gesamten staatstragenden Presse. So kommentierte etwa nach zehn Streiktagen in Nordwürttemberg/Nordbaden und fünf in Hessen die „Süddeutsche Zeitung“, die der Vorsitzende der IG Druck und Papier bekanntlich kurz zuvor mit einer lobenden Bemerkung bedacht hatte, am 25.5.: „Die größte der deutschen Einzelgewerkschaften, die IG Metall, wird am Ende des Konflikts schwere Beschädigungen davontragen, wenn ihr die Arbeitgeber nicht doch noch und rasch eine Brücke zum Kompromiß bauen helfen.“

Danach sieht es nicht aus. Die Metallkapitalisten zeigen sich entschlossen, eine Verkürzung der Wochenregelarbeitszeit um jeden Preis abzuwehren. Sie präzisieren ihre Flexibilisierungsvorstellungen: kürzere Arbeits-

zeiten wären denkbar bei Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit, in Verbindung mit besserer Kapazitätsauslastung der Anlagen, also bei Zunahme dieser Zustände.

Auf der anderen Seite macht für die IG Metall der Verhandlungsführer Eisenmann seinem Namen keine Ehre. Er hat in den Verhandlungen einen Kompromiß zwischen 35 und 40 Stunden angeboten, was freilich nie anders geplant war. Er hat aber auch einen „finanzierbaren Rahmen“ angeboten, der öffentlich nicht erläutert wurde, aber nur in Abstrichen bei einem Lohnausgleich bestehen kann. Er hat weiter Bereitschaft erklärt, über den



230000 Gewerkschaftsmitglieder demonstrierten am 28.5. in Bonn. Die Kundgebungsredner forderten die Bundesregierung auf, den „Rechtsbruch“ der Bundesanstalt für Arbeit rückgängig zu machen.

Arbeitszeiten flexibel übers Jahr verteilt

In einer der regionalen Tarifverhandlungen hat der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e.V. seine Pläne vertraglich ausformuliert vorgelegt (1):

„1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann für den Betrieb, einzelne Betriebsabteilungen, Arbeitnehmergruppen oder einzelne Arbeitnehmer nach den betrieblichen Möglichkeiten unter angemessener Berücksichtigung der Belange der betreffenden Arbeitnehmer auf Werktage, Wochen, Monate oder den Zeitraum eines Jahres gleichmäßig oder ungleichmäßig verteilt werden. 2. Die Verteilung der Arbeitszeit kann auch in der Weise geschehen, daß Arbeitnehmer zu bestimmten Terminen (z.B. Jahres-, Halbjahres-, Vierteljahres- oder Monatsbeginn) für die entsprechenden nachfolgenden Zeiträume die Lage ihrer Arbeitszeit aus alternativen Vorschlägen auswählen können.“

Dann folgt die Festlegung, daß im Durchschnitt die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit nicht überschritten werden darf, und daß für „unzumutbar große“ Verdienstschwankungen Ausgleichsregelungen vorgesehen werden können. Dies entspricht im wesentlichen auch Vorschlägen des VW-Managements.

Gesetzliche Rückendeckung für eine solche Jahresarbeitszeit hat Blüm bereits vorbereitet. In seinem „Gesetz zur Abgeltung von Überstunden durch Arbeitsbefreiung“, ein Teil des Beschäftigungsförderungsgesetzes (Entwurf vom 23.3.84), ist für Überstunden ein Freizeitausgleich vorgesehen. Allerdings beträgt der Ausgleichszeitraum ein volles Jahr und ggf. noch darüber hinaus. Der DGB-Bundesvorstand erklärte dazu (2):

„... Er führt im Ergebnis zu einer ausschließlich dem Interesse der Arbeitgeber dienenden Jahresarbeitszeit. Entsprechend dem Arbeitsanfall oder auch jahresarbeitszeitlich bedingt, können über Wochen und Monate hinweg Überstunden in nahezu unbeschränktem Umfang abgefordert und die Arbeitnehmer in beschäftigungsärmeren Perioden zum Abfeiern genötigt werden“ (S.3) Diese Regelung werde „wegen der durch sie ermöglichten intensiveren Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zu einem weiteren Personalabbau führen ...“ (S.18)

Im Gegensatz zu Steinkühler, der signalisierte, für das Brechen des „40-Stunden-Tabus“ auch den freien Samstag draufzugeben, stehen die Antworten der IG Metall auf das „Flexi-Konzept“ wie es beim Spitzengespräch am 6.4. vorgelegt wurde. Es ist Ende April das erste Mal, daß die IGM bundesweit und ausführlich ihre Mitglieder über die Gefahren der Flexibilisierung informiert:

„... eine drastische Steigerung der Produktivität, wie sie die Arbeitgeber vorhaben, soll schlicht dem einzelnen mehr Arbeit aufbürden ...

Wer glaubt, mit der Formulierung von der ‚zusätzlich bezahlten Freizeit‘ meinen die Unternehmer, daß ein Arbeiter tatsächlich mehr freie Zeit bekommen soll, der irrt gewaltig. Gemeint ist vielmehr, daß der einzelne Arbeitnehmer je nach Bedarf des Unternehmens länger arbeiten soll. Samstags soll Vati wieder dem Unternehmer gehören, Überstunden würden auf einmal zur Regelarbeitszeit werden ... Flexible Arbeitsgestaltung soll die Lohnkosten weiter verringern und damit die Gewinne zusätzlich steigern ... Die Belegschaften sollen nach japanischem Vorbild in Stammbelegschaften und ‚flexible‘ Belegschaftsteile aufgeteilt werden ...“ (3)

(1) ohne Datum; (2) Stellungnahme des DGB-Bundesvorstands vom 17.4.84 zum „BeschFG-Entwurf“; (3) „Metall“ vom 27.4.1984; Siehe auch Dokumentation der Arbeitszeitflexibilisierungsmodelle im BWK-Nachrichtendienst Metall 22/84

daß sie zusammen mit den Kapitalvertretern in der BfA zu einer solchen Brutalität gegenüber den Gewerkschaften imstande sei. Darauf spekulierend wurde also die Taktik der „neuen Beweglichkeit“ mit ihren Warnstreiks auf Kosten und Risiko des Einzelnen, zur Nadelstichtaktik fortentwickelt, bei der das Risiko bei „kalt“ ausgesperrten Belegschaften oder wie bei VW und anderswo in zwangsweisem Tarifurlaub landet.

Ist ein schlimmer Ausgang der Tarifbewegung noch aufzuhalten? Jedenfalls nicht, wenn alles wie jetzt weiterläuft. Aber auch nicht mit der Forderung nach Ausweitung des Streiks, wenn gleichzeitig die Forderungsposition der IGM nur abgebaut wird. Etwas gewonnen wäre immerhin, wenn die führenden Leute der IGM sich zur Erklärung durchringen würden, daß ihre Unterschrift unter keinem Tarifvertrag stehen wird, der Arbeitszeitverkürzung mit Flexibilisierung erkaufte. Daß also z.B. mehr Freizeit für Schichtarbeiter keine Ausdehnung der Schicht, Samstagsarbeit usw. bedeuten kann. Andererseits wird jeder Abschluß, bei einem schlechten Arbeitsergebnis noch stärker, am Lohnresultat gemessen werden. Hier sind Nachforderungen möglich, wie z.B. in früheren Jahren mit höheren Festgeldebeträgen auf die ersten Monate des Tarifs. Hier muß eine Forderung formuliert werden, die auch die Lohnverluste der Ausgesperrten bzw. „kalt“ Ausgesperrten einigermaßen ausgleichen kann. Anders kann auch die Streikfront nicht gehalten werden.

Quellenhinweis: Div. Tageszeitungen, „Der Spiegel“ Nr. 21, Streik-Nachrichten der IGM – (rok,fr)

Personalausweis Gesetzentwurf der GRÜNEN

kungen aus (siehe obenstehenden Kasten).

Sowenig das Bündel an Zugeständnissen ein Entgegenkommen der Kapitalisten bewirkt hat oder bewirken wird, sondern nur die Position der IG Metall schwächt, sowenig erweist sich die Nadelstichtaktik (Zulieferer begrenzt bestreiken und damit die Automobilkonzerne voll zu treffen, ohne sie zu bestreiken) als Erfolg. Im Gegenteil, die Kapitalisten haben im Gegenzug über Aussperrungen, Stilllegungen und dann die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit die IGM unter Druck gesetzt, wie es noch nicht der Fall war. Der IGM-Hauptvorstand mußte bei seinem Beschluß über die Streiktaktik damit rechnen, zumindest aber einkalkulieren, daß die BfA an „kalt“ Aus-

gesperrte nicht zahlen würde. Sie hat zwar 1978 gezahlt. Die Rechtslage aus dem Arbeitsförderungsgesetz, der „Neutralitätsanordnung“ von 1973 und einer Reihe von Gerichtsurteilen erlaubt aber auch eine ablehnende Entscheidung, wenn „nach Art und Umfang gleiche Forderungen“ aufgestellt oder gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen. Dieses Problem ist in der Gewerkschaft seit Jahren leidig bekannt. Die SPD in der Regierung hat keine Anstrengungen unternommen, um es z.B. durch entsprechende Änderung im Arbeitsförderungsgesetz aus der Welt zu schaffen. Man hat den Eindruck, die Spitze der IGM hat bei mancher radikalen Äußerung gegenüber der Bundesregierung doch nicht für möglich gehalten,

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem sie die Aufhebung der Bestimmungen im Personalausweisgesetz und der Verordnungen verlangen, die Grundlage für die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises sind. Danach sollen aufgehoben werden: Die Gesetze zur Änderung des Personalausweisgesetzes vom 6. März 1980 und 25. Februar 1983 und die Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise vom 15. März 1983. Damit sollen entfallen: die Verpflichtung, den Ausweis dauernd bei sich zu tragen; die Festlegung, daß von staatlichen Behörden Personalausweise zur Einrichtung von Dateien „für Zwecke der Grenzkontrolle und der Fahndung ... und der Gefahrenabwehr“ genutzt werden dürfen; die

Festlegung, daß der Personalausweis „auch im nichtöffentlichen Bereich als Ausweis- und Legitimationspapier“ genutzt werden darf; und daß eine zentrale Speicherung der Seriennummer der Ausweise stattfinden soll.

Die Beseitigung dieser und ähnlicher Bestimmungen ist ein unterstützenswertes Vorhaben, denn sie würde die Möglichkeiten der Verfolgungs- und Spitzeltätigkeit des Staatsapparates beschränken. Zu begrüßen ist ebenfalls, daß die GRÜNEN in der Begründung des Gesetzentwurfes darauf hinweisen, daß auch die Melde- und Polizeigesetze geändert werden müssen:

„Mit der Rückführung des Personalausweisgesetzes auf den Stand von 1978 wollen wir nicht ausdrücken, daß die Anwendung des Personalausweises in seiner bisherigen Form in jedem Falle verfassungsgemäß ist ... Weder das Melderechtsrahmengesetz noch die Landesmeldegesetze und die gesetzlichen Regelungen des Polizeirechts entsprechen den vom Bundesverfassungsge-

richt konkretisierten verfassungsmäßigen Anforderungen.“

Die GRÜNEN wenden sich in ihrer Begründung gegen den Antrag der SPD, das vorliegende Gesetz zu verschieben und zu überarbeiten. Ein Vorschlag, den die Bundesregierung Anfang Mai aufgegriffen hat. In einem Bericht stellt sie fest, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur geringfügige Änderungen im Personalausweisgesetz erforderlich mache, die schnell durchgeführt werden könnten, so daß das Gesetz zwar um einige Monate auf 1985 verschoben, dann aber in Kraft treten könne. Die GRÜNEN berufen sich ebenfalls auf das Gericht. Das aber ist kein nützlicher Verbündeter in dieser Auseinandersetzung, denn es hat die Verfassungsmäßigkeit zielgerichteter Überwachung in dem angeführten Urteil festgeschrieben. Zusammenarbeit z.B. mit den Gewerkschaften würde den GRÜNEN in dieser Frage mehr nützen.

Quellenhinweis: Bundestag, Drucksache 10/1316; Kölner Stadt-Anzeiger v. 5.5.1984 – (uld)

Krankenstand

Je niedriger der Lohn, um so härter die Arbeit und schlechter die Gesundheit

„Wer krankfeiert, ohne krank zu sein, handelt unsolidarisch“, erklärte Kanzler Kohl in seiner Regierungserklärung. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht formulierte in seinen Thesen als Interesse der Kapitalistenklasse: „Da die Lohnnebenkosten einschließlich Fehlzeiten inzwischen 130% der Löhne ausmachen, empfiehlt es sich, hier anzusetzen.“ So wird zum Sturm geblasen auf einen Krankenstand, der sich in den letzten 30 Jahren in der engen Spanne zwischen 4,1% und 6,0% bewegte. Die neuerliche Einführung von Karenztagen ist bereits in der öffentlichen Debatte. Wer nicht bereit sei, im Krankheitsfall einen Einkommensverlust hinzunehmen, der sei auch nicht wirklich krank, argumentieren die Verfechter der Karenztage.

Die Behauptung, der Krankenstand in der BRD sei nicht durch den schlechten Gesundheitszustand der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern durch Simulantentum und überzogenes Anspruchsdenken zu erklären, ist reine Zweckpropaganda der Kapitalistenklasse, hält keiner Nachprüfung stand und verhöhnt die Tausende von Lohnabhängigen, die trotz schwerwiegender gesundheitlicher Schäden von den Kapitalisten zur Arbeit gezwungen werden. Tatsächlich ist der Krankenstand kein direktes Spiegelbild für den Gesundheitszustand oder besser die Krankheiten der lohnabhängigen Bevölkerung, weil eine große Zahl arbei-

tet, obwohl sie krank und dringend behandlungsbedürftig ist.

Übereinstimmend kommen eine „Vorsorgeuntersuchung Baden-Württemberg“ von 1972 und Screening-Untersuchungen (Suchtests), die der Landesverband der Betriebskrankenkassen in Hessen jährlich durchführt, zu folgenden Ergebnissen: Etwa 10% der arbeitenden Bevölkerung zeigen keine gesundheitlichen Störungen, in der Al-

tersgruppe über 45 Jahre ist es sogar nur 1%. 65% bis 75% weisen medizinisch behandlungswürdige Störungen auf, 30% bis 40% der Symptome sind chronischen Krankheiten zuzurechnen, für die nur eine geringe Heilungschance besteht.

3% bis 4% der Untersuchten bedurften der sofortigen Einweisung in ein Krankenhaus. Dieses Ergebnis, das den ruinierten Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung widerspiegelt, wird auch dadurch bestätigt, daß 1982 der Anteil der Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsrenten an allen Rentenzugängen 1982 bei den Arbeitern 55% und bei den Angestellten 34% ausmachte.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (Studien- und Mitbestimmungsförderungswerk des DGB) belegt anhand einer Strukturuntersuchung der Arbeitsunfähigkeit, daß der Krankenstand überwiegend Ausdruck von schweren und schwersten Erkrankungen ist. Über die Hälfte des Arbeitsunfähigkeitsvolumens geht auf Krankheiten zurück, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Wochen verursachen.

Verteilung des AU-Volumens und der AU-Fälle der erwerbstätigen Pflichtversicherten nach AU-Dauer

Krankheitsdauer	Krank- schreibun.	Dauer der Krankheit
1 – 7 Tage	33,7%	6,9%
8 – 14 Tage	33,7%	20,8%
15 – 21 Tage	13,0%	13,4%
22 – 42 Tage	11,3%	20,3%
42 u.m. Tage	7,8%	38,5%

Auch die Altersstruktur der arbeitsunfähig Gemeldeten weist auf objektive Vorgänge hin. Während jüngere



**20% SANATORIUMSREIF
68% BEHANDLUNGSBEDÜRFTIG**

Studie belegt: Ausbeutungsverhältnisse sind Hauptursache der Frühinvalidisierung

Zu diesem Thema hat das baden-württembergische Sozialministerium eine umfangreiche Studie (über 18000 ausgewertete Fragebögen) durchgeführt. In seinem Vorwort führt Minister Schlee als Hauptursachen an: Persönliche Veranlagung wie z.B. krankhaftes Übergewicht, persönliches Gesundheitsverhalten, persönliche Lebensverhältnisse. Die Zunahme der Invalidisierung begründet er damit, daß seit 1969 jemandem, der noch Teilzeitarbeit leisten kann, bei verschlossenem Arbeitsmarkt die Rente zugesprochen wird.

Zitieren wir die Studie selbst:

– Zur Fettsucht (Adipositas): „Invalide bekamen seltener schwere Adipositas“ als die Kontrollgruppe.

– Zum Gesundheitsverhalten: „Die Frührentner waren sehr viel häufiger nicht in der Lage, überhaupt Urlaub machen zu können“ als die Kontrollgruppe ... „Bei den Männern, (die regelmäßig Alkohol zu sich nehmen), ist das Berentungsrisiko nur halb so groß wie bei den Abstinenten ...

Die Vermutung, daß Raucher ein höheres Invalidisierungsrisiko tragen als Nichtraucher, kann nur tendenziell bestätigt werden.“

– Zu den persönlichen Lebensverhältnissen: Während die Invaliden überwiegend zur Miete gewohnt haben, war die Kontrollgruppe meist Wohnungsbesitzer. Die Wohnungen der Invaliden waren häufiger feucht und kalt und nicht mit Bad oder gar WC ausgestattet. „Personen mit unterdurchschnittlichem Monatsentgelt sind mehr als zweimal so oft von Frühinvalidität bedroht wie solche, die mehr verdienen.“

– Zur Zunahme der Invalidisierung angeblich infolge geänderter Rechtsprechung: „Frühinvalidität wird um so wahrscheinlicher, je unqualifizierter die Ausbildung ist ... Verminderte Chancen im Arbeitsleben erhöhen das Invalidisierungsrisiko der unter 50-jährigen fast um das Doppelte, wenn sie in Arbeit und Beruf überdurchschnittlich belastet waren und sogar um das zweieinhalbfache, wenn sie dort unter-

durchschnittlich dauerhaft belastet waren.“ D.h. gerade die Angehörigen der unteren Lohngruppen werden in der Arbeit schnell verschlissen und finden nur schwer Arbeit, wenn sie durch Krankheit behindert sind. Die Verschärfung der Arbeitsbedingungen wird in der Studie nicht untersucht.

Durchschnittliches beitragspflichtiges Monatsentgelt ein Jahr vor Rentenbeginn bzw. ein Jahr vor der Befragung (Angaben in DM):

Frühinvaliden	Kontrollgruppe
<i>männlich</i>	
25% unter 2100	25% unter 2550
50% unter 2450	50% unter 2900
75% unter 2850	75% unter 3300
<i>weiblich</i>	
25% unter 1000	25% unter 1100
50% unter 1450	50% unter 1600
75% unter 1900	75% unter 2100

Die Kontrollgruppe besteht aus nicht berenteten Personen gleicher Altersstruktur und Geschlechterverteilung.

Lohnabhängige häufiger kürzere Arbeitsunfähigkeits-Perioden aufweisen, zeichnet sich die Arbeitsunfähigkeitsstruktur der älteren bei relativ geringer Arbeitsunfähigkeitshäufigkeit durch eine längere Arbeitsunfähigkeits-Dauer aus. Daß in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen mit über 180 Arbeitsunfähigkeitsfällen pro 100 Pflichtversicherte der Gipfel der Krankheitsfälle erreicht wird, weist darauf hin, daß diese Altersgruppe bereits voll beansprucht wird, obwohl der biologische Wachstumsprozeß nicht abgeschlossen ist. Während sich somit aus der Arbeitsunfähigkeitsstatistik die Forderung nach Ausdehnung des Jugendarbeitsschutzes auf diese Altersgruppe ergibt, reißt die Bundesregierung gerade die letzte Schranken für die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft ein, wie z.B. das Nachtarbeitsverbot.

Belastungsarten und Arbeitsunfähigkeit

Belastungsart	AU-Fälle pro 100 Versicherte
Überwiegend Wechselschicht u.a. Arbeitsbelastungen	198,00
Überwiegend Wechselschicht	171,14
Keine Schicht, aber Lärm u. Schwerarbeit	148,30
Überwiegend Zeitvorgaben	147,2
Überwiegend Zugluft, sonst. Belastungen	109,00

Gerade aber Nacht- und Schichtarbeit, die den Arbeitern aufgezwungen werden, um die Profite der Kapitalisten durch optimale Auslastung der Maschinerie zu steigern, gehören zu den wichtigsten Krankheitsregenern, wie die vorhergehende Tabelle zeigt.

Eine Untersuchung der IG Chemie zeigt, wie Schichtarbeit die Gesundheit angreift. Nach dieser Untersuchung klagen 70% der Schichtarbeiter über Muskel- oder Gelenkschmerzen, 77% über Rücken- oder Kreuzschmerzen, 44% über Magen oder Gefäßerkrankungen, 31% über Herzschmerzen, ebenso 31% über hohen Blutdruck. Die Mehrzahl der Schicht- und Nachtschichtarbeiter wird von an- und ungelesenen Arbeitern gestellt. Eine Infestat-Untersuchung aus dem Jahre 1981 liefert Anhaltspunkte dafür, daß die Gesundheit der unteren Lohngruppen überdurchschnittlich zugrunde gerichtet wird:

Beeinträchtigung	„Soziale Schicht“		
	„hoch“	„mittel“	„niedr.“
Bandscheiben	14%	16%	19%
Magen	12%	12%	16%
Herz	10%	14%	15%
Kreislauf	18%	22%	24%

So ist der niedrige Krankenstand von 4% bis 6%, der von der Kapitalistenklasse und ihren Politikern als Miß-

brauch diffamiert wird, in erster Linie ein Hinweis für die Despotie, mit der die Kapitalisten kranke Arbeiter in die Fabriken zwingen. Eine Umfrage von R. Rosenbrock ergab 1982, daß zwischen 30% und 44% der Befragten aus gesundheitlichen Gründen entlassen wurde. Je höher die Belastung am Arbeitsplatz war, um so höher war auch der Prozentsatz der aus gesundheitlichen Gründen Entlassenen.

Quellenhinweise: Krankenstand – Zwischen Unternehmerpolitik und Gesundheitsinteresse, Haub u.a., Berg-Verlag Bochum – (kar, diw)

Parteispenden Kohl arbeitet weiter an Straffreiheit

Die Bundestagsdebatte am 24. Mai über eine Amnestie für Straftaten im Zusammenhang mit Parteispenden endete mit der Verabschiedung einer Resolution der Koalition von CDU/CSU und FDP, in der angekündigt wird, daß geprüft wird, ob bei sogenannten „Vorverurteilungen“ von Beschuldigten in der Öffentlichkeit Gerichte die Möglichkeit haben, Verfahren einzustellen. Damit hat sich die Regierung ein weitreichendes Mandat erteilen lassen, neue Wege und Mittel zu finden, wie die Parteienfinanzierung durch das große Kapital nachträglich legalisiert werden kann.

Kohl hatte bereits den Kapitalisten vor der Bundestagsdebatte, am 15. Mai auf der BDI-Jahresversammlung, versprochen, „egal, auf welchem Weg“ auf Straffreiheit hinzuwirken. In seiner Rede forderte er die Kapitalisten auf, alles Nötige zu tun, damit die SPD umfänglicher in den Strudel von Strafverfahren einbezogen wird: „Es kann doch gar nicht sein bei dem Kenntnisstand, der sich in diesem Saal vereint, daß Sie nur von Leuten aus der CDU oder der FDP oder der CSU angesprochen wurden.“



„Egal, auf welchem Weg“ will Kohl Straffreiheit für Kapitalisten erwirken.

Neun Tage später lag der CDU/CSU entsprechendes Material vom Konzern Dynamit Nobel vor. Daraufhin zog die CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Bundestagsdebatte alle üblen und schmutzigen Register: Stoltenberg (CDU) bezichtigte den ehemaligen SPD-Minister Offergeld der Steuerhinterziehung und zitierte aus einem Brief, in dem Offergeld um Spenden warb; Apel (SPD) ließ sich auf die Anwürfe ein und stritt alles ab; Waigel (CSU) schob weitere Briefe nach, aus denen hervorgehen soll, daß eine solche Spende über ein gemeinnütziges Institut gelaufen sei.

Die SPD zeigte erste Wirkung: Glotz (SPD) spricht daraufhin vom „Fall Offergeld“ und polemisiert gegen einen Essay von Hans-Magnus Enzensberger; daraufhin lobt ihn Bundeskanzler Kohl mehrmals; als letzter SPD-Redner wünscht Schmude einen „glimpflichsten Ausgang“ der bevorstehenden Prozesse und greift die GRÜNEN an, daß deren Parteienfinanzierung über die Wahlkampfkostenerstattung gegen die bestehenden Gesetze verstoße; Schmude betont, daß die SPD das kürzlich geänderte Grundgesetz und die Bestimmungen des Parteiengesetzes bezüglich der Parteienfinanzierung – die zumindestens seit 1984 hohe Spenden von den großen Kapitalisten legal und steuerfrei möglich machen – gemeinsam mit den Regierungsparteien

Auszüge aus der Bundestagsdebatte

Stoltenberg (CDU)

„Ich halte es ... für richtiger, daß diese Diskussion im Deutschen Bundestag geführt wird, als daß ich Briefe an den Staatsanwalt schicke, Herr Ehmke; das sage ich Ihnen in aller Offenheit – nachdem wir also dazu aufgefordert sind, möchte ich, um das zugrundeliegende Problem ... ganz deutlich zu machen, hier ein Schreiben wörtlich zu Protokoll geben, das mir durch einen Fraktionskollegen vom Empfänger – ich unterstreiche das – in Fotokopie zugeleitet wurde: Briefkopf: Rainer Offergeld ...

Ich möchte die Kollegen der SPD-Fraktion und vor allem auch die Fraktionsführung auffordern: Nehmen Sie ihre maßlosen und kränkenden Attacken ... gegen andere Parteien, Politiker und Spender im Lichte solcher Vorgänge zurück! Ich appelliere nachdrücklich an Sie.“

Apel (SPD)

„Herr Kollege Dr. Stoltenberg, ich fand es schon schlimm, wie Sie versucht haben, dem Fernsehpublikum gegenüber am Falle des Kollegen Offergeld den Eindruck zu erwecken, als habe der Parlamentarische Staatssekretär Offergeld, der dieses Schreiben verfaßt hat, als ich Bundesminister der Finanzen war, sich in demselben Boot bewegt wie diejenigen, die Geldwaschanlagen und Steuerhinterziehung betrieben haben.“

gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vertreten will und die Verfassungsklage der GRÜNEN entschieden ablehnt.

Die Bundesregierung hat durch die Verabschiedung der Resolution aber auch Erpressung und Terror gegen die Presse und den Beamtenapparat, wie im Fall Kießling, angekündigt. Kohl forderte „Staatsräson“ und unbedingten Gehorsam. Dregger ließ deutlich erkennen, daß die Bonner Staatsanwälte keine Karriere mehr machen werden, indem er sie für Wandmalereien an einem CDU-Kreisbüro politisch verantwortlich machte.

Am 7. September beginnt der erste Prozeß in Sachen Parteienfinanzierung. Bis dahin wird die Bundesregierung die verantwortlichen Beamten unter Druck gesetzt haben.

Die GRÜNEN nutzten leider nicht die Empörung in der Öffentlichkeit, um die SPD dazu zu nötigen, ihre Zustimmung zur verabschiedeten Änderung der Parteienfinanzierung zurück-

Dr. Waigel (CSU)

„Herr Apel, ich will Ihnen und Ihrer Partei gern eine kleine Informationsminute gönnen. Ich möchte den Vorgang Offergeld weiterführen. Mir liegt nämlich ein Schreiben eines Vorstandsmitglieds der Dynamit Nobel AG an Herrn Offergeld vor ... Herr Apel, wenn Sie das vorher gewußt haben, war es eine Frechheit von Ihnen, so aufzutreten.“

Dr. Glotz (SPD)

„Da bin ich jetzt beim Fall Offergeld, der Sie ja so interessiert ... Ich kann das genauso wenig prüfen wie Sie ...

Der Hohn gegen die Parteien ist groß genug. Ich werde den ‚Spiegel‘-Essay von Hans Magnus Enzensberger nicht vergessen, in dem verächtlich über den Parteisekretär mit der Zimmerlinde in seinem kleinen Büro geurteilt wurde.“

Bundeskanzler Dr. Kohl

„Herr Glotz, Sie haben eben etwas gesagt, was mir gut gefällt und was ich unterstreichen kann. Sie haben darauf hingewiesen, wer in den demokratischen Parteien die Arbeit tut. Sie haben das am Beispiel eines arroganten Zeitgenossen und seines Essays dargestellt.“

Dr. Schmude (SPD)

„Ihnen steht ein ordentlicher Freispruch bevor, ein Freispruch, den wir ihnen gönnen. Das ist dann aber ein Freispruch durch den Richter oder die entsprechende Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwaltschaft, keine anrühige Strafbefreiung durch politische Machenschaften.“

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/71

zunehmen. Stattdessen hoffen die GRÜNEN auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, und Schily trat für einen sauberen Rechtsstaat ein.

Quellenhinweis: Bundestagsdebatte vom 24.05.; Rede von Kohl vor der BDI-Jahresversammlung – (jöd)

Rüstungsindustrie Flugzeugkonzerne forcieren Kooperation

Das Regierungsabkommen zwischen der BRD und Frankreich über die gemeinsame Entwicklung eines Hubschrauberwaffensystems zum Kampf gegen Panzer wurde am 28.5. 1984 abgeschlossen. Damit kommt für die Rüstungskapitalisten in der Luft- und Raumfahrt ein seit zwanzig Jahren gehegtes Projekt in die Phase der Realisierung. Die Kapitalisten dieser Branche streben die internationale Kooperation im Gegensatz etwa zu den Fahr-

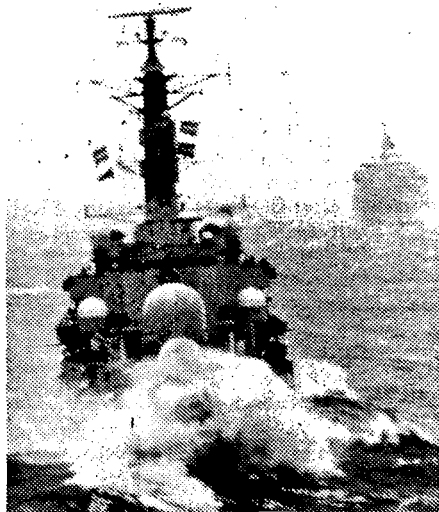
NATO-Frühjahrs- tagung

Mit ihrem Kommuniqué vom 18.5. hat die Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO die Absicht, die konventionelle Bewaffnung erheblich auszuweiten, verbindlich zu Papier gebracht. Im Kommuniqué heißt es: „In dem Bemühen, die Flexibilität der Bündnisstrategie zu steigern, bekräftigen die Minister noch einmal ihre Entschlossenheit, die konventionelle Schlagkraft des Bündnisses zu stärken“ (Kommuniqué, S. 3).

Die NATO-Frühjahrstagung war vor allem mit folgenden drei Fragen beschäftigt: 1. Welches sind die Hauptpunkte bei der Ausweitung der konventionellen Kampfkraft? 2. Wie sind die Programme zu finanzieren? 3. Wie wird die Produktion der anstehenden Rüstungsaufträge verteilt?

Zu Punkt 1 heißt es im Kommuniqué: „Die Streitkräfteziele konzentrieren sich auf die Behebung besonders kritischer Schwächen in der konventionellen Verteidigung des Bündnisses, insbesondere hinsichtlich des Bereitschaftsstandes, der Überle-

bensfähigkeit und der Durchhaltefähigkeit seiner Streitkräfte“ (S. 3). Die weitgefaßte Darstellung läßt jedes Rüstungsprogramm zu. Vor allem ging es aber um die Verbesserung der „NATO-Infrastruktur“. Dazu zählen der Ausbau der Luftwaffenbasen und der Anlandeplätzen sowie der Materialdepots, der Ausbau des Pipelinesystems, die Modernisierung des Fernmeldewe-



NATO-Minister beschließen Stärkung der konventionellen Streitkräfte.

sens, umfangreichere Munitionsbevorratung und die Modernisierung der Flugabwehrsysteme.

Nach den Vorstellungen der NATO-Oberbefehlshaber sollen dafür für die nächsten sechs Jahre 41 Mrd. DM aufgewendet werden. Die BRD sollte davon 10 Mrd. DM beisteuern. Insbesondere den BRD-Imperialisten war ihr Finanzierungsanteil zu hoch. Sie haben auch alle nach unten korrigierten Vorschläge auf der Tagung abgelehnt. Es gab in diesem Punkt keine Einigung. Die ständigen Vertreter sollen binnen 90 Tagen einen Finanzierungsvorschlag ausarbeiten.

Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung bemängelten die „Europäer ...“, daß die europäischen NATO-Partner von den USA siebenmal mehr Waffen kaufen als die USA in Europa“; und Verteidigungsminister Wörner ließ verlauten, „den amerikanischen Vorstellungen könne jetzt eine geschlossene europäische Vorstellung mit europäischen Waffenentwicklungen gegenübergestellt werden“ (SZ, 17.5.84).

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 14./15./17.5.; FAZ 15./17.5.84; Kommuniqué des BMVg

zeuge und Schiffe produzierenden Kapitalisten an. Ihre hohen Entwicklungskosten und vergleichsweise geringen Stückzahlen treiben sie zur Produktion in größeren Serien, als sie der eigene Staat aufkaufen kann. Schon Ende der siebziger Jahre forderte Ludwig Bölkow von Messerschmidt-Bölkow-Blohm die Konzentrierung der Entwicklungsabteilungen jedes Landes jeweils an einem Ort und die Einrichtung nur einer Firma pro Sparte in den einzelnen Ländern als „zeitgemäße Neuorientierung europäischer Zusammenarbeit“. Die Kooperation mit Frankreich bietet den Kapitalisten nicht nur den auf das Nachbarland ausgedehnten Markt, sondern auch die Möglichkeit von Exporten vor allem in solche Länder, in die die Bundesregierung Kriegswaffen oder Material von strategischer Bedeutung nicht direkt liefern will. Diesen Schluß muß man aus der Antwort der Bundesregierung vom 17.4. 1984 auf einen von den Grünen vorgelegten Fragenkatalog ziehen. Der Bundeswirtschaftsminister antwortete mit kaum verhohlener Genugtuung: „Die Kontrolle des Exports im Ausland hergestellter Waren – auch Waren aus einer Fertigung mit deutscher Lizenz – unterliegt ausschließlich der Verantwortung des Exportlandes.“ „Die Bundesregierung ist über den Einsatz von MILAN-Panzerabwehrraketen im Tschad seitens der

französischen Regierung nicht unterrichtet worden.“

Die Rüstungsindustriellen, insbesondere der Luft- und Raumfahrt, können auf die Entschlossenheit der jetzigen Bundesregierung bauen, in Zukunft militärisch-technische Entwicklungen, die die Überlegenheit der westdeutschen Waffen im Krieg fördern, mit allen Mitteln zu beschleunigen. Die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ würdigt, daß Verteidigungsminister Wörner „mit den Leitsätzen für die Rüstungsplanung vom Februar 1983 und der Weisung zur Straffung der Aufgabenwahrnehmung vom Oktober 1983 auf den Materialentstehungsgang Einfluß genommen“ habe.

Die Rüstungskapitalisten verspüren jedoch den Mangel einer politischen Geschäftsführung auf europäischer Ebene, die bei der Ausschaltung der Konkurrenz behilflich wäre. In die Bresche springt vorläufig ein Konsortium von „Persönlichkeiten und Sicherheitsexperten“, das im Januar 1982 das Europäische Institut für Sicherheitsfragen (EIS) als gemeinnützige Gesellschaft eintragen ließ. Zu den 49 Gründern gehören Tindemans, Bange- mann, von Habsburg, Goppel, Strauß. Vorsitzender des Kuratoriums wurde Tindemans, sein Stellvertreter Filbinger, Präsidiumspräsident wurde von Hassel. Das EIS versteht sich als „politisches Institut zur Meinungsbildung

über Gegenwartsfragen und als Ideenquelle zur Förderung der europäischen Sicherheitspolitik und eines politischen Profils für Europa.“ Zu seinen Zielsetzungen gehören nicht nur „ein Überleben Europas an der Seite der Vereinigten Staaten“, sondern auch „Entscheidungshilfen für politische, wirtschaftliche, rüstungspolitische und militärische Entscheidungen ... im europäischen Rahmen der Allianz.“

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/1336; Armada International 2/84; Europäische Wehrkunde 5/84; P. Schlotter, Rüstungsköoperation in Europa, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. VII, Waldkirch 1979 – (anl, thk)



US-amerikanischer Hubschrauber zur Panzerabwehr

F.: Privatschulgesetz weiterhin umkämpft

Nach von der sozialistischen Fraktion in letzter Minute erzwungenen Änderungen pasierte das Gesetz über die Privatschulen die französische Nationalversammlung. Der Kern des Entwurfs: die konfessionellen Privatschulen werden weiterhin vom Staat bezuschußt, die Lehrer fallen jedoch unter die Regeln des öffentlichen Dienstes und werden denen an staatlichen Schulen gleichgestellt. Die Veränderungen des Entwurfs betonen den provisorischen Charakter des Gesetzes und sehen vor, daß die Verpflichtung der Kommunen zu Zuschüssen im Grundschulbereich entfällt, wenn nicht die Mehrheit des Lehrkörpers nach acht Jahren verbeamtet worden ist. Die Regierung mußte in diesen Punkten Zugeständnisse an die Befürworter des einheitlichen, konfessionslosen Schulsystems machen, da die PCF den Gesetzentwurf ablehnte und die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten zu rebellieren drohte. Während die Lehrgesellschaften und das Komitee für das konfessionslose Schulwesen die Verbesserungen begrüßten als „Fortschritt hin

Philippinen: Diktatur unter Druck

Bei den Wahlen zu einer Nationalversammlung am 14. Mai haben oppositionelle Parteien einen vom Marcos-Regime unerwarteten hohen Stimmenanteil erhalten. Das oppositionelle Wahlbündnis Unido rechnet damit, daß es dem Regime trotz Terrors gegen die Bevölkerung und massiven Wahlfälschungen nicht gelingen wird, den Anteil der Opposition an den 183 zu bestimmenden Sitzen auf unter 60 herunterzufälschen. Die Opposition hatte zur Unterbindung von Wahlfälschungen an die 200000 Wahlbeobachter in die Wahllokale geschickt. Als



das Regime gefälschte Einzelwahlergebnisse bekanntgab, kam es in mehreren Städten zu heftigen Protestkundgebungen. Die Polizei hat dabei über hundert Personen umgebracht. Vierzehn Tage nach

der Wahl hat das Marcos-Regime immer noch kein Gesamtwahlergebnis bekanntgemacht. Sicher ist aber, daß z.B. von insgesamt 21 Wahlkreisen in der Hauptstadt Manila die Opposition 15 erhalten hat. Marcos (Bild), dessen Diktatur seit 19 Jahren von den US-Imperialisten unterhalten wird, erklärte jetzt, daß das Parlament keine gesetzgebenden Befugnisse erhalten wird. Er werde weiter durch persönliche Dekrete regieren. Ein Teil der gegen das Regime gerichteten Kräfte, darunter die Kommunistische Partei, hatte zum Wahlboykott aufgerufen, u.a. mit dem Hinweis, daß das Parlament sowieso keine Rechte habe.

zum einheitlichen öffentlichen Dienst“, drohte der Pater Guiberteau als Sprecher der Privatschulbefürworter eine Massendemonstration für den 24.06. an.

EG mischt mit gegen Bergarbeiterstreik

Die verantwortlichen Minister der EG-Länder beschlossen am 23. Mai ein EG-Programm für die „Umschulung entlassener Bergleute“. Entsprechend

publiziert, richtet sich der Beschluß direkt gegen den Streik der britischen Bergarbeiter, die u.a. Stilllegungen bekämpfen. Verhandlungen zwischen der Bergarbeitergewerkschaft NUM und der Kohlebehörde wurden am 23.5. ohne Ergebnis abgebrochen, nachdem sich die Behörde weigerte, die Schließungspläne zurückzunehmen. Das britische höchste Gericht verbot inzwischen der Gewerkschaft, Streikbrecher zu suspendieren.

SWAPO deckt Verleumdungsversuch auf

In Namibia sind Mitte April bei einer Bombenexplosion in der Nähe der Stadt Oshakati ein Namibier und zwei US-Amerikaner, einer von ihnen war der Militärattache in Südafrika, getötet worden. Das südafrikanische Regime versuchte, den Anschlag der Befreiungsbewegung SWAPO anzulasten. Oshakati ist das Hauptquartier einer berüchtigten Mördertruppe der südafrikanischen Armee. Die SWAPO hatte aufgedeckt, daß diese Truppe sich als SWAPO-Kämpfer ausgibt, um mit ihren Verbrechen die SWAPO zu belasten. In einer Erklärung stellt die SWAPO klar: „Daher ist die SWAPO überzeugt, daß der Tod eines Namibiers und zweier US-Amtsträger das Werk von Pretorias ... mordenden Agenten ist. Damit soll die SWAPO verleumdet werden und will sich Apartheid-Südafrika noch stärker bei der Reagan-Administration einschmeicheln.“

Belgien: Gegen Jugendarbeitslosigkeit

Mehr als 15000 Jugendliche demonstrierten am 13. Mai in Brüssel gegen die Jugendarbeitslosigkeit und ihre Folgen. Aufgerufen hatte das Komitee „Jugend für Arbeit“, dem Jugendorganisationen des sozialistischen Gewerkschaftsbundes ABVV, des christlichen ACV, politischer Parteien und der Kirchen angehören. Das Komitee hatte unter folgenden

Forderungen zu der Demonstration aufgerufen: Ein Mindesteinkommen von 60% des Bruttolohns für alle Arbeitslosen, mindestens 19000 bfr für alle, das sind ca. 930.- DM im Monat; Radikale Arbeitszeitverkürzung auf mindestens 32 Stunden in der Woche; Abschaffung der Gesetzesbestimmungen, die die Kürzung des Arbeitslosengeldes für lange

Zeit Arbeitslose festlegen; jeder soll Anspruch auf Sozialversicherung und staatliche Dienste haben; unmittelbare Einführung von Bildungsurlaub mit aufsteigender Stundenzahl. Vorbereitet wurde der Marsch durch eine Reihe von Aktionen und Demonstrationen in zahlreichen Städten (Bild: Demonstration in Namur) in der Woche vor der Demonstration. In Brüssel gingen Polizei und Reichswacht am Ende der Demonstration gegen Teilnehmer vor, die Plakate geklebt und Parolen gemalt hatten. Nach heftigen Auseinandersetzungen verhaftete sie zehn Demonstranten. Die „Bildzeitung“ hetzte am 15. Mai: „In Brüssel brennen Barrikaden/Brennende Barrikaden, ein umgestürzter Polizeiwagen – 10000 junge Leute demonstrierten in Brüssel gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Sie forderten die 32-Stunden-Woche in der Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze. Bei Straßenschlachten mit der Polizei wurden acht Demonstranten schwer verletzt. Zehn wurden festgenommen.“



Dänische Fahrer gegen gelbe Gewerkschaften

Sechs Wochen lang führten die Busfahrer Blockaden gegen den Busverkehr durch. Zwei Wochen fuhr in Kopenhagen kein Bus. Ca. 40 Arbeiter waren von den zwei zuständigen LO-Gewerkschaften in die gelbe DFF (Dänische freie Gewerkschaft) beigetreten. Es gab Solidaritätsstreiks, Zeitungen wurden nicht ausgeliefert, der Benzin-Transport wurde verhindert. Bis auf elf Fahrer kamen alle in ihre alte Gewerkschaft zurück.

Kohl in Madrid

Die BRD will in Spanien eine Waffenschmiede im Ausland aufbauen

Am 17. Mai absolvierte Bundeskanzler Kohl einen Staatsbesuch in Madrid.

Die Abwicklung des Besuches und die Berichterstattung in der westdeutschen Presse über diesen Besuch waren u.a. eine Probe auf die wachsende Perfektion der westdeutschen Reaktion, die übliche verfälschende Information über Tatsachen durch gezielte Eindruckspropaganda zu ersetzen. Der Eindruck, den die Regierungs- und Presseberichterstattung, angefangen vom Informationsbulletin der Regierung bis zur vereinzelt Berichterstattung in der Tageszeitung, erzeugen sollte, war in etwa: „Routinebesuch ohne besondere Vorkommnisse“, „Freundlichkeiten zwischen „traditionell befreundeten Ländern“, nichts weiter zu berichten oder zu bemerken.

Die Tatsachenhinweise auf die Themen der Kohl-Verhandlungen, die sich allein aus der öffentlichen Berichterstattung der spanischen bürgerlichen Presse ergeben, sind dagegen: EG-Beitritt und NATO-Mitgliedschaft Spaniens; Kooperationsverträge zwischen VW und dem staatlichen spanischen Automobilkonzern SEAT und – das offensichtliche Hauptthema des Kohlbesuches – die Rüstungsproduktion.

„Auf militärischem Gebiet war die Kooperation zwischen Bonn und Madrid äußerst eng im letzten Jahr ... Das wichtigste Projekt, über das gegenwärtig verhandelt wird, ist die spanische Produktion des Panzers „Lince“ (Luchs), die möglicherweise eine Lizenzproduktion des deutschen Panzers Leopard 2 sein wird.“ (El Pais v. 17.5.84)

Auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse und die Rolle des BRD Imperialismus als imperialistische Führungsmacht der EG und als NATO-Statthalter in Europa gibt die regierungsfreundliche Zeitung „El Pais“ mit einer Karrikatur am Tag des Kohlbesuches einen dezenten Hinweis: Kohl, einen Kopf größer als Gonzales, mustert Gonzales streng und steif. Gonzales hampelt vor Kohl und ruft: „Es lebe die NATO“, „es lebe die freie Marktwirtschaft“, „... und die Mutter, die beide geboren hat“. Darauf Kohl, immer noch streng und mit deutschem Akzent: „Ist schon gut, ich werde Reagan schon sagen, was für ein großer Verbündeter Du bist.“

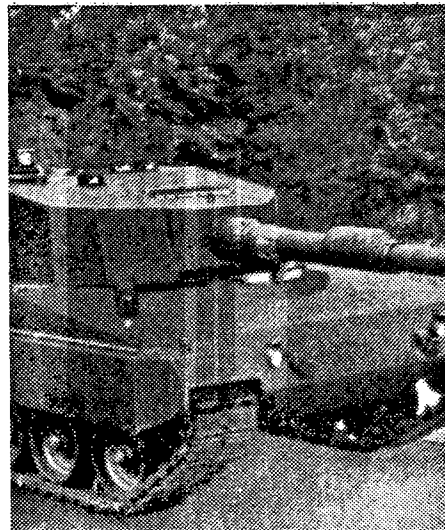
Zu den Themen des Kohlbesuches im einzelnen:

Nachdem immer deutlicher wird, daß die spanische Bevölkerung nach wie vor mehrheitlich für einen Austritt

Spaniens aus der NATO ist, und die Regierung Gonzales gegenwärtig das versprochene Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens verlieren würde, stellt die Regierung Kohl weitere Bedingungen: Nur wenn Spanien nicht aus der NATO austritt, kann die BRD einen EG-Beitritt Spaniens weiter wie bisher befürworten.

Mit dem geplanten Kooperationsvertrag zwischen VW und SEAT wollen die westdeutschen Fahrzeugbaukonzerne gegenüber den US-amerikanischen in Spanien aufholen. Spanien steht in der PKW-Welt-Produktion an sechster Stelle. Bisher haben Ford und Opel neue Produktionsstätten in Spanien errichtet.

Durch die Forcierung der spanischen



500 Kampfpanser „Luchs“ will Kraus Maffei in Lizenz in Spanien bauen lassen.

Rationalisierungspolitik, die bis 1986 nach regierungsamtlicher Planung weitere 60000 Arbeiter auf die Straße werfen soll und durch die Errichtung von Produktionsstätten in Spanien, wollen die westdeutschen Automobilkonzerne an der Ausbeutung hochqualifizierter, weit unter das westdeutsche Lohnniveau gedrückter Arbeiter profitieren.

Die bereits laufenden und die weiter geplanten Rüstungsgeschäfte werden der westdeutschen Rüstungsindustrie Milliarden Umsätze und Millionen Profite bringen. Rund 25 Mrd. DM sind zur Zeit im Haushalt der spanischen Regierung allein für die neue Panzerausstattung der Armee angesetzt. Zwischen dem westdeutschen Konzern Kraus Maffei und dem spanischen Staatskonzern „Santa Barbara“ wird derzeit über einen Kontrakt zur

Produktion von 500 Panzern mit dem Namen „Luchs“ verhandelt. Dieser „Luchs“ ist der westdeutsche Panzer Leopard 2. Von den geplanten 500 Leopard/Luchs-Panzern sind offiziell 100 für den Export in Drittländer bestimmt.

Weitere Milliardenprojekte verfolgt Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Spanien. Bereits jetzt läßt MBB in Spanien den Hubschrauber BO-106 montieren und in arabische Staaten exportieren. 62 dieser Hubschrauber wurden an Spanien verkauft. Z.Z. verhandelt MBB über einen Wartungsvertrag für 300 neue US-Bomber vom Typ „Eagle“ mit der amerikanischen Firma McDonnell Douglas. Die Wartung soll zusammen mit der spanischen Staatsfirma CASA (Construcciones Aeronauticas) durchgeführt werden, die bereits bisher an der Wartung von US-Flugzeugen in Spanien beteiligt war. MBB hält einen elfprozentigen Kapitalanteil an der spanischen Rüstungsfirma CASA. Weitere MBB-Projekte in Spanien sind die Produktion und der Verkauf von Luftabwehrraketen.

In der Tat hat die westdeutsche Rüstungspolitik und Rüstungsproduktion in und mit Spanien bereits eine längere Tradition. Nicht nur in der offiziellen NATO-Strategie ist Spanien als Aufmarsch-, Rückzugs- und Wiederaufmarschgebiet für den nächsten Krieg vorgesehen. Bereits als Verteidigungsminister unter Adenauer verhandelte Franz-Josef Strauß mit dem Franco-Regime über die Anlage von westdeutschen Waffendepots in Spanien. Besser als Depots sind produzierende Waffenfabriken in westdeutscher Hand. Das ist „Kontinuität und Fortschritt“ von Adenauer zu seinem „politischen Enkel“ Kohl.

Quellenhinweis: EL Pais, Cambio 16 versch. Ausgaben; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 23.5.84; zur westdeutschen Strategie des „Hinterlandes Spanien“ und der Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU/CSU in den 60er Jahren: Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, 1965 – (chc)

Niederlande

Regierung will Versicherungszahlungen kürzen

Die niederländische Regierung plant für den 1. Juli erneute Kürzungen beim Kranken- und Arbeitslosengeld. Lohnabhängige, die mehr als ein Jahr arbeitsunfähig sind, und Arbeitslose sollen in Zukunft drei Prozent weniger Versicherungszahlungen erhalten. Bereits zum 1. Januar dieses Jahres waren die im Haushaltsplan beschlossenen Senkungen der Renten, der gesetzlichen Mindestlöhne, des Kranken- und Arbeitslosengeldes um ebenfalls drei Prozent in Kraft getreten. Schon allein durch diese Kürzungen, berichtete der

zuständige Staatssekretär nicht ohne Stolz, sei es gelungen, das Einkommen von ca. 50000 Lohnabhängigen, die keine Angehörigen unterhalten müssen, um nominal 5,5% zu kürzen. Das sind knapp 1,5% der lohnabhängig Beschäftigten. Bei Berücksichtigung der Inflationsrate sind dies Einkommens Kürzungen von über 10%.

Die vollständige Aufhebung der Mindestgrenzen von Arbeitslosen- und Krankengeld für Lohnabhängige, die keine Kinder oder Ehepartner aus ihrem Lohn ernähren müssen, hat die Regierung vorerst zurückgestellt. Diese Maßnahme war im Haushalt 1984 ebenfalls für den 1. Juli vorgesehen, stattdessen will die Regierung die oben beschriebenen Kürzungen durchsetzen. Der zuständige Minister Van Aardenne erklärte frech, solche Maßnahmen seien nötig, um gerade die schon lange Arbeitslosen und Kranken wieder in die Arbeit zu bringen: „Ich denke doch, daß diejenigen, die arbeiten wollen, nach einiger Zeit auch Arbeit finden ... die anderen sind wahrscheinlich weniger geneigt zu arbeiten.“ Um die „Neigung“, nicht zu jedem Lohn zu arbeiten, zu beseitigen, will die Regierung nun das Arbeitslosengeld weiter senken.

Der Gewerkschaftsbund FNV führt eine Kampagne mit Kundgebungen und Veranstaltungen gegen diese Pläne der Regierung. Die Metallgewerkschaft im FNV hat darüber hinaus zu Warnstreiks gegen die Regierungspläne aufgerufen. Nach Angaben des FNV haben sich bisher mehrere Hunderttausend an diesen Aktionen beteiligt. Der FNV kritisiert die Regierungspläne als „illegal und unnötig“ und hat einen „Alternativ-Plan“ vorgelegt, um das Defizit der Versicherungen durch höhere Abgaben der Betriebe zu decken. Am 29. Mai ruft er zu einer zentralen Demonstration für diese Ziele in Den Haag auf.

Quellenhinweis: De Vaksbondskrant, Zeitung des FNV, Ausgaben April, Mai 1984; Algemeene Dagblad v. 1. - 24.5.; Politische Berichte Nr. 25/83 - (uld)

Großbritannien Lehrer streiken für Lohn

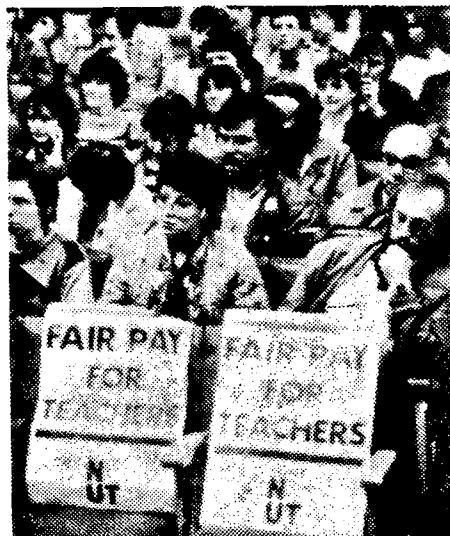
Eine Reihe von Warnstreiks führen 250000 britische Lehrer zur Zeit durch. Ihre Gewerkschaft, die National Union of Teachers (NUT), rief am 16.5. zu einem allgemeinen Warnstreik auf, der von der Mehrzahl der Mitglieder befolgt wurde. In diesen Wochen organisiert die NUT dreitägige Aktionen an ausgewählten Schulen in allen zwölf Regionen.

Die NUT fordert Lohnerhöhungen von 12%. Die Dienstherren boten 4,5%. Nach Berechnungen der Ge-

werkschaft müßte sie 31% fordern, um die Lehrergehälter wieder auf das Niveau von 1974 zu bringen. Innerhalb der NUT fordern einige Gruppen eine Festgelderhöhung von 20 Pfund in der Woche (etwa 300 DM im Monat).

Dienstherren der Lehrer sind die Gemeinden. Die Regierung Thatcher versucht, sie mit rigiden Ausgabevorschriften zur Durchsetzung ihrer Lohnsenkungspolitik zu zwingen. Jede Gemeinde, die mehr als erlaubt ausgibt, wird durch Kürzung von staatlichen Zuweisungen aus Steuerereinnahmen bestraft.

Die Lehrerstreiks kommen der Regierung sehr ungelegen. Denn neben den Bergarbeitern, die wegen ihrer Beschäftigung bei der staatlichen Kohlebehörde als öffentlicher Dienst gelten, wollen die Eisenbahner mit Streikaktionen beginnen. Jetzt kommen die Lehrer als einflußreiche Gruppe der Angestellten dazu, das kann die gesamte Lohnsenkungspolitik im öffentli-



„Gerechter Lohn für Lehrer“, Kundgebung am 16. Mai

chen Dienst in Schwierigkeiten bringen. Der Widerstand zeigt sich an mehreren Punkten:

- Die beiden Eisenbahnergewerkschaften ASLEF (Lokführer) und NUR (übrige Beschäftigte) beginnen am 30. Mai einen gemeinsamen Überstundenstreik. Die Eisenbahnverwaltung bot ihnen nur 4% Lohnerhöhung und wollte die an „Produktivitätsfortschritte“ koppeln.

- Londoner Bus- und U-Bahnfahrer sowie die Mechaniker in den Werkstätten streiken vereinzelt gegen die geplante Auflösung des Verkehrsunternehmens London Transport.

- 300 Beschäftigte im Computerzentrum der Sozialversicherung führen Warnstreiks gegen eine Lohnkürzung von 10% und veränderte Schichtteilungen durch, nachdem sie bereits 6 Monate im Bummelstreik waren.

Quellenhinweis: Socialist Worker, Financial Times, versch. Ausgaben - (hef)

US-Post

Lohnkürzungen von 30% - 40% angedroht

Der US-Postverwaltungsrat, mehrheitlich von der Reagan-Regierung eingesetzt, hat den vier Postgewerkschaften angekündigt, daß er in den anstehenden Auseinandersetzungen um einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag eine deutliche Senkung durchsetzen will. Die Gewerkschaften haben die Tarifverträge zum 20. Juli 1984 gekündigt. Das erklärte Ziel des Postverwaltungsrates ist, die Löhne und Gehälter schrittweise zwischen 30% und 40% zu drücken, angeblich auf den Durchschnitt der Löhne in den privaten Dienstleistungseinrichtungen, wie den privaten Paketdiensten.

Als ersten Schritt zu generellen Kürzungen will der Verwaltungsrat die Löhne der Neueingestellten um 30% gegenüber den bisherigen Löhnen senken. Außerdem verlangt der Dienstherr die Beseitigung der Regelung, daß 90% der Arbeitsplätze mit Vollzeiträften besetzt werden müssen.

Die Post hatte 1982 und 1983 einen Überschuß ausgewiesen, 1983 616 Mio. Dollar. Die Leistung pro Beschäftigten ist im letzten Jahr um 6% gestiegen. Die Postgewerkschaften haben die Lohnsenkungspläne zurückgewiesen. Aber: Die Postbeschäftigten unterliegen wie alle Beschäftigten von Bundeseinrichtungen einem Streikverbot. Zwar haben sie, anders als die übrigen Arbeitskräfte in Bundeseinrichtungen, das Recht, Tarifverhandlungen zu führen. Sie sind jedoch verpflichtet, sich der Entscheidung eines Schlichtungsausschusses zu unterwerfen. Streikende Postbeschäftigte können zu Haftstrafen verurteilt werden.

Trotz des Verbotes hatten die Postgewerkschaften 1970 und 1978 große Streiks durchgeführt. Zahlreiche Streikende wurden damals entlassen. 1981 hatten die Postgewerkschaften ebenfalls ihre Bereitschaft zum Streik erklärt. Die Regierung bereitete daraufhin den Einsatz der Armee im Postdienst vor. Die Postgewerkschaften schlossen einen Dreijahresvertrag ab, der eine Erhöhung des Tariflohnes und -gehaltes um 10% brachte, zusammen mit einer teilweisen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Erhöhung der Lebenshaltungskosten bedeutete das eine Anhebung um 17%.

Kurz nach diesen Tarifaueinandersetzungen bei der Post 1981 entließ die Reagan-Regierung 17000 streikende Fluglotsen der PATCO-Gewerkschaft, verhängte ein Verbot der Gewerkschaft und ließ mehrere Gewerkschaftsfunktionäre zu Gefängnisstrafen verurteilen.

Die Regierung setzt jetzt darauf, mit der Drohung der scharfen Unterdrückung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen und des Einsatzes von Armee und Streikbrechern in großem Umfang die Postgewerkschaften zur Hinnahme von drastischen Lohnsenkungen zu zwingen. Das hätte weitreichende Auswirkungen für die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Quellenhinweis: Businessweek 7.5.84; US-Budget for Fiscal Year 1985 - (gba)

Palästina

Die Zionisten verschärfen den Terror

Im März: Festnahmen mehrerer Mitglieder von drei jüdischen „Untergrundgruppen“; im April: Bombenanschläge auf arabische Busse durch zionistische Terrorgruppen werden im letzten Moment durch den israelischen Geheimdienst vereitelt; im Mai: Verhaftung von Rabbiner Moshe Levinger, Gründer und Anführer der chauvinistischen Siedlerbewegung Gush Emunim, Geständnisse in den bisher unaufgeklärten Anschlägen gegen die palästinensischen Bürgermeister im Jahre 1980, Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts über Nichtanwendung des Rechts in Fällen von jüdischem Terrorismus, der zwei Jahre von der Regierung zurückgehalten worden war. Das alles wird wenige Monate vor den israelischen Parlamentswahlen am 23. Juli in Szene gesetzt, in der israelischen Presse breite Empörung über die „Verantwortung der Regierung, daß ein solcher Untergrund entstanden ist“ (Jerusalem Post), „erschütterte“ Regierungsmitglieder über solche „terroristischen Umtriebe“.

Eine heuchlerische Schau, denn tatsächlich wird der systematische Terror gegen die Palästinenser verschärft, die zionistische Siedlungspolitik weitergetrieben. Noch vor den Wahlen sollen fünf neue Siedlungen in den besetzten Gebieten gegründet werden, weitere Neubauten in zwanzig bereits bestehenden Siedlungen errichtet werden. Die Regierung beschloß dazu eigens Finanzmittel. Mehrere Militärlager werden in zivile Niederlassungen umgewandelt. Israelischen Privatunternehmen wird kostenlos Land überlassen, um die Siedlungstätigkeit zu beschleunigen und die wirtschaftlichen Bindungen an die besetzten Gebiete zu verstärken. Die Gush Emunim darf eine Schule mitten in der arabischen Kleinstadt Al Khalil (Hebron) bauen. Der palästinensische Bürgermeister von Al Khalil wurde entlassen und durch einen extremistischen Zionisten ersetzt, ebenso in den Städten Nablus, Al Bi-

reh und Ramallah. „Vergeltungsaktionen“ gegen palästinensische Steinewerfer, Vandalismus und Lynchjustiz durch zionistische Siedler und Militär werden nicht verfolgt.

Die israelische Besatzungspolitik im Südlibanon bereitet eine Annexion der Gebiete vor. Das Wasser des Litani-Flusses wurde bereits nach Israel umgeleitet. Antoine Lahad, pensionierter Oberst der libanesischen Armee, wurde als Befehlshaber für die Haddad-Truppen eingesetzt. Zusammen mit den israelischen Besatzungstruppen gehen sie aggressiv gegen die Bevölkerung vor, um sie zur Übersiedlung in den Norden zu zwingen. Sie belagern Ain El Helweh, der Rest des größten palästinensischen Flüchtlingslagers im Südlibanon, und führen wild um sich schießend Razzien durch. Journalisten dürfen das Lager nicht mehr betreten. Die an den Massakern von Sabra und Shatila beteiligten „Forces libanaises“ haben am 17. Mai, dem Jahrestag der Unterzeichnung des inzwischen aufgekündigten libanesisch-israelischen Abkommens, ein Verbindungsbüro in Jerusalem eröffnet. Den Vertretern der Milizen sollen Privilegien von Diplomaten gewährt werden.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin 18 - 21/84 - (bar)

Indien

Regierung gegen Forderungen der Sikh

Am 28. Februar gab der Innenminister der Indischen Union vor dem Parlament in einem ausführlichen Bericht den Standpunkt der indischen Zentralregierung „zur Lage in Punjab“ und den Forderungen der Sikh bekannt. Im wesentlichen geht daraus hervor, daß die über religiöse Zugeständnisse hinausgehenden Forderungen nicht akzeptiert werden.

Die Akali Dal Partei, die die Forderungen der Sikh vertritt, hatte nach jahrelangen Verhandlungen erwirkt, daß die Sikh Radiosendungen für ihre Glaubensgemeinschaft machen dürfen, sie kleine Kirpans (Dolche) bei Flügen mit der Indian Airlines tragen dürfen und daß die Tempelanlage von Amritsar, dem religiösen Zentrum der Sikh, geschützt wird.

Das lange Herumlavieren Indira Gandhis hatte bereits dazu geführt, daß die Sikh sich bewaffneten und die offene Auseinandersetzung mit indischer Polizei und Militär suchten. Jetzt wurde auch die Studentenorganisation All-India Sikh Students Federation verboten, was zur weiteren Verschärfung der Lage beitrug.

Da gerade im Punjab eine große Anzahl von kleinen Bauern und Pächtern lebt (die zur Mehrzahl den Sikh angehören), ist für diese die aufgeworfene Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Anteils an den angrenzenden Gewässern (es handelt sich um überschüssiges Wasser der Flüsse Ravi und Baas) von großer Bedeutung.

Die Zentralregierung versucht sich darum herumzudrücken und erklärt, daß die Akali Dal hier keine klaren Forderungen erheben würde. Direkt damit im Zusammenhang stehen die Auswirkungen der Gebietsreform von 1970, bei der die beiden Bundesstaaten Haryana und Punjab mit der gemeinsamen Hauptstadt Chandigarh direkt an Punjab übertragen wird (hier leben in der Mehrheit Sikh) einschließlich zweier Punjabi sprechender Provinzen.

Die Zentralregierung hat, wie schon öfter, die ganzen Angelegenheiten einer Kommission übertragen. Eine Hauptforderung der Akali Dal, die Einsetzung eines Komitees von juristi-



Gerechte Verteilung des Wassers für den Ackerbau ist eine Forderung der politischen Organisationen der Sikhs. Die Regierung geht mit Militäreinsätzen gegen sie vor.

schen Sachverständigen zur Überprüfung der Beziehungen zwischen Zentralregierung und Punjab, wurde im wesentlichen abgelehnt.

Inzwischen verstärkt sich die separatistische Tendenz (Gründung eines eigenen Staates Khalistan). Die Regierung geht dagegen vor und entsendet zunehmend Militär in den Unionsstaat. Die beiden kommunistischen Parteien CPI und CPI(M) haben jetzt im Baumwollgürtel (Malwa-Distrikt) zu Verweigerungsaktionen und Streiks aufgerufen.

Quellenhinweis: Economic and Political weekly, 4. Febr. 1984; India News, Bulletin der Indischen Botschaft, 15. Mai 1984; India Today, 15. Mai 1984 - (cog)

Vietnam

Besserung der Versorgung, aber Aufbau des Sozialismus auf dem Lande gestoppt

Während die Presse hierzulande über Vietnam ein Schreckensbild von Wirtschaftschao, Unterversorgung und Hunger malt, ist nach offiziellen vietnamesischen und auch nach südasiatischen Quellen in den letzten Jahren eine Verbesserung der Wirtschafts- und Versorgungslage eingetreten. Vor der vietnamesischen Nationalversammlung Ende 1983 gab Vizepremier und Planungschef Vo Van Kiet die Wirtschaftsergebnisse für 1983 bekannt: Die Getreideernte (Hauptgetreide: Reis) lag bei fast 17 Mio. t und damit 124 000 t höher als 1982, trotz sehr schlechter Witterungsbedingungen. Der Staat konnte seinen Getreideankauf zur Versorgung der Städte um über 20% steigern. Von 1980 bis 1983 ist damit die Getreideproduktion schneller gewachsen als die Bevölkerung; pro Kopf der Bevölkerung ist sie von 268 kg auf jetzt 300 kg gestiegen. Nach den Worten Kiets bedeuten 300 kg das Minimum – „die Scheidelinie zwischen Unterversorgung und ausreichender Versorgung“.

Vietnam brauchte nach diesen Ernteergebnissen das zweite Jahr hintereinander kein Getreide mehr zu importieren. Künftig soll sogar Reis exportiert werden. Hauptanbaugebiet ist das Mekong-Delta, wo bäuerliche Kleinproduzenten fast die Hälfte der gesamten Reisernte produzieren – in durchschnittlich hundert Arbeitstagen im Jahr.

Auch die Produktionsergebnisse für Erdnüsse, Tabak, Gummi und Kaffee, Hauptexportprodukte Vietnams in die anderen RGW-Länder, stiegen beachtlich. Auch die Seefischerei steigerte die Erträge um 15%; Exporteinnahmen von ca. 40 Mio \$ (gesamte Exporteinnahmen 1982: ca. 600 Mio. \$ einschl. RGW) wurden aus der Seefischerei ersetzt. Die von der Regierung geforderte Steigerung der Hektarerträge für Industriefrüchte stößt aber an eine wesentliche Schranke: den Mangel an Kunstdünger. Das wichtigste Kunstdüngerwerk, im Norden des Landes, produziert nach der Zerstörung im chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg $\frac{2}{3}$ unter der Kapazität; 1983 mußten fast 1 Mio. t Kunstdünger aus der SU importiert werden.

Die Industrieproduktion steckt nach wie vor in einer tiefen Krise. Die für 1983 angesetzten Planzahlen für Kohle, elektrische Energie und Zement z.B. mußten alle nach unten revidiert werden. Die Kohleförderung wuchs in den letzten fünf Jahren praktisch

nicht. Die Produktion liegt um 6,3 Mio t. jährlich. Eine der Hauptgründe dafür: die auch von der Regierung zugegebenen miserablen Lebensbedingungen der Bergleute in den Zechen im Norden Vietnams. Kohle bildete bislang eine der Hauptdevisenquellen Vietnams, in 1982 40 Mio. US-Dollar, ein Viertel aller Deviseneinnahmen.



Reisernte in einer der wenigen landwirtschaftlichen Kollektive in Südvietnam. Die nach der Wiedervereinigung 1976 versuchte Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden wurde bald gestoppt.

Hauptabnehmer war Japan, das sich aber inzwischen auf andere Lieferanten, vermutlich China, eingestellt hat.

Ein weiteres zentrales Problem für die Industrieproduktion ist der Energiemangel. Lange Trockenperioden 1983 haben die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke beeinträchtigt. Außerdem konnte das neue Wärmekraftwerk Pha Lai erst verspätet in Betrieb genommen werden. Die Stromknappheit führte außerdem dazu, daß flüssige Brennstoffe für die Stromerzeugung eingesetzt werden mußten und damit anderswo fehlten. Nach einem Bericht des IWF importierte Vietnam 1982 1,65 Mio. t Petroleumprodukte fast ausschließlich aus der SU. Nach den Angaben Kiets vor der Nationalversammlung ist das viel zu wenig, 20% unter dem Minimum. Zusammen mit der Stromknappheit führt das dazu, daß viele Fabriken nur mit 50% ihrer Kapazität arbeiten. Die Aussichten, daß Vietnam sich selbst versorgen kann mit Öl aus dem südchinesischen Meer, sind vage: Zwar hatte der US-Konzern Mobil Oil kurz vor Ende des Vietnamkriegs vor der südvietnamesischen Küste täglich 2400 Barrel Öl ge-

fördert; aber die westlichen Konzerne, die die Bohrungen fortsetzten, gaben 1981 die Exploration auf, und inzwischen von der SU in Angriff genommene Bohrungen haben noch keine Ergebnisse erbracht.

Dennoch: Gegenüber der Wirtschaftslage bis 1980 ist eine deutliche Besserung eingetreten. Ein Jahr nach der Befreiung Südvietnams vom US-Imperialismus und kurz nach der Wiedervereinigung des Landes beschloß der IV. Parteitag der KP Vietnams einen Fünfjahrplan für den Zeitraum 1976–1980, dessen Ziele nicht erreicht wurden. Statt der für 1980 anvisierten 21 Mio. t Getreide wurden nur 14 Mio

t. produziert, das Bruttosozialprodukt wuchs in dem Zeitraum statt der geplanten 15% um gerade 2,3% (bis 1979). Das Ergebnis war eine schwere Versorgungskrise im ganzen Land. Die monatliche Lebensmittelration pro Kopf wurde von 13 kg Reis, Süßkartoffeln, Maniok und Mais auf 8 kg abgesenkt, die Fleischration betrug 100 Gramm. Die Versorgungskrise ließ in den Städten einen großen Schwarzmarkt entstehen, auf dem z.B. 1 kg Reis bis zu 15% und 1 kg Fleisch 40% eines durchschnittlichen Monatslohnes eines Arbeiters kosteten.

Was waren die Ursachen der Krise, und welche Schritte haben zur Besserung der Wirtschaftslage geführt? In der westlichen Propaganda werden drei Faktoren der Krise herausgestellt: a) Der Versuch, nach der Wiedervereinigung auch im Süden Produktion und Handel zu kollektivieren; b) die Aufrechterhaltung einer kostspieligen Armee von ca. einer Million Soldaten und dazu die Kosten der Intervention in Kampuchea und Laos; c) die Orientierung Vietnams an der SU, die zu einem Stopp der chinesischen Hilfe führte und zu einem nahezu totalen Wirt-

schaftsboykott seitens des Westens.

Festzuhalten ist demgegenüber: Die USA sind bis heute nicht den Verpflichtungen nachgekommen, die sie als Reparationen für die verheerenden Zerstörungen des Landes zu leisten hatten und die sie auf internationalen Konferenzen zusagen mußten. Im Gegenteil: Die USA verhinderten auch, daß die von ihnen kontrollierte Weltbank und die von ihnen und Japan gemeinsam kontrollierte Asiatische Entwicklungsbank (ADB) nennenswerte Hilfsprogramme finanzierten oder billige Kredite an Vietnam vergaben. Und zwar lange bevor Vietnam seine Aufnahme in den RGW beantragte. Gleich nach der Befreiung Südvietnams war die vietnamesische Regierung dem IWF, der Weltbank und der ADB beigetreten; 1976 hatte Premierminister Pham Van Dong sogar den Fünfjahresplan der ADB präsentiert. Was auch immer man von den Bemühungen Vietnams in den Jahren nach 1975 hält, sich der Kontrolle durch IWF zu unterstellen und die vietnamesische Ökonomie in den imperialistischen Weltmarkt zu integrieren: Die westli-

chen Imperialisten haben jedenfalls alles unternommen, den Wiederaufbau des Landes zu verhindern. Der vietnamesische Einmarsch in Kampuchea bot dann den Vorwand, die Wirtschaftsblockade total zu machen.

Die nach der Wiedervereinigung eingeleitete Politik gegenüber dem Süden des Landes zielte auf die rasche Vergesellschaftung von Produktion und Handel. In Nordvietnam mit seiner hauptsächlich agrarischen Bevölkerung, zumeist landlosen Bauern, und wenigen Großbetrieben wie Kohlenbergwerken, war dieser Prozeß schon 1958 abgeschlossen. Die Masse der Bauern hatte aufgrund ihrer Lage die Bodenreform und die anschließende Kollektivierung tatkräftig unterstützt. Der Süden des Landes hatte dagegen eine andere Sozialstruktur; 42% der Bevölkerung lebten 1975 in den Städten, ein Ergebnis des Krieges und der von den US-Besatzern aufgezwungenen parasitären Kolonialkriegsökonomie; die Bauern vor allem im fruchtbaren Mekong-Delta waren Besitzer des Landes und produzierten für die städtischen Märkte. Die 1976 begonnene

Kollektivierung im Süden stieß auf erheblichen Widerstand, zumal der Staat keine Versorgung mit Produktionsmitteln und Dünger garantieren konnte und die staatlichen Ankaufspreise gegenüber den Erlösen auf den „freien“ Märkten niedrig lagen. Die Agrarproduktion stagnierte, bis 1979 die Kollektivierung gestoppt wurde, die „freien“ Märkte legalisiert wurden und den Bauern ausdrücklich das Recht zugestanden wurde, Überschußprodukte über die Quoten für den staatlichen Ankauf selbst zu vermarkten.

Das heißt, der – vielleicht übereilte – Versuch, sozialistische Strukturen im ganzen Land zu schaffen, ist vorerst gescheitert. Die Umorientierung der Wirtschaftspolitik fördert die selbständigen Bauern und Kleingewerbe und Kleinhandel und hat zunächst zu höheren Agrarerträgen geführt. An der schlechten Lage der vietnamesischen Arbeiterklasse hat sich in den letzten acht Jahren wenig geändert.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Nguyen Thanh Hung, Politische und wirtschaftliche Veränderungen in Vietnam ...; Berichte des Bundesinstit. für ostwissenschaftliche Studien 1981; Au Duong The, Der V. Parteitag der KP Vietnam, in: Asien 5/82 – (wom)

Die KP Vietnams: Entwicklung der Großproduktion und Kontrolle des Marktes

Le Duan, Generalsekretär der KP Vietnams, auf dem 5. Plenum des ZK im Dezember 1983:

„Wir haben wahrlich Fortschritte erzielt, aber die Schwierigkeiten sind nach wie vor groß. Wenn wir nicht fortschreiten zur Großproduktion, wenn wir über keine Großindustrie verfügen, dann werden wir uns großen Problemen gegenübersehen ... Es ist mittlerweile keine Frage mehr, daß wir unsere eigenen Fehler und Schwächen unterschätzt haben bei der Festigung der Linie der Partei, im Verständnis der Schärfe des Kampfes zwischen dem Feind und uns, zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg. Wir haben Belege für die Langsamkeit der Umgestaltung überholter Organisationsstrukturen und politischer Maßnahmen, wir haben die Praktiken des bürokratischen Zentralismus und der Korruption in der Verwaltung maßlos lange akzeptiert ...

Um die Parteipolitik in den 80er Jahren zu verwirklichen, müssen wir an dem Prinzip festhalten, daß die Arbeiter die Herren der Gesellschaft sind. Dieses Prinzip verwirklicht sich auf drei Ebenen, der zentralen, der regionalen und der lokalen Ebene. Es erlaubt uns, unsere Ressourcen an Arbeitskraft und Land voll zu nutzen, und es wird uns helfen, die Mindestbedürfnisse an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Kultur und medizinischer Versorgung zu erfüllen ... Wir müssen die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse zugunsten der regionalen und der lo-

kalen Ebene fortsetzen ... Aber das bedeutet keineswegs eine Zerstückelung unserer Volkswirtschaft: Wir müssen den bürokratischen Zentralismus auf sozioökonomischem Gebiet unterscheiden von der zentralisierten Leitung, die dem Sozialismus eigen ist ...

Verteilung und Zirkulation der Produkte: Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet sind teilweise der Langsamkeit der Entwicklung der Produktion geschuldet, aber hauptsächlich der Lockerung in der Ausübung der Diktatur des Proletariats ... Der Staat muß unbedingt die Warenmas-



Kleinindustrie im Mekong-Delta: Fisch, Produkte der Leichtindustrie und Kohle sind die wichtigsten Exportgüter Vietnams.

se und die Geldmenge kontrollieren. Auf zentraler und regionaler Ebene muß er den Markt kontrollieren: Er hat das Monopol über die Lebensmittel, kontrolliert die überwiegende Mehrzahl der Agrarprodukte, alle Ausrüstungsgegenstände, Produktionsmittel und wichtigen Verbrauchsgüter. Wir müssen in kürzester Frist den Handel reformieren und organisieren, den kapitalistischen Handel, die Spekulanten und Schwarzhändler ebenso ausmerzen wie die verkommenen Elemente im Staatsapparat, die Agenten betrügerischer Händler geworden sind. Der „freie“ Markt ist ausschließlich für den Tausch weniger wichtiger Waren zugelassen ...

Die Herrschaft über Produktion wie über Verteilung und Zirkulation erlaubt die Stabilisierung der Preise ...

Wir müssen den Export von Waren und Dienstleistungen ausbauen, damit wir Devisen bekommen; das ist von strategischer Bedeutung für den Import von Technologien, Ausrüstungen und dringend benötigten Rohstoffen ...

Wir müssen unsere Exportmärkte vergrößern und dabei besonderes Gewicht auf die Kooperation mit den RGW-Ländern und mit der SU legen sowie die Kooperation mit Laos und Kampuchea vergrößern. Zugleich müssen wir die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern und den internationalen Organisationen ausbauen, um die Wirtschaftsblockade der Imperialisten und Expansionisten zu bekämpfen ...“

Quellenhinweis: Courier du Vietnam, 2/84

Grundfreibetrag höher! Steuerindexierung!

Wolfenbüttel. Die Delegiertenhauptversammlung der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel der IG Chemie-Papier-Keramik hat auf Antrag des Vertrauensleutkörpers der Metallgesellschaft AG, Zweigwerk Langelsheim, einen Antrag zur Steuerpolitik an den im Herbst stattfindenden Gewerkschaftstag beschlossen. Wichtigster Inhalt: Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch Erhöhung des Grundfreibetrags – die Steuerprogression darf erst oberhalb der tariflichen Löhne und Gehälter beginnen – jährliche Anpassung des Steuertarifs entsprechend der Preissteigerungsrate (Steuerindexierung).

OB Wallmann soll Faschisten verurteilen

Frankfurt. „Wir erwarten von Ihnen als Oberbürgermeister, daß Sie die ... Ausländerfeindlichkeit in Frankfurt ... öffentlich anerkennen und eine Werbekampagne einleiten für das freundschaftliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern“, so die Deutsch-Ausländische Initiative Frankfurt/-

Am 23.5. demonstrierten 30 Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner vor dem Münchner Arbeitsamt gegen im Kriegsfall geplante Einberufungen. Sie übergaben auf dem Arbeitsamt 1000 Verweigerungserklärungen. Die Unterzeichner legen dar, daß sie im Kriegs- oder Spannungsfall jeglichen Verpflichtungen zu zivilen Dienstleistungen nicht nachkommen werden. Durch die Notstandsgesetze hat die westdeutsche Bourgeoisie sichergestellt, daß Zivildienstleistende zu Zwangsarbeiten herangezogen werden können.

Bornheim in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Wallmann wegen Brandanschlägen auf türkische Geschäfte. Wallmann deckt in seiner Antwort das Vorgehen der Polizei: „Der Polizei liegen ... keine weiterführenden Hinweise vor, daß rechtsradikale Gruppen in Frage kommen.“ Die Initiative verurteilt in einem neuen Brief (19.5.) diese Antwort und widerlegt die Behauptung des Oberbürgermeisters, es sei durch ANS/NA- und AAR-Verbot zu einer Beruhigung der rechtsradikalen Szene gekommen.



Großeuropa propagiert – Arm in Gips

Göttingen. BWK, Autonome und ein Gruppe von Schülern besuchten gemeinsam ein CDU-„Volksfest“ zu den EG-Parlamentswahlen mit fahrbarem Europa-Schiff. Ca. 80 nahmen teil, darunter auch 30 Punks aus einem Jugendzentrum. Mit einer Kohl-Maske wurde die Niedersachsen- und örtliche Prominenz begrüßt und Sprechchöre wie „Volk ohne Raum – BRD zu klein – Ganz Europa muß es sein“ angestimmt. Dann wurden „Volksaktien“ an den Leuna-Werken in der DDR und dem Eisenwalzwerk in Kattowitz, sowie Flugblätter verteilt. Die CDU holte die Polizei. Trotz wiederholter Schlagstockeinsätze und der Festnahme von fünf Demonstranten dauerte die Belagerung des CDU-„Volksfestes“ zweieinhalb Stunden und endete mit dessen vorzeitigem Abbruch. Der CDU-Landtagsabgeordnete Fischer verletzte sich bei einer Prügelei den Arm.

Endgültige Stillegung von Mönninghoff

Hattingen. Am 8. Mai haben die Gläubiger-Banken allen „Rettungsversuchen“ für die Flanschenfabrik Mönninghoff in Hattingen endgültig eine Absage erteilt. Nachdem bereits vor einem Jahr das erste Mal die Stillegung der Fabrik beabsichtigt war, wird dies jetzt zum 30. Juni geschehen. Nachdem die Belegschaft nach der Anmeldung des Vergleichs durch die Betriebsführung und der Eröffnung eines Anschlußkonkursverfahrens den Betrieb vom 31. Januar bis zum 1. März besetzt gehalten hatte,

waren die Weiterführung eines Teils der Produktion mit 330 der 800 Beschäftigten und weitere Verhandlungen vereinbart worden. In den Verhandlungen hatte die IG Metall die Bildung einer Fortführungsgesellschaft unter Beteiligung der Belegschaft, der Stadt und des Landes gefordert, die die profitablen Teile der Produktion weiterführen und gleichzeitig für 250 Arbeiter Umschulungsmaßnahmen durchführen sollte. Trotz weitgehender Zugeständnisse der IG Metall in puncto Rationalisierung und scheinheiliger Kritik durch die SPD-Landesregierung sahen die Banken keine Notwendigkeit, die Finanzierung dieses Konzeptes sicherzustellen. Erreicht hat die Belegschaft mit ihren Aktionen somit lediglich die Verzögerung der Stilllegung.

Protestaktion gegen Hinrichtungen geplant

Heidelberg. Über 200 Teilnehmer hatte die Türkeiwoche, die von mehreren Organisationen veranstaltet wurde. Auf der Veranstaltung über die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei, riefen Amnesty international und das „Solidaritätskomitee“ mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ dazu auf, anlässlich der geplanten Hinrichtung von 6 Dev-Sol-Genossen in der Türkei, Protestaktionen durchzuführen. Da das türkische Parlament die Hinrichtungsbefehle an die Gerichtsbarkeit vor über zwei Wochen zurückverwiesen hat, wird angenommen, daß die Hinrichtungen unmittelbar bevorstehen. Auf EG-Wahlveranstaltungen soll die Türkei zum Streitpunkt gemacht werden.



In Pinetown, bei Durban in Südafrika/Azania, haben schwarze Autobusfahrer im März einen erfolgreichen Streik für die Anerkennung der unabhängigen Südafrikanischen Transport und Allgemeine Arbeitergewerkschaft als verhandlungsberechtigten Interessenvertreter durchgeführt. Die Gewerkschaft ist seit Anfang des Jahres Mitglied der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF). Die streikenden Fahrer besetzten drei Tage eine der drei Autobusgaragen des städtischen Busunternehmens. Als die Geschäftsleitung die Streikenden entließ, führten die Gewerkschafter am Ort Unterstützungsmaßnahmen durch. Eine Delegation wurde zum Bürgermeister gesandt. Am folgenden Tag boykottierten Tausende von Arbeitern die von Streikbrechern gefahrenen Busse, obwohl sie bis zu 15 km bis zum Arbeitsplatz zurücklegen mußten. Die Polizei feuerte Tränengaspatronen in die Reihen von Demonstrierenden. Nach fünf Tagen Streik erklärte sich die Unternehmensleitung bereit, mit der Gewerkschaft Gespräche über die Anerkennung aufzunehmen. (Bild: Debatte während eines Busboykotts in Azania, 1980)

SS-Traditionsverbände

Jahreshauptversammlung konnte nicht stattfinden

Bad Harzburg. Am 19. Mai 1984 folgten mehr als 1200 Antifaschisten dem Aufruf des Koordinationsausschusses „Kein SS-Treffen in Bad Harzburg und anderswo“ und demonstrierten u.a. für das Verbot der HIAG und aller anderen faschistischen und neofaschistischen Organisationen (s. Bild). Zwei Tage vor dem geplanten Treffen der ehemaligen Waffen-SS-Verbände „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Division Hitlerjugend“ vom 17. bis 20. Mai im Kurhaus in Bad Harzburg hatte das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg das Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig aufgehoben und den sofortigen Vollzug der Verbotsverfügung der Stadt Bad Harzburg nach dem „Gesetz für Sicherheit und Ordnung“ wiederhergestellt.

Als Begründung gab das Gericht unter anderem die besondere Stellung der Stadt am Harzrand an. Es sehe in der Abhaltung der Versammlung in der durch die sogenannte Harzburger Front des Jahres 1931 vorbelasteten Stadt wegen der deshalb unvermeidlichen Gegendemonstrationen, mit denen in großem Umfang zu rechnen sei, eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Dazu der Koordinationsausschuß in einer am gleichen Tage abgefaßten Erklärung: „Wir unterstützen diese Entscheidung im Ergebnis. Unser weitergehendes politisches Ziel war die Sammlung der Kräfte, die den Gesetzgeber auffordern, nun endlich das Treiben dieser Kameradschaftsverbände, die Nährboden des Neonazismus sind, zu verbieten.“

Tatsächlich bietet das Urteil des Obergerverwaltungsgerichts keinerlei An-

haltspunkte in Richtung Verbot der SS/HIAG. Das Urteil besteht darin, die Jahreshauptversammlung besagten „Kameradschaftsverbandes“ an diesem Maiwochenende und auf dem Gebiet der Stadt Bad Harzburg zu verbieten, quasi aus „Opportunitätsgründen“, da das Treffen an diesem Ort wegen der „besonderen historischen Belastung“ eine Provokation der Antifaschisten darstelle.

Das Urteil stellt insofern einen Erfolg dar, als sicher ist, daß die Obergerverwaltungsrichter nur in Anbetracht der starken örtlichen und regionalen Aktionseinheit so entschieden haben und daß die Faschisten ihre Jahreshauptversammlung in Bad Harzburg und unseres Wissens auch anderswo an diesem Wochenende *nicht* durchführen konnten. Andererseits hat das gerichtlich bestätigte Verbot der SS-Treffens gerade die Kräfte in der Aktionseinheit gestärkt, die den Widerstand schon seit Wochen auf die bloße Unterstützung der städtischen Verbotsverfügung reduzieren wollten, die das „Ansehen der Stadt Bad Harzburg“ und den Fremdenverkehr in Gefahr sahen, die lange Zeit – jedoch erfreulicherweise vergebens – den „Schulter-schluß der Demokraten“ mit der CDU-Ratsfraktion suchten, mit ständiger Penetranz vor gewalttätigen Gegendemonstranten gewarnt hatten und letztlich nach dem Verbot des OVG dafür eingetreten sind, Demonstration und Kundgebung *nicht* durchzuführen.

Daß diese Kräfte auf die Harzburger SPD beschränkt blieben und damit nur sehr geringe Teile der Aktionseinheit

unter der Parole „Mit dem OVG-Verbot ist das Ziel erreicht und die Demonstration überflüssig“ der Hetze insbesondere der örtlichen CDU nachgegeben haben, die in mehreren öffentlichen Aufrufen gegen die Demonstration und teilnehmende Organisationen hetzte, ist als Erfolg zu werten.

Ebenso ist es ein wichtiger Fortschritt angesichts der leidigen Geschichte der Aktionen gegen den NPD-Bundesparteitag im letzten Herbst in Fallingb., als der DGB-Landesbezirk die Aktionseinheit verließ und zur Gedenkstätte Bergen-Belsen auswich, daß der DGB bis zum Schluß eine maßgebliche Kraft der Aktionseinheit geblieben ist und der DGB-Landesbezirk neben der VVN/BdA durch einen Hauptredner vertreten war. Von mehreren Kundgebungsrednern wurde die auf der Demonstration stark vertretene Forderung nach Verbot der SS-Traditionsverbände und aller faschistischen Organisationen vertreten. Die Volksfront beteiligte sich an der Demonstration in einem Block von ca. 40 Teilnehmern und trat in einem Flugblatt gegen ein „rechtsstaatlich“ und für ein antifaschistisch begründetes Verbot aller faschistischen Organisationen ein. –

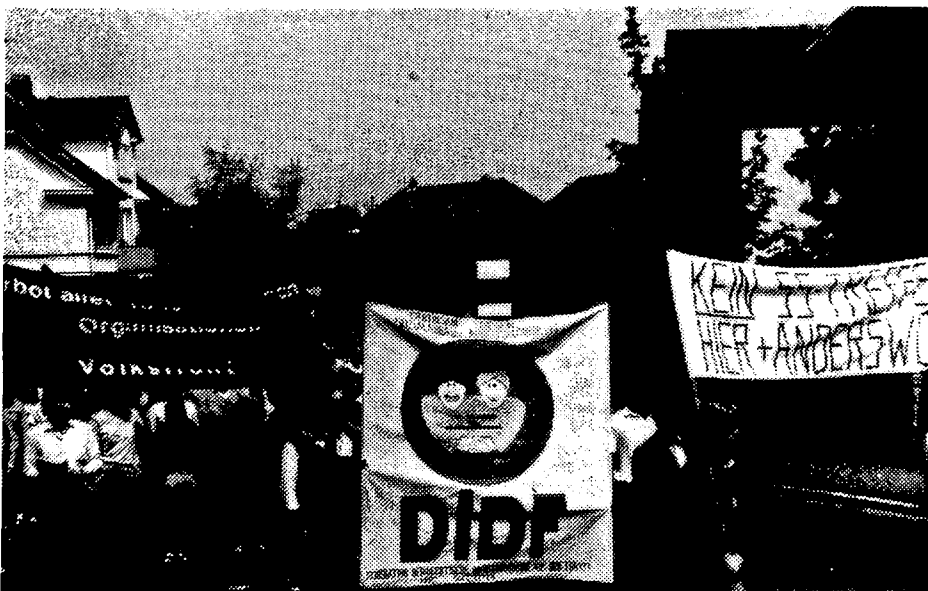
(mio)

Europawahlen

CDU tritt ein für aggressive EG-Politik

Hamburg. Die bürgerlichen Parteien tun sich schwer bei der Mobilisierung zu den Europawahlen. „Ich war noch nie so damit beschäftigt, den Mangel an Informationen und die Vorurteile abzubauen“, klagt SPD-Kandidat Seeler. Gemeinsame Hauptsorge: daß überhaupt gewählt wird. Die Wahllokale bleiben extra bis 21 Uhr geöffnet. Der Senat organisiert einen mehrtägigen „Europa-Rummel“. Die SPD-Spitzenkandidatin Focke gastiert mit einem Zirkus. CDU und FDP machen Europafeste. „Sind solcher Schnickschnack und allerlei Firlefanz nötig, um die umworbenen Bürger von der anhaltenden Ohnmacht des Europaparlaments abzulenken?“, ärgert sich der Kommentator des Harburger Lokalblatts.

Herkömmliche Wahlveranstaltungen sind rar. Eine einzige hat die CDU hier bisher durchgeführt. Im Nobelstadtteil Othmarschen treten der EG-Kommissar Narjes und der örtliche Kandidat Blumenfeld an. Trotz breiter Plakatierung sind nur 60 Leute erschienen. Das drückt auf die Stimmung. Vor einem solchen Publikum, vorwiegend begüterte „liebe Parteifreunde“, entwickeln die Redner unverblümt die aggressiven Pläne der BRD-Imperialisten:



Bad Harzburg, Demonstration am 19.5.84

– Europa müsse eine „wesentliche Rolle“ im militärischen Bereich haben. „Auf der Ebene der Verteidigung“ werde „der nächste große Zusammenschluß Europas“ kommen. Die parallele Entwicklung von Waffensystemen in der EG müsse gestoppt werden. Die Chancen der kapitalkräftigen westdeutschen Rüstungsindustrie lägen in der Bildung „transnationaler Konsortien“, die EG-Aufträge erhielten.

– Der Wahltag 17. Juni sei von „großer Symbolkraft“. In Europa wachse die Einsicht, daß Deutschland wiedervereinigt werden müsse, wie auch die „Trennung des europäischen Kontinents“ beendet werden müsse.

– Die nächsten Ziele der „sozialen Harmonisierung“ werden benannt: Die Mehrwertsteuer müsse angeglichen,

d.h. in der BRD erhöht werden. Die 35-Stunden-Woche – eine „absurde, hirnrissige Forderung“ von „fanatisch besessenen Ideologen in den Gewerkschaftsvorständen“ – habe in Europa keine Chance. Die Nachbarländer seien aber in der „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ weiter fortgeschritten.

– Die „Gefälligkeitswirtschaft der Agrarminister“ müsse aufhören. Das Legen von 8 Mio. Bauern sei aber ein guter Anfang. Narjes spricht zynisch von „Europas größter Land-Stadt-Wanderung in der Geschichte“. Nach drei vorbereiteten Fragen wird die Veranstaltung „aus Zeitgründen“ abgebrochen. Das reaktionäre Programm bleibt ungeschoren. Das sollte man der CDU nicht mehr durchgehen lassen. – (rad)

und die städtische Haushaltssperre samt der Beschneidung aller freiwilligen Leistungen der Stadt.“

Die Fraktion der Grünen/ALM kritisierte dieses MIP in seiner gesamten Konstellation von den Gesamtausgaben bis hin zu den einzelnen Schwerpunkten dieses Programms. U-Bahnbau in der Innenstadt als vernünftige Alternative zum Individualverkehr Ja, jedoch ein entschiedenes Nein zu unnötigen Projekten zum Hasenberg und nach Fürstenried. Ein klares Nein zum neuen Flughafen im Erdinger Moos u.a. wegen der Finanzierungsbeilegung von 427 Mio. DM. Ein klares Nein zum Kernkraftwerk OHU II, das nicht nur eine halbe Milliarde DM Münchner Beteiligung kosten wird, sondern mit völlig ungelösten Nachfolgeproblemen schwanger geht. Wohnungspolitik der Stadt München Ja, jedoch für billigere, arbeitsträchtigere Erhaltung von Altbauwohnungen gegenüber der derzeit betriebenen Wohnungsneubau- und Einfamilienhäuserförderungspolitik.

Die Fraktion der SPD, die anfangs noch verbreitete, daß an den Schwerpunkten U-Bahnbau, Abwasserbeseitigung und Wohnungsbau festgehalten werden solle, stellte jetzt zum MIP fest: „Die SPD wird die Streichung von Maßnahmen im Volumen von 250

Kommunalpolitik München

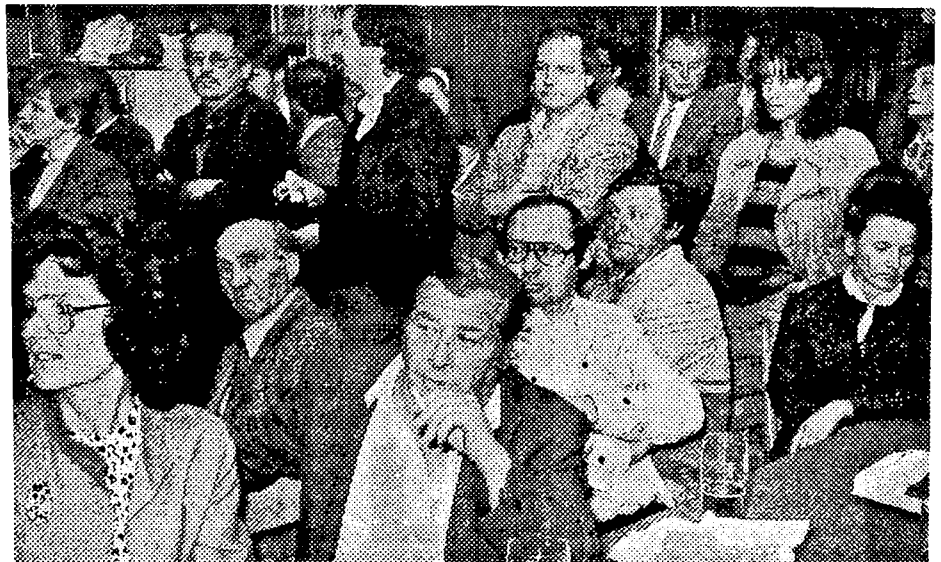
Stadtrat behandelt CSU-Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms

München. Kurze Zeit nach der Niederlage der Münchner CSU bei den Kommunalwahlen liegt nun der Vollversammlung des neuen Münchner Stadtrates eine größere Verwaltungsvorlage zur Beratung vor – der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 1984–1988 (MIP 84–88) –, deren Inhalt und Zielsetzung zum Ausdruck bringt, daß nach wie vor die großen Konzerne in München die dominierenden Kräfte sind, deren Wünsche berücksichtigt werden müssen. Dieses MIP wurde noch von der CSU ausgearbeitet und erfährt nun angeblich aus zeitlichen Gründen diese Würdigung.

Interessant wird also sein, welche reaktionären Zielsetzungen die CSU mit diesem Entwurf trotz ihres Machtverlusts im Stadtrat wird durchsetzen können, bzw. welche Anstrengungen von den Fraktionen der SPD und der Grünen/ALM unternommen werden, um diesem MIP ein etwas anderes Gesicht zu verleihen.

Die Fraktion der CSU beharrt auf „ihrem“ Entwurf und stellt sich auf einen Kompromiß ein, der die wesentlichen Zielsetzungen dieses Programms mit Unterstützung der SPD retten soll. Das Gesamtvolumen für künftige städtische Investitionen soll 6,2 Mrd. DM groß sein, die Nettoneuverschuldung soll jährlich etwa 250 Mio. DM betragen und damit die sogenannte „Pro-Kopf-Verschuldung“ von 1360 DM auf 2000 DM im Jahr 1988 erhöht werden. Der CSU-Stadtkämmerer D. Grundmann bezeichnet dieses MIP „einen Beitrag zu einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und damit zur Verringerung der Arbeitslosenprobleme“. Für die CSU bedeutet dies nicht, daß zumindest die „100000

Familien in München, die im Grenzbereich des Existenzminimums leben müssen“ (OB Kronawitter), mehr zum Leben hätten, sondern der Wirtschaft profitträchtigere Betätigungsfelder angeboten werden. Auf diesen Sachverhalt wies noch am deutlichsten der



Bürgerversammlung im Münchner Osten. Die Sicherstellung des Betriebs des Altenzentrums wird gefordert.

Fraktionssprecher der Grünen/ALM Georg Welsch in seinem Redebeitrag zum MIP hin: „In unseren Augen ist es ein Unding, den laufenden Haushalt in einem solchen Umfang zu stützen, wie es in den letzten Jahren, insbesondere seit der Bonner Wende, geschehen ist, nur um ein hohes oder sogar zu hohes Investitionsvolumen zu halten. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte ich in diesem Zusammenhang nur zwei Stichworte nennen, und zwar den schon sprichwörtlichen Sozialabbau

Mio. DM vorschlagen, denen Mehrausgaben von ca. 130 Mio. DM gegenüberstehen. Diese Ausgabenkürzungen ermöglichen es, lange vernachlässigte Bereiche besser zu dotieren und das MIP qualitativ zu verbessern. Die SPD wird deshalb für Verbesserungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Verkehrsberuhigung, des Erhalts von Grünflächen, des Ausbaus des Radwegenetzes, für Freizeitheime, Altenzentren, Schulen und kulturellen Einrichtungen

Maßnahmen im Volumen von rund 130 Mio. DM vorschlagen.“

Die SPD-Stadtratsfraktion hat einen Antrag auf „sofortigen Kassensturz bei den städtischen Finanzen“ gestellt. Begründet wird dies damit, daß der zuletzt dem Stadtrat vorgelegte Finanzplan die tatsächliche finanzielle Situation und Entwicklung der Stadtfinanzen durch optimistisch überhöhte Einnahmeerwartungen und unrealistisch unterschätzte Ausgabenzwängen verschleiert.

Die weitere Beratung des MIP und insbesondere des Finanzplans sowie des Haushaltsplans 1985 werden weiteren Aufschluß darüber geben, wie die Interessen der Arbeiterbevölkerung berührt werden.

Quellenhinweis: Presseinformation der SPD; Rede des Fraktionssprechers der Grünen/ALM; verschiedene Ausgaben des Münchner Stadtanzeigers – (dil)

Neonazis Urteile gegen die Borussenfront

Dortmund. Am Karfreitag 1982 gründete sich im Dortmunder Norden die rechtsradikale „Borussenfront“ (in ihrem Namenszug sind die Buchstaben SS in Runenschrift geschrieben). Von da an machte sie sich einen Namen durch Überfälle auf türkische Geschäfte und Familien im Dortmunder Norden. Die Borussenfront gibt sich zwar als Fan-Club des BVB Dortmund aus, doch ihre Ziele sind offenkundig andere: Ausländerhatz, Angriffe auf Linke und Gewerkschafter sowie Unterstützung neonazistischer Organisationen. Bei einer NPD-Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt am 26.2.83 trat die Borussenfront als Schutztrupp der NPD auf und half mit, die Tribüne aufzubauen. Immer wieder tauchten bei der Borussenfront Flugblätter der inzwischen verbotenen ANS auf.

Seit Mitte 1983 ist der öffentliche Druck u.a. von Ausländerinitiativen und Gewerkschaften auf Polizei und Justiz, die die Borussenfront bis dahin kaum beachtet hatten, so stark geworden, daß die Polizei sich genötigt sah, bei dem politischen Kommissariat K 14 eine Sonderkommission „Borussenfront“ einzurichten. Von da an wurde die Borussenfront in der Presse fast jeden Tag erwähnt. Der „Stern“ brachte eine Enthüllung über ihre Aktivitäten, woraufhin die „Bild am Sonntag“ die Borussenfront als harmlosen Fan-Club verniedlichte. Bei Aktionen der Borussenfront nahm die Polizei jetzt Mitglieder fest, statt wie bisher nur die Personalien aufzunehmen.

Sechs Mitglieder der Borussenfront standen in den letzten Monaten vor Gericht. Als erster wurde der „Einheitsler“ der Borussenfront Siegfried Bor-



„SS-Sigi“, der angeblich Verbindungen zu Alt- und Neonazis in Südamerika hat

chardt, „SS-Sigi“ genannt, zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung, Verwendung von Emblemen verfassungsfeindlicher Organisationen und Beleidigung. Allerdings machte die Ausrichtung des Prozesses klar: Die Justiz will mit allen Mitteln verhindern, daß daraus politische Prozesse gegen neonazistische Aktivitäten werden. Es könne nicht nachgewiesen werden, daß die Borussenfront eine kriminelle Vereinigung sei, auch der gemeinsame „Hitler-Gruß“ sei kein Beleg dafür. Die Justiz verhindert eine Aufdeckung der Hintermänner und Förderer der Borussenfront und der Verbindungen der neonazistischen Gruppen. Andererseits wurden einige Mitläufer der Borussenfront, die sich inzwischen von dem Neonazi-Terror losgesagt hatten, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Inzwischen hat die Borussenfront neue, erheblich jüngere Mitglieder aufgenommen.

Quellenhinweis: Deutsch-Ausländische Freundschaftsinitiative Dortmund: Dokumentation über die Borussenfront – (axg)

Buchhandel Westberlin Tarifverträge nach hartem Kampf erhalten

Westberlin. Nach monatelangen Kämpfen – Betriebsversammlungen, Kundgebungen und Proteststreiks, die v.a. im Mai die Tarifverhandlungen begleiteten – liegt für den Bereich Buchhandel und Verlage Westberlin seit dem 24.05.84 eine unterschrittsreife Tarifvereinbarung vor, die die von den Kapitalisten gewollte massive Schlechterstellung der *Buchhandels*beschäftigten verhindert. Sie enthält im Kern: Lohnanhebungen von 3,2% für den Buchhandel, 3,6 – 3,8% für den Verlagsbereich (über eine Einmalzahlung von 132 DM); 13 DM mehr ver-

mögenswirksame Leistungen (ca. 0,4%); die Verlängerung des Ende des Jahres auslaufenden Manteltarifs um zwei Jahre mit Ausnahme der Arbeitszeit; eine Erklärung der Berliner Buchhändler- und Verlegervereinigung (BVB), ihre Tariffähigkeit für den Buchhandel nicht an den Einzelhandelskapitalistenverband zu delegieren.

Ging es seit Beginn des Tarifkampfes Ende März vordergründig um die Anhebung der Entgelttarife, so stand in Wirklichkeit erheblich mehr auf dem Spiel. Die HBV-Fachgruppe formulierte dies in einem Tariffinno so: „... versucht die BVB, die Tarife für Buchhandel und Verlage auf dem Müllhaufen der Sozialgeschichte zu entsorgen und v.a. die Angestellten im Sortiment auf das Niveau des Einzelhandels zu drücken.“ Schon Ende 1983 hatte die BVB die Absicht formuliert, für den Bereich des Buchhandels ihre Tariffähigkeit an den Einzelhandelsverband abzugeben und damit die erst Anfang der 70er Jahre von HBV erkämpften Tarifverträge zu zerstören. Für einen in Tarifklasse GIII,2 eingestuften Buchhändler mit 2117,52 DM brutto (netto ca. 1460 DM) bedeutete das eine Senkung des Monatslohns um 160 DM; in der Gruppe GIV ginge der Lohnverlust bis 380 DM, Auszubildende würden um ca. 200 DM (25%) gedrückt. Hinzu kämen massive Verschlechterungen beim 13. Gehalt und dem Urlaubsgeld, dem Urlaub (jetzt sechs Wochen) und der Arbeitszeit (jetzt 40 Stunden an fünf Tagen).

Daß die Kapitalisten *jetzt* in Westberlin und hauptseitig bei den Buchhändlern angriffen, hat v.a. zwei Gründe. Die Konkurrenz auf einem stagnierenden Markt (ca. 160 Buchhandlungen) hat sich enorm verschärft und der Einsatz moderner EDV-Technologie gibt den Großbuchhandlungen (8 Betriebe mit über 20 Beschäftigten) die Chance zu rascher Ausschaltung der Konkurrenz, wenn sie nur die Personalkosten drastisch senken.

Für die HBV galt seit Anfang Juli die Linie, keinen Entgelttarifvertrag zu unterzeichnen – was ja auch Friedenspflicht bedeutet hätte –, solange die BVB nicht ihre Absicht aufgebe, ihre Tariffähigkeit zu delegieren. Nach zwischenzeitlichem Abbruch der Verhandlungen streikten im Mai Beschäftigte der Verlage de Gruyter, CVK, Julius Springer sowie der Buchhandlung Lehmanns für einige Stunden. Mehrere Kundgebungen fanden statt. Die BVB sah sich gezwungen, die Verhandlungen erneut aufzunehmen, am 24.5. konnte Einigung erzielt werden. Die HBV-Mitgliederversammlung wird dem Ergebnis sicherlich zustimmen, obwohl die Lohnanhebung unbefriedigend ist. Die Abwehr des massiven Angriffes auf die tariflichen Mindestbedingungen wiegt da schwerer. – (pel)

„Regelbeurteilung“

Mayer-Vorfelder: auch in der Personalpolitik „die Wende exekutieren“

Freiburg. Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder ließ bereits 1983 im Rahmen seiner von einem Meter auf zehn Zentimeter Stärke „bereinigten Erlaßsammlung“ ein weiteres Schutzrecht der Lehrer unter den Tisch fallen: die Ankündigung der Unterrichtsbesuche. Um der seit 1973 geplanten Dienstrechtsreform noch näher zu kommen, ließ er jetzt einigen Schulleitern „Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrer“ zukommen, die bereits am 1.8.1984 in Kraft treten sollen. Sie entsprechen der seit dem 6.6.1983 gültigen Regelbeurteilung für die übrigen Landesbeamten. Alle Lehrer im Beamtenverhältnis mit Ausnahme der 55-jährigen und solchen, die beurlaubt sind, sollen regelmäßig in fünfjährigen Abständen ungekündigte Unterrichtsbesuche des Schulleiters über sich ergehen lassen. Dieser kreuzt bei der „Befähigungsbeurteilung“ ein bestimmtes Kästchen an, womit „Auffassungsgabe und geistige Beweglichkeit, Urteilsvermögen, Fortbildungsbereitschaft, Entschlußkraft, Verantwortungsbewußtsein, Kooperationsfähigkeit, Fähigkeit zur Menschenführung als Vorgesetzter ...“ als „schwach, normal, stärker oder besonders stark ausgeprägt“ bewertet werden.

In die „Leistungsbeurteilung“ gehen Aufgaben ein, die der Lehrer zu-

sätzlich zu seinem Deputat übernimmt: „Erledigung von Verwaltungsaufgaben, Vertretung der Schule nach außen.“ Besonders honoriert werden äußeres „Erscheinungsbild“ und die Bereitschaft, großdeutschen Chauvinismus im Unterricht zu verbraten: „Wertevermittlung und Wirken im Sinne der Erziehungsziele“. Je nach Ergebnis können „Personalentscheidungen“ und „zweckmäßige dienstliche Verwendung des Lehrers“, bei Be-

amten auf Probe die Entlassung, angeordnet werden.

Der flexibelste Einsatz der Lehrer aufgrund der Regelbeurteilung wird dann denkbar, wenn das Ministerium für Kultus und Sport (MKS) sein elektronisches Personalinformationssystem weiter ausbaut. Im Oberschulamt Stuttgart steht die „Zentraleinheit HP 3000/44 1 MB“, die die gesamte Personalverwaltung und Stellenbewirtschaftung für das MKS organisiert. Bis 1985 sollen die vier Oberschulämter und der Großrechner des Landesamtes für Besoldung und Versorgung zu einem „Netz für den Programm- und Datenaustausch zusammengeschlossen“ werden, damit „Führungsentscheidungen der Verwaltung und der politischen Spitze ... rascher, differenzierter und

Eine Information der Kultus-Wehr



Mayer-Vorfelder (Kultusminister von Baden-Württemberg und Oberleutnant in Reserve) präsentiert:
Den Mittelstrecken-Lehrer
Für jeden Lehrer gilt ab sofort:
Ferngesteuert, computerüberwacht,
flexibler Einsatz bei Tag und Nacht,
cooperativ und verhandlungsbereit,
Durchsetzungskraft, Dienst-eifrigkeit,
gute Führung und wenig Kosten,
Gesunder Haß gegen Russen im Osten,
Treu, gehorsam, streng und fleißig
für die Grenzen von '38
Ein strammer Grundgesetz-Verehrer
ist unser Mittelstrecken-Lehrer!

Kultusminister:
Weg frei für die Stationierung
der Mittelstrecken-Lehrer-Generation

Regelbeurteilung: „Impulse für Leistungswillen“

Die Regelbeurteilung ist Teil eines umfassenden „Reformwerks“, der Dienstrechtsreform. Das Konzept dafür wurde 1973 vom damaligen Bundesinnenminister Genscher vorgelegt. Es war das Ergebnis der eigens zu diesem Zweck eingerichteten „Studienkommission“.

Zielschwerpunkt war: „Das Dienstrecht muß funktions- und leistungsbezogen sein.“ Dem stehe die Dreiteilung des öffentlichen Dienstes in Arbeiter, Angestellte und Beamte, das geltende Laufbahn- und damit verbundene Bezahlungssystem sowie das schwach entfaltete Beurteilungswesen im Wege.

Aufsehen erregte damals der Plan, alle Beschäftigten dem Beamtenrecht zu unterwerfen. Das stieß auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften.

Damit war jedoch nicht die Dienstrechtsreform gescheitert. Sukzessive wurden in der Folgezeit viele Vorschläge der Studienkommission (wie z.B. Bezahlung nur eines Ehepartners, wenn beide Ehepartner im öffentlichen Dienst sind, Ausweitung der Teilzeitarbeit u.a.m.) in die Tat umgesetzt.

Dem Kernstück der „Reform“, der Erreichung einer „aufgabenadäquaten Personalstruktur“ und „leistungsge-rechten Bezahlung“ stehen noch immer das Laufbahnsystem (das sich an den Ausbildungsvoraussetzungen orientiert) und das Besoldungssystem mit seiner teilweise automatischen Höherstufung (Dienstalter) im Weg. Die Regelbeurteilung soll da ein Schritt zur Abhilfe sein:

„Die Leistungsbewertung ist ein wesentliches Personalführungsinstrument

und eine Voraussetzung für leistungsgerechte Bezahlung“, so die Studienkommission 1973.

Und 1981 der damalige Bundesinnenminister Baum vor dem Deutschen Beamtenbund:

„Die entscheidende Frage ist vor allem, ob und inwieweit sich die Leistungsbeurteilung in irgendeiner Form auf die Bezahlung auswirken hat ... Das bedeutet aber auch, bei Ausbleiben der erwarteten Leistung das Aufrücken in den Dienstaltersstufen zu versagen oder auch einen weniger leistungsbereiten Beamten mit einem geringer bewerteten Amt zu betrauen.“

Die Ziele, die mit der Regelbeurteilung angepeilt werden, sind also weit gesteckt: verstärkter Druck auf die Beamten, weitere Rationalisierungen und Lohnsenkungen, Beseitigung des Abgruppierungsschutzes.

Quellenhinweis: Bericht der Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, Baden-Baden 1973; Rede des Bundesinnenministers Baum v. 8.1. 1981

zuverlässiger bereitgestellt werden“ können.

Am 1.12.1983 waren in diesem Sinn 125511 Lehrer mittels einer „Lehrpersonendatei“ mit folgenden Stammdaten erfasst: Angaben zur Person und zum Beschäftigungsverhältnis, einschließlich der Zeiten des Wehrdienstes, Verwaltungsdaten mit Stammdienststelle, Art der Teilzeit, Umfang des Lehrauftrages usw., insgesamt 121 Einzeldaten. Obwohl bisher die Auswirkungen dieses Systems auf die Lehrer ungeklärt sind, hat der Hauptpersonalrat in Stuttgart dieser „Lehrerdatei“ zugestimmt, weil er sich an den gesetzlichen Rahmen hält, wonach eine auffordernde Behörde Daten erhalten muß, wenn dies „zur Erfüllung ihrer Aufgaben“ notwendig sei. Ohne garantierte Einspruchsrechte für die Personalräte sind die Möglichkeiten des MKS zur Kontrolle der Lehrer jedoch grenzenlos.

Am 21.4.1984 hat das MKS angeordnet, bei der jährlichen Regelbeurteilung für Lehrer auf Probe die Fehltagewegen Krankheit zu vermerken. Würden diese ebenfalls gespeichert, könnte das aufsteigende Gehalt bei zuviel Fehltagen viel schneller gestoppt werden. Bei ausgeweiteter Teilzeitarbeit wäre ein verstärkter Einsatz dieser Lehrer zu ihren „Tagesbestzeiten“, ausgearbeitet vom Computer mittels einer biologischen Leistungskurve, denkbar und damit eine weitere Intensivierung ihrer Arbeit. Und nicht zuletzt könnten den Haushaltsbeschlüssen der Landesregierung entsprechend adäquate Gehaltskürzungen schneller durchgesetzt werden. — (chb,lik,gew)

MAN Sonderschichten bei Kurzarbeit

Dachau. Am 25.4. unterzeichnete der Betriebsrat von MAN (IG Metall-Mehrheit) mit der Geschäftsleitung eine Betriebsvereinbarung über sieben Sonderschichten im Zentralersatzteillager Dachau. Die Sonderschichten sind an fünf Samstagen und an zwei Feiertagen, die laut Betriebskalender frei wären. Betroffen sind 170 Arbeiter im Lager, gezahlt wird 50 DM pro Schicht und ein warmes Mittagessen. Kurz vorher hatte die Geschäftsleitung 27 Tage Kurzarbeit für das Werk München angekündigt, obwohl sie zwei Wochen vorher diese Absicht auf einer Betriebsversammlung bestritten hatte.

Angesichts dieser Lage waren die Betroffenen im Ersatzteillager ziemlich aufgebracht. Denn seit der letzte Entlassungsschub abgeschlossen ist, wird

im Ersatzteillager ständig mit Überstunden, „freiwilliger“ Samstagsarbeit, Einsatz von Leiharbeitern aus Serviceniederlassungen gearbeitet. Die Kapitalisten wollen die Stammschicht klein halten, und die Samstagsarbeit soll bald normal werden. W. Thiele, Gesamtmetall und MAN-Vorstand, weiß schon, warum er gegen die Festlegung, womöglich gar Verkürzung des Normalarbeitstages ist:

„Die variable Arbeitszeit kann die Lieferfähigkeit unserer Industrie erhö-



MAN-Lehrwerkstatt: Lernen an CNC-Maschinen, dann Lagerarbeiter

hen und die Kosten der Lagerhaltung senken“.

Bedauerlicherweise nimmt der IGM-Betriebsrat in dieser Frage einen Standpunkt ein, der den MAN-Kapitalisten einiges ermöglicht. Die Zustimmung zu den Sonderschichten begründete er damit, daß der Betriebsrat verhindern müsse, daß jetzt Arbeiter eingestellt werden, da im Herbst die Auszubildenden ausgelernt haben, und dann der Betriebsrat dafür Sorge tragen müßte, daß sie im Ersatzteillager unterkommen.

Diese Praktik ist nicht neu, schon seit fast 2 Jahren arbeiten Jungfacharbeiter als Auspacker, Packer, Staplerfahrer usw. im Lager. Mittlerweile ist es so, daß die, die den Absprung nicht geschafft haben, es schon aufgegeben haben, sich um eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu kümmern. Je länger sie im Lager sind, desto weniger Chancen haben sie, in ihrem Beruf zu arbeiten.

Im Zuge der „kalten Aussperrung“ im Münchner Werk, von der etwa 3000 Arbeiter betroffen sind (und z.T. jetzt in Dachau arbeiten), hat der Betriebsrat die Betriebsvereinbarung zu den Sonderschichten gekündigt. In den nächsten Tagen wird die Einigungsstelle unter Vorsitz eines Landesarbeitsrichters über die Weiterführung der Sonderschichten entscheiden. — (dar)

Elbmarschen Samstagsarbeit in der Zementindustrie

Itzehoe. Im Frühjahr 1982 teilte der Vorstand der Zementwerke Alsen-Breitenburg auf der Betriebsversammlung mit, daß er beabsichtigt, die Produktion im Werk Itzehoe einzustellen und das Werk der Tochtergesellschaft in Hemmoor stillzulegen. Die Maßnahme soll in Hannover alle Kollegen und in Itzehoe und Lägerdorf 150 zur Entlassung bringen. Der Betriebsrat bei Alsen-Breitenburg in Itzehoe und Lägerdorf bemühte sich in den folgenden Sozialplanverhandlungen die Planung abzuwenden und als dies nicht ging, versuchte er die Zahlen bei den Entlassungsplänen zu drücken. So wurde Abteilung für Abteilung zum Gegenstand von Stellenplanverhandlungen.

Die Senkung der Entlassungszahlen war nicht einfach möglich, da die Kapitalisten so nicht mit sich reden ließen. In zwei Fragen machten sie Zugeständnisse, aber nur über den Hebel, eine Flexibilisierung bei der geltenden Arbeitszeit zu bekommen. Ein Punkt war die im wesentlichen an den Drehöfen verfahrenene Vollkontischicht. Dort gilt nach wie vor eine 42-Stundenwoche, die auf vier Wochen verteilt ist. Durch die Schaffung eines Springers in der Frühschicht, kommt auf fünf Vollkontiplätze ein zusätzlicher Arbeiter. Ein Lohnausgleich für die acht Stunden weniger ist nicht vorgesehen, was über 100 DM Bruttolohnverlust ausmacht.

Der zweite Fall war die Frage der Samstagsarbeit, bei der Wartungs- und Reparaturarbeiten gemacht werden, die infolge kontinuierlicher Produktion nicht in der Woche gemacht werden. Hier sind im wesentlichen die Handwerker betroffen. Die Vorstellung des A-B-Vorstandes hieß, daß Einsatzgruppen, die samstags arbeiten, dafür in der Woche einen Tag frei bekommen. Darüber wurden die Zahlen von 150 Entlassungen auf 99 gedrückt. Im Sozialplan ließ der Vorstand unterschreiben, daß sich die Parteien (Vorstand und Betriebsrat) auf eine zu schließende Betriebsvereinbarung verpflichten. Einen Vorschlag legte der Vorstand im Dezember 1982 vor. Der wurde bis Mai 1984 nicht behandelt, da zwischenzeitlich der Haupteigner aus der Schweiz (Holderbank-Schmidheini) eine Beratungsfirma schickte. Deren Untersuchung führte zu einem neuen Sozialplan mit 55 Entlassungen, der im Januar 1984 unterschrieben wurde. Deshalb wird erst jetzt wieder um die alte Vorlage verhandelt, wo Betriebsräte gehofft hatten, diese Pläne wären vom Tisch.

Entscheidend ist bei der Samstagsarbeit die Frage der Überstundenzuschläge. Jetzt wird samstags in der Frühschicht 30% gezahlt. Die sollen nach den Vorstellungen in der Vorlage wegfallen, „weil im Verteilungszeitraum die tariflich vorgeschriebene Arbeitszeit von 40 Stunden nicht überschritten wird.“ Auch ein Aufsummieren der Zeit sei unzulässig. Daß sich der Freizeit- und Erholungswert eines Wochenendes verändert, interessiert die Kapitalisten nicht.

Quellenhinweis: Sozialplan Alsen-Breitenburg 1982 und Muster-Betriebsvereinbarung – (uwb)

Ausländerpolitik Regierungspolitik heftig kritisiert

Hannover. Zu der beabsichtigten Novellierung des Ausländergesetzes hat der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff im Mai die Wünsche der Landesregierung dargestellt (1). Er fordert eine terroristische Sondergesetzgebung für ausländische Arbeiter. Möcklinghoffs Wünsche sind sehr detailliert und umfangreich. Einige Kostproben: „Die Möglichkeit der Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen allgemein oder für bestimmte Gruppen oder bestimmte Aufenthaltsw Zwecke auszuschließen.“ „Verbot der politischen Betätigung im Regelfall bei – vorangegangener politischer Betätigung, die mit Verstößen gegen die Rechtsordnung verbunden war, – Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung u.a.“ „Ausweisungsrecht bei extremistischer Betätigung ...“

Verschiedene politische Kräfte sind bisher in Opposition zu dem geplanten Ausländergesetz tätig geworden. Die Organisatoren eines „Tribunals zur Ausländerpolitik“ planen mit Gruppen, „die im Ausländerbereich arbeiten ... langfristig eine Koordination auf Niedersachsebene zu erreichen“. Initiativen aus acht niedersächsischen Städten, die Grünen, VVN, Volksfront u.a. sind daran beteiligt. Mitte Mai wurde ein „Kongreß gegen Ausländerfeindlichkeit“ in Hannover durchgeführt. Vorwiegend Jugendliche und junge Leute, ca. 200, nahmen an dem Kongreß teil. Eingeladen hatten die Jungdemokraten, Grüne im Landtag, VVN, Jusos u.a. „Nicht nur, daß sich Neonazi-Gruppen vermehren, die ‚Ausländer raus‘ auf ihre Fahnen schreiben, sondern die eigentliche Forcierung der gesellschaftlichen Sündenbockstrategie kommt von den regierenden Konservativen ... wir (wollen) anfangen über die eigentlichen Hintergründe dieser Politik aufzuklären,“ las man in der Einladung. Gleichzeitig beabsichtigten die Kongreß-Initiatoren

jedoch auch eine „Seid-nett-zu-den-Ausländern“-Stimmung zu erzeugen und so die Ausländerpolitik in zwischenmenschliche Konflikte zu verwandeln. Es wurden z.B. „Selbsterfahrungsspiele“ organisiert: als Ausländer verkleidet in die Innenstadt gehen u.ä.

Auf dem Kongreß wurden auch vier Arbeitsgruppen durchgeführt: „1. Kulturkonflikt zwischen verschiedenen Völkern, 2. Arbeits- und Wohnsituation ausländischer Mitbürger, 3. Ursachen der Ausländerfeindlichkeit, 4. Ausländerfrage und Asylrecht.“ Das abschließende Plenum befürwortete, trotz einiger Kritikpunkte, den Entwurf der Bundestagsfraktion der Grünen eines „Gesetzes über die Niederlassung von Ausländern“ (Vergl. Politische Berichte 9/84). Das Abschlußplenum des Kongresses formulierte als grundsätzliches Ziel, „die Möglichkeit sofort bei Betreten der BRD die Staatsbürgerschaft zu erhalten“.

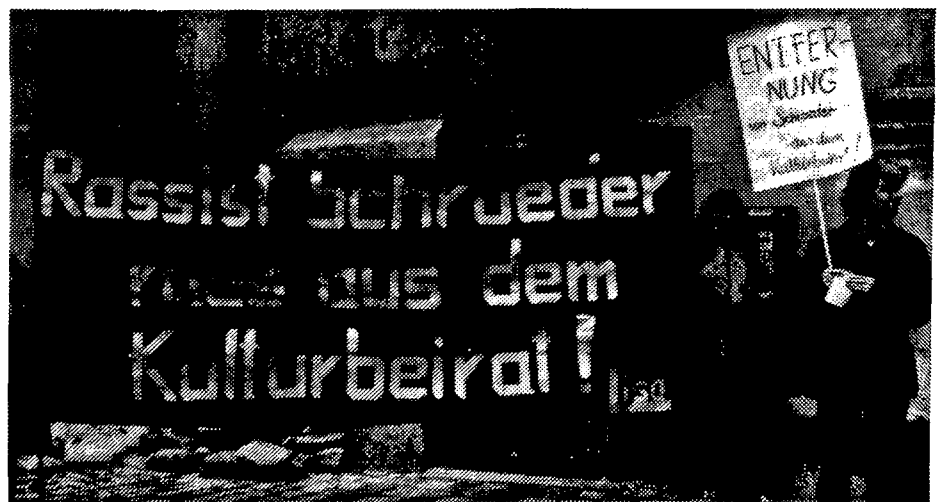
Quellenhinweis: (1) Niedersachsen Zeitung, Mai 1984 – (mak)

Hochschule Anzeigen wegen Rassismuskritik

Regensburg. Die Auseinandersetzung um Prof. Schroeders rassistische Thesen in seinem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ „Strafen zum Heimattarif“ (s.a. Pol.Ber. v. 5.11.83 und 11.2.84) spitzt sich zu. Schroeder schlägt zurück. Am 16.2. erteilte der Präsident der Universität Hausverbot für eine öffentliche Pressekonferenz unter dem Motto „Keinen Raum dem Rassismus“; ebenso Hausverbot für eine Veranstaltung des Fachschaftsrats Jura, der sich öffentlich mit den Thesen Schroeders an der Universität auseinandersetzen wollte. Auch gegen die Kritiker, die in seiner

Vorlesung eine Diskussion forderten, geht er vor: einen ehemaligen Jura-Studenten denunzierte Schroeder in einem Brief an den Landgerichtspräsidenten: „In einer Vorlesung verlangte Herr D. eine Diskussion und weigerte sich auch auf Aufforderung, den Hörsaal zu verlassen ... Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür Sorge tragen könnten, daß Personen wie D. nicht in das Beamtenverhältnis übernommen werden.“ Im April folgte eine Hausdurchsuchung bei der Herausgeberin der Kommunistischen Studentenzeitung (Zeitung des Kommunistischen Hochschulbundes) wegen dem Satz: „Wir lassen dem Rassisten keine Ruhe, auch nicht in seiner Wohnung!“ (§111 StGB „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“). Ende April teilt das Kultusministerium den über 100 Studenten, die gegen Schroeder Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt haben, ohne Begründung mit, daß kein Dienstvergehen festgestellt werden kann. Kein Wunder – zuvor äußerte sich ja auch der bayerische Justizminister klar und deutlich auf eine Anfrage im Landtag: „Das ist eine abgewogene Überlegung eines Hochschullehrers ... Wenn wir die Zeit hätten und ich den Artikel vorlesen könnte, würden Sie zu der gleichen Auffassung kommen, daß man den Überlegungen ... sehr wohl zustimmen könnte.“

Wohl bestärkt durch die Unterstützung der Staatsmacht, versucht Prof. Schroeder, durch eine Prozeßwelle die Kritiker mundtot zu machen. Gegen mindestens sechs Studenten laufen Ermittlungsverfahren. Bei den Studenten steht nach wie vor die Forderung nach Entzug der Lehrbefugnis für Schroeder. Als ersten Schritt dahin fordern über 1000 Studenten durch ihre Unterschrift, daß Schroeder als Vertreter der Universität aus dem Kulturbeirat der Stadt zurückgezogen wird, was bis jetzt von der GEW, der DPG und der Vereinigung demokratischer Juristen unterstützt wird. – (dax)



Studenten protestieren vor dem Regensburger Rathaus gegen den Strafrechtsprofessor F.C. Schroeder

Expansionsinteressen des BRD-Kapitals bestimmen Studien- und Lebensbedingungen

Braunschweig, Hildesheim. Die folgende Reportage beruht auf Aufzeichnungen aus Gesprächen mit ausländischen Studenten an verschiedenen niedersächsischen Hochschulen.

Zulassung und Studienbeginn

Die einschneidendste Gesetzesregelung war im Dezember 1983 die Einführung der allgemeinen Visumpflicht für alle ausländischen Studienbewerber. Bereits 1981 war Sichtvermerkplicht für die Staaten eingeführt worden, die von der Bundesregierung als Problemländer angesehen wurden. Ausgenommen sind jetzt nur noch Studienbewerber aus EG-Ländern und wenigen privilegierten Ländern.

Vor Zulassung und Aufnahme des Studiums steht in der Regel ein einjähriger Besuch des Studienkollegs. Voraussetzung hierfür ist vor allem erstmal der Nachweis, daß die Studienbewerber selbst für ihren Lebensunterhalt für die gesamte Dauer des Studiums sorgen können. Außerdem müssen zu Beginn deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen werden. Die Anforderungen hierfür sind in den vergangenen Jahren ständig erhöht worden. Genügte ursprünglich der Nachweis des an Volkshochschulen zu erwerbenden Zertifikats „Deutsch als Fremdsprache“, so muß heute mindestens der erfolgreiche Abschluß der Mittelstufenprüfung des Goethe-Instituts vorgewiesen werden. Vor Aufnahme in das Studienkolleg steht dann die Aufnahmeprüfung, der ebenfalls ständig schwierigere und unsinnigere Fragen zugefügt werden. So sollen Ausländer, die direkt aus dem Heimatland kommen, z.B. beantworten, welches die letzten Bundespräsidenten der BRD waren.

Abschluß des Studienkollegs bildet die sog. Feststellungsprüfung, die gleichfalls in den letzten Jahren verschärft wurde. So sind immer mehr Fragenbereiche eingeführt worden, die mit dem später angestrebten Studienfach nichts zu tun haben. Zynisch werden die Studienbewerber darauf hingewiesen, daß selbständige Allgemeinbildung nötig sei – entsprechend tauchen dann in den Prüfungen Fragen auf, die niemals Gegenstand des Unterrichts waren. Besonders iranische Studenten berichten zudem über z.T. völlig willkürliche Behandlung und Benotung, da an jedem Studienkolleg mindestens ein „Iranhasser“ zu Hause sei. Großen Einfluß auf die Studienkollegs nimmt die Carl-Duisberg-Gesellschaft, die

Hauptinstrument des BRD-Kapitals zur Auslese und Förderung der ihm geeignet erscheinenden Studenten aus dem Ausland ist. Wer die Prüfung zweimal nicht bestanden hat, verwirkt jede Möglichkeit, jemals in der BRD studieren zu können.

Sind diese Stationen erfolgreich durchlaufen, so gibt es trotzdem große Probleme, das selbstgewählte Studienfach studieren zu können. Die Bereitstellung von Studienplätzen wird oft pro Fach pro Nationalität vorgenommen, so daß direkt gesteuert werden kann, welche Ausbildung die Kapitalisten für die entsprechenden Länder für nötig halten.

Finanzielle Situation

Die ausländischen Studenten sind hinsichtlich ihrer finanziellen Lage mehrfach gespalten. Ein Teil erhält Stipendien, z.B. von der bereits erwähnten Carl-Duisberg-Gesellschaft, vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) und z.T. von kirchlichen Seiten. Die Duisberg-Gesellschaft kooperiert direkt mit den westdeutschen Kapitalisten im In- und Ausland. So werden in bestimmten Ländern von den BRD-Firmen Kontakte vermittelt, damit eine möglichst optimale Auslese von qualifizierten Arbeitskräften für ihre Zwecke zustande kommt. Studenten aus Ländergruppen, die eine zen-



Aktion Aachener Studenten gegen Ausländerbeschlüsse der Kultusministerkonferenz

Probleme im Studium

Die Studiendauer liegt bei ausländischen Studenten in der Regel zwei bis drei Semester höher als bei ihren deutschen Kommilitonen. Oft werden mangelnder Kontakt und daraus resultierend auch mangelnde Kooperation mit westdeutschen Studenten genannt. Offene Ausländerfeindlichkeit findet sich nicht bei den Kommilitonen, wohl aber bei einzelnen Dozenten. Auf die Sprachschwierigkeiten wird kaum Rücksicht genommen, besondere Probleme bereitet die oft undeutliche Schrift vieler Dozenten. Ein großes Problem ist, daß die wenigsten ausländischen Studenten sich die eigentlich notwendige Fachliteratur oder besondere Arbeitsmittel kaufen können, was auf den Kern der meisten Probleme, die elendige miserable Situation, verweist.

trale Rolle für die Expansion des BRD-Kapitals spielen, werden überdurchschnittlich gefördert.

Ein anderer Teil erhält Zuwendungen von den Eltern, sofern nicht Zahlungen wegen politischer Widersprüche eingestellt worden sind. Oder, wie aufgrund der politischen Entwicklung im Iran, die Geldüberweisungen der Eltern vom Kultusministerium kontrolliert werden. Registrierte Regimegegner oder Studenten, die nicht pro Semester drei Scheine mit Noten besser als 2,5 vorlegen, können keine Geldüberweisungen erhalten. Zur „Lösung“ dieses Problems hat sich ein Markt entwickelt, der zu horrenden Preisen „schwarzes Geld“ besorgt und dies auf allerlei Wegen bereitstellt. Für einen Großteil der ausländischen und besonders der iranischen Studenten bleibt nur die Lohnarbeit parallel zum

Studium, um wenigstens das Existenzminimum zu sichern. Das aber ist ihnen noch schwerer als den westdeutschen Kommilitonen.

In den meisten Bundesländern, so auch in Niedersachsen, ist Erwerbstätigkeit nur in den Semesterferien erlaubt. Aufgrund der mangelnden Arbeitsmöglichkeiten und der Lohnsenkungen auch bei Aushilfstätigkeiten ist



Die Türkei gehört zu den „Problem-
ländern“ der BRD

es kaum möglich, auf diese Weise das Studium zu finanzieren. So versuchen ausländische Studenten, über einen längeren Zeitraum zu arbeiten und ausreichend zu sparen, um anschließend schnell ihr Studium durchziehen zu können. Gelingt dies nicht, fristen sie ihr Studentendasein unter den erbärmlichsten Verhältnissen, leben nur von Brot und Margarine. Allein 1983 sind sieben Selbstmorde nur bei iranischen Studenten bekannt geworden. Vereinzelt gibt es die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung durch den AStA oder auch die ESG, was aber häufig von den politischen Einstellungen abhängig ist.

Die politische Zusammenarbeit mit den Studentenvertretungsorganen ist meist nur schwach entwickelt, viele ausländische Studentenvereine beschränken sich auf politische Tätigkeiten in Bezug auf ihre Heimatländer.

Auch von westdeutscher Seite wird an den meisten Hochschulen nur wenig getan. Eher noch werden internationalistische Kampagnen unterstützt, als daß Untersuchungen oder Aktionen zur Lage der ausländischen Studenten in der BRD gemacht würden. Selbst die VDS hat in ihrem gerade verabschiedeten Arbeitsprogramm für 1984 keinerlei konkrete Forderungen. Sie ruft lediglich dazu auf, die Zusammenarbeit zwischen den Ausländerreferenten und dem Projektbereich Ausländer stärker zu unterstützen. – (ank, wop)

Was plant die Bundesregierung beim Ausländerstudium?

Daß die Zahl der ausländischen Studienanfänger gesunken ist, darf nicht zu der Auffassung verleiten, daß die Bourgeoisie das Ausländerstudium in der BRD generell einschränken will. Vielmehr betont die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD im Bundestag im Oktober 1983, daß „viele der in unserem Land Ausgebildeten nach der Rückkehr in ihr Heimatland Partner der Bundesrepublik Deutschland in Wissenschaft und Forschung, in der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein“ werden. Und konkreter: „Unsere Handelsbeziehungen und zukünftigen Exportchancen sind von dem hier ausgebildeten Fachkräftenachwuchs anderer Länder abhängig.“

Dementsprechend zielen alle Maßnahmen darauf, der BRD eine direktere Lenkung und Kontrolle der Zahl und Zusammensetzung der ausländischen Studenten zu ermöglichen. Ausgeschaltet werden soll das Risiko politisch unliebsamer Studenten, die sich statt mit deutscher Wissenschaft mit der politischen Lage im Heimatland oder gar mit der Einmischung des BRD-Imperialismus im Ausland beschäftigen. Die Anstrengungen, wie sie in der Einführung von Sichtvermerken oder in der regional höchst unterschiedlichen Vergabe von Stipendien deutlich werden, sind bereits erfolgreich: Besonders die Zahl ausländischer Studienanfänger aus den vom BRD-Imperialismus als „Problemländern“ angesehenen Staaten wie z.B. dem Iran sinkt, vor allem aber kommen andere als bisher.

Am Beispiel der Türkei hat die

Bundesregierung ausgeführt, wie sie das über direkte Einmischung sicherzustellen gedenkt. Studienbewerber aus der Türkei können sich ohne Besuch eines Studienkollegs und ohne Ablegung der sog. Feststellungsprüfung direkt um Aufnahme des Studiums bewerben, wenn sie an der türkischen interuniversitären Hochschulaufnahmeprüfung teilgenommen haben. Gemeinsam haben türkische und BRD-Regierung diese Prüfung als gleichwertig im Sinne der „Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse“ eingestuft.

Stärker gelenkt werden muß nach Auffassung der Bundesregierung auch, was die ausländischen Studenten studieren. Besonders das Interesse an einem Fachhochschulstudium sei zu fördern und der Ausbau eines „Postgraduiertenangebots für Studenten aus der Dritten Welt“. Die Studienangebote sollen durch „entwicklungsländerspezifische“ Schwerpunkte erweitert werden, also noch unmittelbarer den Expansionsplänen des BRD-Kapitals in den jeweiligen Ländern der Dritten Welt angepaßt werden.

Dafür wird tüchtig geplant: In Helmstedt will die Landesregierung eine „Deutsche Technische Akademie“ zur Ausbildung von Hochschulabsolventen in den Bereichen Meß- und Prüfwesen, Qualitätskontrolle, Normung gründen. Die Lehrpläne sind bereits fertig, unter „wesentlicher Mitarbeit der Industrie“.

Quellenhinweis: Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, 18.10.1983, Drucksache 10/497. Nachrichten, Analysen, Protokolle der AG Revolutionäre Hochschulpolitik, 14.1.84



Demonstration für Freilassung inhaftierter iranischer Studenten

Ausländische Studenten und Studienanfänger in Niedersachsen SS 79, WS 81/82 und SS 83 nach ausgewählten Fächergruppen (wenn keine Angabe, wiss. Hochschule)

Fächergruppe	SS 79		WS 80/81		SS 83	
	Anzahl	Anfänger	Anz.	Anf.	Anz.	Anf.
Sprach-, Kulturwiss. ...	472	47	598	202	683	75
Wirtsch., Sozialw.	339	20	418	75	540	49
Mathem., Naturwiss. ...	527	30	560	82	669	43
Agrar-, Forstwiss.	282	15	293	29	303	11
Ingenieurwesen	786	28	860	117	1084	61
Ingenieurw. (FHS)	194	8	247	35	337	35
Insgesamt	3204	187	3687	651	4411	345

Ausländische Studenten nach ausgewählten Nationalitäten und ausgewählten Fächergruppen in Niedersachsen, SS 83

Herkunftsland	total	Sprache	Mathe.	WiSo	Ing.W. HS	Ing.W. FHS
Griechenland	370	29	96	66	120	15
Türkei	490	36	64	82	168	86
Indonesien	190	9	29	17	89	17
Iran	558	18	138	44	163	74
VR China	106	5	12	—	76	—
USA	227	97	65	26	12	4
Alle Hochschulen	4411	686	669	597	1084	337

Ausländische Studenten an Hochschulen (incl. Fachhochschulen) 1981 in der BRD und Jahresstipendiaten des DAAD 1982 nach geographischer Herkunft (in v.H.)

Region	Ausländische Studenten	Jahressti- pendiaten
Europa	51,2	33
Nordamerika	6,3	6,7
Mittel-, Südamerika	3,7	14,9
Afrika	6,4	20,3
Nahost	13,6	5,9
Mittelasien	6,2	5,7
Ost-, Südostasien	10,8	12,8
Insgesamt	62464	2168

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes (AuslVwV) §7, Ziffer 13,14 (Auszüge)

Durch Auflage zur Aufenthaltserlaubnis kann insbesondere bestimmt werden, daß der Ausländer im Bundesgebiet keine Erwerbstätigkeit ausüben oder daß er Erwerbstätigkeiten bestimmter Art nicht ausüben darf. A. ... Eine Auflage nach Nummer 13 Satz 1 ist in der Regel zu verfügen bei Ausländern, die als Zweck ihres Aufenthalts die Ausbildung an einer Hochschule, einer Einrichtung des allgemeinen oder beruflichen Bildungswesens oder einer sonstigen Bildungseinrichtung angeben. Von der Auflage kann abgesehen oder sie kann für begrenzte Zeit aufgehoben werden, wenn offenbar ist oder die Ausbildungsstätte bestätigt, daß die Erwerbstätigkeit mit einem ordnungsgemäßen Ausbildungsgang vereinbar ist. Die Auflage kann mit der Maßgabe erteilt werden, daß eine unselbständige Erwerbstätigkeit während der Ferien gestattet ist.

Bundesausbildungsförderungsgesetz §8

(1) Staatsangehörigkeit. (1) Ausbildungsförderung wird geleistet 1. Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, 2. heimatlosen Ausländern ... 3. Ausländern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben und als Asylberechtigte ... anerkannt sind. (2) Anderen Ausländern wird Ausbildungs-

förderung geleistet, wenn 1. sie selbst vor Beginn der förderungswürdigen Ausbildung insgesamt 5 Jahre oder 2. zumindest ein Elternteil in den letzten 3 Jahren vor Beginn des Bewilligungszeitraums ständig sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten haben und erwerbstätig waren.

Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst: Stipendienvertrag (Auszüge)

Verpflichtungen des Stipendiaten:

- Der Stipendiat verpflichtet sich zu intensivem Studium.
- a) Er wird dem KAAD nach jedem Semester einen Studienbericht einreichen, der Auskunft über den Studienstand, die weiteren Studienabsichten und die noch zu erwartende Studienzeit gibt ...
- b) Er wird seine Fachrichtung und seinen Studienort nicht ohne Zustimmung des KAAD wechseln.
- c) Er wird die Zustimmung des KAAD einholen für folgende Reise: innerhalb der Bundesrepublik und Westberlin bei mehr als einmonatiger Dauer während der Semesterferien und mehr als vierzehntäglicher Dauer während des Semesters sowie generell für Reisen in und nach Übersee.
- Der Stipendiat wird mit dem örtlichen katholischen Studentenpfarrer und der Studentengemeinde guten Kontakt halten.

7.b) Das gezahlte Stipendium ist zurückzuzahlen, wenn der Stipendiat nicht in sein Heimatland oder ein anderes Entwicklungsland zurückkehrt.

Der Bundesminister des Innern (Schnellbrief), 17.2.83

Voraussetzung für die Erteilung eines Sichtvermerks an einen ausländischen Studienbewerber sollen über die allgemeinen Bestimmungen hinaus nur sein 1.) der Nachweis eines in der Bundesrepublik anerkannten Sekundarabschlusses, 2.) der Nachweis für Mittel für Lebensunterhalt und Krankenversicherungsschutz, 3.) die Hochschulzulassung oder die Hochschulzugangsberechtigung im Heimatland, wenn diese Voraussetzung für die Zulassung an der deutschen Hochschule ist (... Problemstaaten).

Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission Ausländerpolitik (Auszüge)

Die Einführung einer – an den jeweiligen Ausbildungsgängen orientierten – Höchstdauer des Aufenthalts ist notwendig, um den Ausländer – gleichgültig wie weit die Ausbildung gediehen – vor einer endgültigen Integration in die Heimat zurückführen zu können ...

Zur Ausbildung und Weiterbildung sollten nur bestimmte Ausbildungsgänge zugelassen werden. Der Erwerb von Qualifikationen für die Ausbildung muß in der Regel im Ausland erfolgen. Ausbildung und Weiterbildung sollten ... zugelassen werden ... auf keinen Fall an allgemeinbildenden Schulen, daneben allenfalls an bestimmten beruflichen Fachschulen ...

Deutschkurse sollten nur an bestimmten, insbesondere an öffentlichen Einrichtungen, und nur innerhalb des ersten Jahres des Aufenthalts zugelassen werden. Wird die Abschlußprüfung im Deutschkurs dann nicht bestanden, ist der Aufenthalt zu beenden.

Lebensunterhalt und Krankenversicherungsschutz müssen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ... gewährleistet sein.

Entwurf eines Ausländergesetzes – SPD, 8.12.83

§5 Erlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt

... Der Bundesminister des Innern kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß die Aufenthaltserlaubnis vor der Einreise in Form eines Sichtvermerks eingeholt werden muß, wenn wichtige Belange der BRD dies erfordern.

§6 Erlaubnis zum dauernden Aufenthalt

... Ein Ausländer, der sich auf Grund einer Erlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhält, hat diesen zu verlassen, wenn er die Erlaubnis zum dauernden Aufenthalt erhalten will, es sei denn, die Ausreise würde zu einer unbilligen Härte führen ...

Effektivlohnentwicklung Metallindustrie (II)

KAPITALISTENWUNSCH: DIFFERENZIERUNG NACH BRANCHEN

Die Kapitalisten sind sich sicher, daß die IG Metall den Streik um die 35-Stunden-Woche nicht allzulange durchhalten kann. Sie sind sich dessen nicht nur sicher, weil sie von dem mehrheitlich aus Sozialdemokraten bestehenden Vorstand der IG Metall erwarten, daß er zur "Wiederherstellung des sozialen Friedens" zu allerhand bereit ist. Die Kapitalisten erörtern vielmehr unverfroren, daß sie mit einer Aufweichung der Streikfront von innen her rechnen. Diese Kapitalistenhoffnung ist keineswegs propagandistisch übertrieben – rührt das nun daher, daß die Hetzpropaganda der Unternehmerverbände und der Regierung gegen die Gewerkschaftsforderung so stark ist? Könnte also daher über Sieg oder Niederlage in der Streikbewegung vor allem dadurch entschieden werden, daß alle Kräfte der Arbeiterbewegung gegen die Propaganda der Reaktion die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hochhalten?

Wir meinen, daß mit Anfeuerungsrufen nicht viel auszurichten sein wird, da soziale Interessen die Lohnabhängigen bewegen, einen Kampf zu führen oder nicht. Wir haben bereits im vorigen Heft darauf hingewiesen, daß die Lohn- und Beschäftigungspolitik der Kapitalisten in der Metallindustrie im vergangenen Jahrzehnt zur Herausbildung einer bedeutenden Schicht von gut verdienenden Angestellten mit Abitur oder Hochschulausbildung geführt hat, die von den übrigen Angestellten und Arbeitern auf der Einkommensskala deutlich abgesetzt erscheinen, und daß diese Entwicklung zu einer komplizierten Interessenslage geführt hat, die die große Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung ablöst.

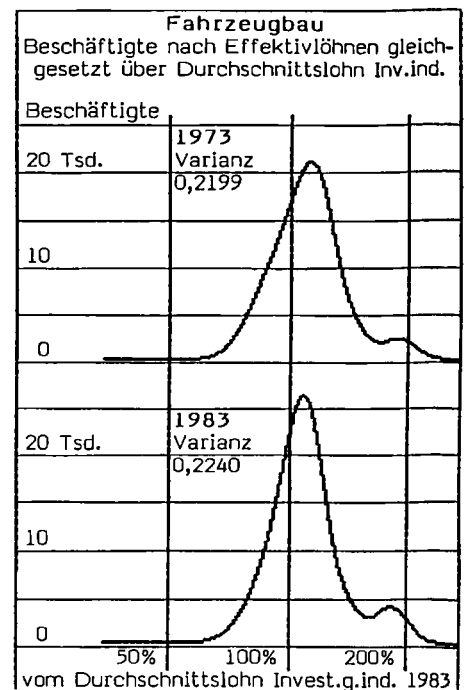
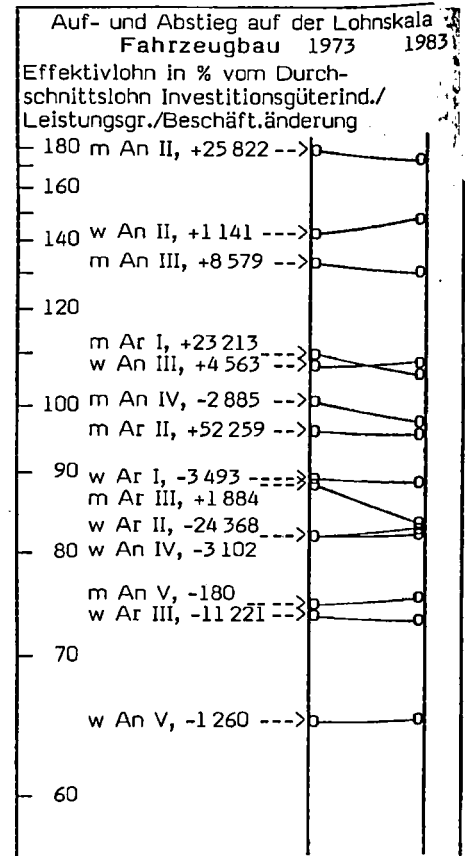
Die für die Metallindustrie insgesamt festgestellten bedeutenden Verschiebungen im Lohngefüge seit 1973 – dem letzten Jahr mit hohem Beschäftigungsstand – finden sich auch in den einzelnen Branchen wieder. Aus den Auf- und Abstiegen auf der Lohnskala sowie den Verteilungen der Beschäftigten nach der Effektivlohnhöhe (siehe Schaubilder) geht hervor:

a) Die Lohnspreizung – Zusammendrängen der Lohnskala unterhalb bis hin zum Durchschnittslohn und Zusammendrängen der Lohnskala bei den gut verdienenden Angestellten durch Annäherung der Gehälter von weiblichen und männlichen Akademikern – scheint ein Vorgang, der unabhängig von der Konjunkturlage

der jeweiligen Branche stattgefunden hat. Sowohl in der "krisengeschüttelten" Elektroindustrie als auch in der "Wachstumsbranche" Automobilindustrie hat sich der Unterschied zwischen den Facharbeitern und den schlecht verdienenden Arbeiterinnen durch ein Absinken der Männerlöhne verringert. Somit hat die größere Nachfrage nach Arbeitskraft in der Automobilindustrie – die Beschäftigtenzahl ist bei allen Leistungsgruppen der männlichen Arbeiter 1983 gegenüber 1973 höher – nicht dazu geführt, daß die Belegschaften den Lohnstandard der Arbeiter hätten halten können. Vielmehr konnten die Kapitalisten mit der Umwälzung der Produktion zugleich den Effektivlohn senken.

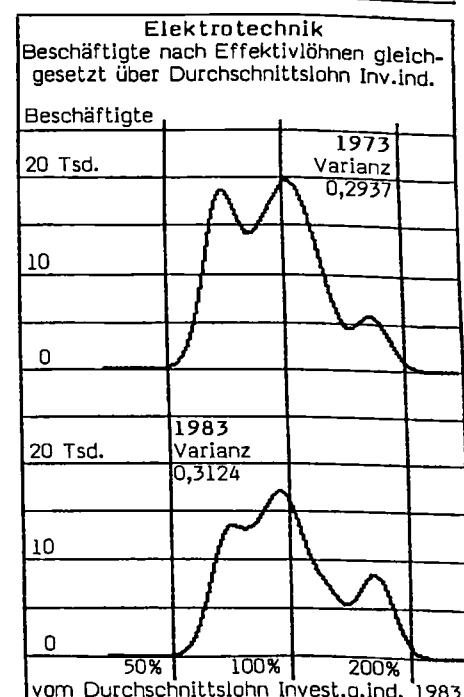
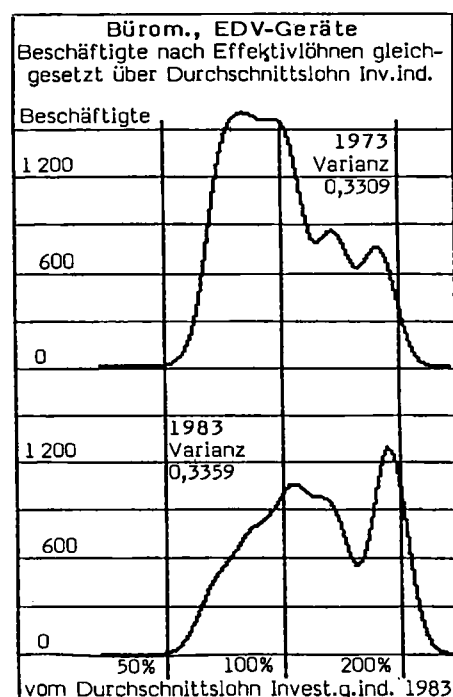
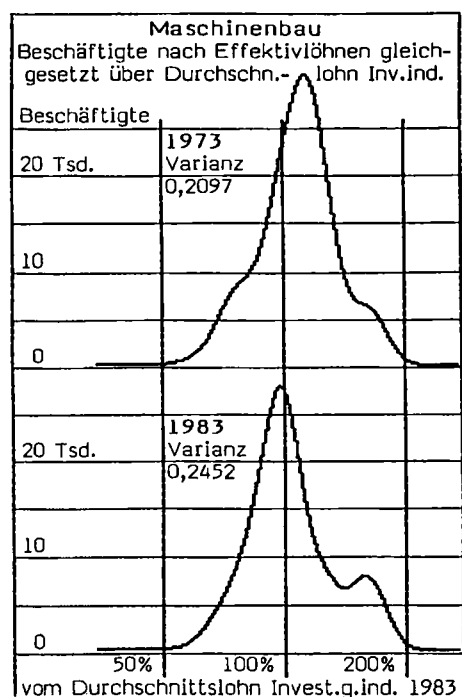
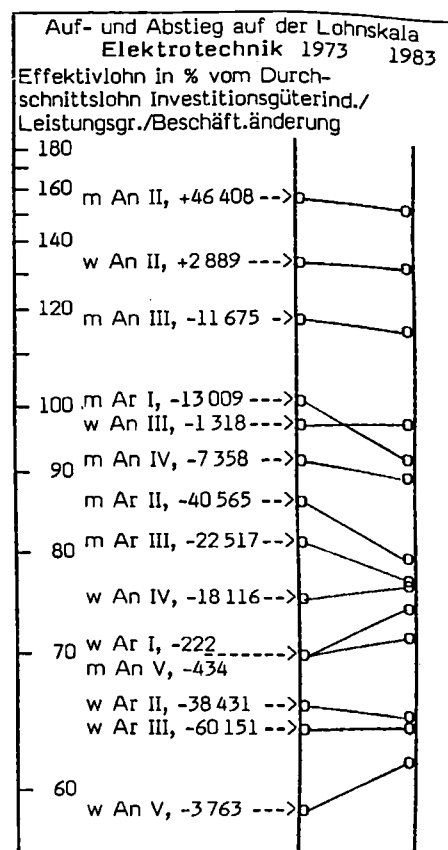
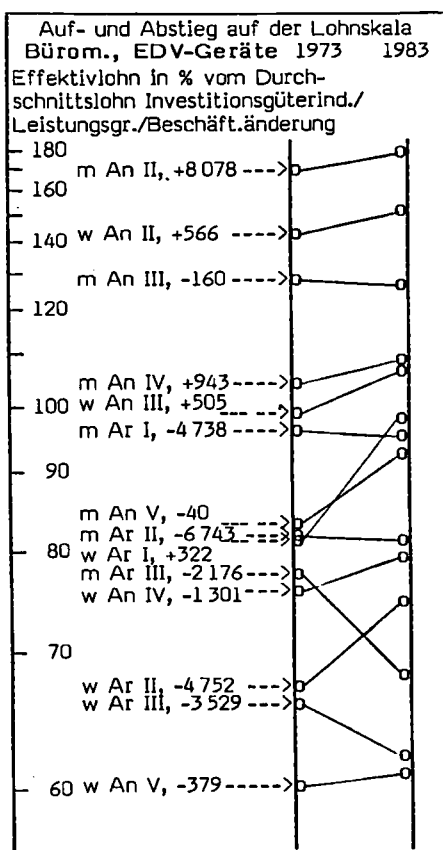
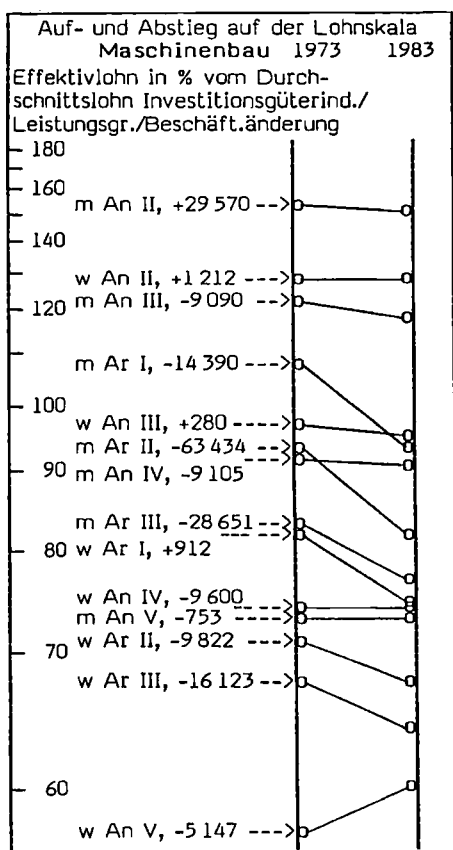
b) Die Spreizung zwischen den jeweiligen Durchschnittslöhnen der verschiedenen Branchen, wie sie der Tabelle S. 31 entnommen werden können, hat sich vergrößert. Dabei hat eine Angleichung der beiden seit längerem durch schlechte Konjunkturlage gekennzeichneten Branchen Elektroindustrie und Maschinenbau in Richtung Durchschnittslohn stattgefunden bei gleichzeitiger Vergrößerung der Differenz zu den Branchen mit eher besserer Wirtschaftslage. Die Entwicklung verdient Aufmerksamkeit: Die Kapitalisten fordern immer nachdrücklicher nach Branchen differenzierte Tarife und Lohnabschlüsse. Machen die Gewerkschaften keine Lohnpolitik, die gegen diese große Kluftung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter zwischen den Branchen angeht, ist die Gefahr tatsächlich groß, daß die Kapitalisten nach Branchen differenzierte Regelungen durchsetzen können.

c) Von Interesse ist die Entwicklung der Bezahlung von weiblichen Lohnabhängigen. Auch jetzt erhält eine Angestellte mit akademischer Bildung (Leistungsgruppe II) noch keineswegs das gleiche Gehalt wie der entsprechend gebildete männliche Lohnabhängige, aber der Unterschied hat sich verringert. Die Frauen dagegen, die mit Abitur oder mittlerer Reife und einer guten weiteren Ausbildung in Leistungsgruppe III als Angestellte beschäftigt sind, konnten sich zwar im Lohngefüge soweit verbessern, daß sie durchwegs ein knapp höheres Einkommen als die männlichen Facharbeiter haben. Dennoch bleibt der Abstand zu der Gruppierung der übrigen Angestellten mit Abitur oder Hochschulausbildung groß. So mag sich erklären, daß die Trieb-



kräfte für die sogenannte Frauenbewegung recht stark sind und warum die Arbeiterbewegung Forderungen dieser Bewegung nach Herstellung gleicher Karrierebedingungen für die besser gebildete weibliche Lohnabhängigen unterstützen sollte: weil sie damit Bestrebungen nach allgemeiner Hebung des Lohnstandards nur stärken kann.

d) Schließlich zur Entwicklung der Lohnhöhe bei den schlecht bezahlten Lohnabhängigen: Nimmt man etwa 80% des Durchschnittslohn (ca. 2 500 DM brutto monatlich) als Untergrenze des Lohns, bei dem gera-



de noch eine selbständige Existenz als erwachsener Lohnabhängiger möglich ist, dann verdienen zunehmend größere Arbeiterschichten weniger. Die Ursache dafür sind bekannt: Die Kapitalisten haben den Effektivlohn durch mannigfaltige Zulagenkürzungen in Richtung auf den Tariflohn gesenkt, während gleichzeitig die IG Metall eine Anhebung der unteren Tariflöhne auf die nötige Mindesthöhe nicht durchsetzen konnte. Lohnforderungen, die für die so gedrückten Lohnabhängigen deutliche Besserung bringen, sind also nötig! — (alk)

Beschäftigte und Durchschnittslöhne verschiedener Branchen der Investitionsgüterindustrie

Branche	Beschäftigte		Durchschnittslohn			
	1973	1983	in DM		in %	
			1973	1983	1973	1983
Investitionsgüter	3 944 640	3 450 150	1 673	3 175	100,0	100,0
Fahrzeugbau	700 106	771 106	1 773	3 389	106,0	106,8
Maschinenbau	1 065 750	931 577	1 745	3 178	104,3	100,1
Bürom., EDV-G.	78 130	64 725	1 691	3 854	101,1	121,4
Elektrotechnik	1 053 500	885 242	1 554	3 089	92,9	97,3

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 16, Reihen 2.1 und 2.2. Die Beschäftigtenzahlen sind aus den Angaben der Effektivlohnstatistik sowie der Fachserie 4, Reihe 4.1.1 errechnet.

Horrorfilm zur Rechtfertigung des "vorbeugenden" Mords

DEAD ZONE

Horrorfilme stehen eigentlich eher im Geruch, Rassismus und faschistische Greuel zu rechtfertigen durch die gefühlsbeladene Darstellung des Fremden, Unheimlichen, das das Gute bedroht, weshalb dann wiederum alles gerechtfertigt ist, mit dem das Andersartige zerstört werden kann. Der 1983 in den USA gedrehte Film "Dead Zone" des bekannten Horrorfilm-Regisseurs David Cronenberg dagegen gibt sich betont antifaschistisch: Der Held des Filmes begeht ein Attentat auf einen Politiker, der populär auftritt, von dem der Held aber weiß, daß er ein Verbrecher ist.

Dieser Held ist der junge Lehrer Johnny Smith, der nach einem schweren Autounfall fünf Jahre lang im Koma liegt. Als er daraus erwacht, besitzt er die Fähigkeit, das Schicksal von Menschen, denen er die Hand gibt, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft hellzusehen. Die Langeseweile und der Ärger, der beim Zuschauer entsteht, rührt daher, daß der Regisseur kein Klischee ausläßt, mit dem der schlußendliche vorbeugende Mord als notwendig erscheint, und jede Gelegenheit nutzt, moralische Rechtfertigungen für ein brutales Vorgehen gegen "böse Menschen" zu liefern. So ist der Arzt des Junglehrers, der ihn wieder zusammenflickt, Jude, der unter der Verfolgung der Hitlerfaschisten zu leiden hatte. Die moralische Reinheit des Helden erscheint im hellen Licht und im Kontrast zum Verkommenen. Und zwar so: Die Freundin des Lehrers hat nach dem Unfall einen anderen geheiratet, weil sie nicht mehr annahm, daß Johnny je wieder aus dem Koma erwachen wird. Sie treffen sich nun wieder – sie hat inzwischen ein Kind – und ... ach, gäbe das eine glückliche Familie. Doch nein, der Held zerstört kein fremdes Glück und hat zudem höhere Aufgaben. Er verabschiedet seine Freundin und legt die Skrupel beiseite, die er noch hatte, der Polizei mit seinen Hellseherfähigkeiten bei der Entdeckung eines Frauenmörders zu helfen. Er hat ihn auch schnell – auch der Zuschauer erkennt ihn beim ersten Anblick am bösen Grinsen. Der Verbrecher, in



Wer das Böse erkennt, ist auch berechtigt, es zu vernichten – der mit hellseherischen Gaben versehene Johnny als Retter eines Kindes, das in den Flammen umzukommen droht.

die Enge getrieben, richtet sich selbst mit der Schere, mit der er Frauen schlitzte. Nun die nächste moralische Qualität: Unser Held ist den Rummel leid, der um seine Hellseherfähigkeit einsetzt. Er zieht in eine andere Stadt und gibt Kindern Nachhilfe, wobei er unter Beweis stellen kann, daß er nicht nur ein Herz für Kinder hat, sondern auch standfest bleibt gegenüber reichen Leuten. Der Vater eines Jungen, den Johnny Smith unterrichtet, will der Vision des Lehrers nicht glauben, daß bei einem bevorstehenden Eishockeyspiel sein Sohn ertrinken würde. Doch Johnny beharrt auf seiner Meinung, selbst als ihm der reiche Vater die Nachhilfe kündigt, und behält recht. Jetzt endlich kann seine große Tat im rechten Licht erscheinen. Beim Händeschütteln im Wahlkampf hat Johnny die Vision, daß der Kandidat für den Senat später als Präsident der USA durchdrehen wird und Atomraketen gegen die Sowjetunion losschickt. Die Darstellung dieses Politikers erinnert penetrant und peinlich an die gängigen bürgerlichen Ka-

rikaturen, die Hitler als Verrückten darstellen: In der Zukunftsvision schäumt der Präsident im Schlafanzug am Kamin und spricht von der Vorsehung, die ihm jetzt den Raketeinsatz eingegeben habe. Der Held beschließt, diesen Politiker zu töten, bevor er an die Macht kommen kann. Zwar verfehlt er den Politiker und wird selbst von einem Leibwächter tödlich getroffen, aber der gute Zweck ist erreicht: Denn nach dem ersten Schuß entzieht der machtbesessene Politiker der ehemaligen Freundin des Helden – sie ist Wahlhelferin – das Kind und hält es als lebendiges Schutzschild vor sich. Der blutig-schmalzige Schluß: Johnny sieht in einer Vision den Selbstmord des Politikers, dessen Karriere durch ein Foto, wie er das Kind an sich reißt, erledigt ist. Die Freundin bricht schluchzend über Johnny zusammen.

Der Film ist also ungefähr so antifaschistisch wie Innenminister Zimmermann und seine freiheitlich-demokratisch gerechtfertigte Polizeiunterdrückung. – (alk)

BLUT- UND BODEN-

MÄRCHEN

Der Heyne-Verlag hat in der neuen Serie "Phantasia – Märchenwelt der Fantasy" als ersten Roman "Der Grüne Ritter" der britischen Autorin Vera Chapman herausgebracht. Im Gewand einer mittelalterlichen Rittergeschichte beschwört sie Britanniens nationale Größe, die aus den Blutbanden der Generationenfolge sich zwangsläufig ergebe. Eine Zauberin hat sich zum Ziel gesetzt, die Generationenfolge des König Artus zu zerstören, wonach die Macht an sie fiel. Artus hat keinen Sohn, aber eine uneheliche Tochter, von der "würden zwar keine Könige, aber einige Königinnen und zahllose Bürgerliche abstammen, die durch die Zeitalter hindurch die Mutterlinie fortsetzen und auf lange Sicht die Nerven und Muskeln dieses unseres Landes Britannien bilden würden". Die Zauberin hat nun dieses Mädchen in seine Gewalt gebracht, verliert sie allerdings wieder an einen jungen Ritter, der sich in dieses Mädchen verliebt. Doch die List der Zauberin entdeckt die beiden jungen Leute, und sie ersticht sie. Zur Rettung der britischen Nation sind dann Opfer vonnöten: Der Zauberer Merlin veranstaltet einen Gegenzauber und erweckt die beiden Liebenden wieder zum Leben, verliert dabei aber sein eigenes Augenlicht. Doch ihm wird Trost für sein Opfer zur Rettung des Vaterlandes zuteil: Er sieht die wahre Herrin, die Dame mit dem Kind auf dem Arm, die Hlg. Maria. (V. Chapman, Der Grüne Ritter, Heyne 4078, 5,80 DM – alk)

FORTSCHRITT IM

NAMEN DES PROFITS

In eindrücklicher Weise entwickeln die Autoren Niven und Pournelle in ihrem jüngsten Roman die These, daß jedenfalls dem einsichtigen Teil der Menschheit aus der Herrschaft weltweit tätiger Monopole nur Gutes erwachsen könne. Der Schweizer Konzern Romulus ist in allen profitablen Geschäftsbranchen tätig, von der Ausbeutung von Bodenschätzen in aller Welt und auf dem Mond, über die Trinkwasserversorgung von Großstädten mittels herbeigeschleppter Eisberge bis zum Bau von angeblich autarken Wohnblocks. Den ersten und fortgeschrittensten

Block dieser Art, Todos Santos, hat der Konzern in Los Angeles errichten lassen, in ihm leben und arbeiten eine Viertelmillion Menschen. Allerdings – wer einziehen will, muß sich einkaufen. Nur wer in der 'Gesellschaft' draußen genug Geld zusammengekratzt hat, um Aktien des Konzerns kaufen zu können, darf einziehen. Im Inneren kann jeder, der es braucht, arbeiten. Entweder macht er sich selbständig (mit Krediten des Konzerns), oder er verkauft seine Arbeitskraft an irgendeinen Kapitalisten und braucht dennoch seinen Wohnort nicht zu verlassen, denn er kann jegliche Arbeit per Datenübertragung erledigen. Alle privaten Reproduktionsansprüche können durch Dienstleistungsunternehmen, Kantinen, Kindergärten etc. preiswert befriedigt werden. Eine unternehmenseigene Polizei, die sich auf ein perfektes "Computer-Überwachungssystem" stützen kann, hält die Stadt frei von allen störenden Ereignissen. Dennoch hat Todos Santos Feinde. Eine "Gesellschaft der Freunde der Menschheit und der Erde" verübt Terroranschläge auf die Stadt und ihre Manager mit der Begründung, daß die Stadt nur existieren kann, weil der besitzende Konzern andere Länder plündert. Die Konzernpolizei schnappt die "Terroristen", bringt einige um und übergibt andere der Polizei von Los Angeles, die sich als unfähig erwiesen hat. Der Aufbau einer eigenen Polizei ist gerechtfertigt, wer es anders will, soll eben woanders leben. (L. Niven/J. Pournelle, Todos Santos, Heyne SF 4072, 8,80 DM – uld)

GEFÄNGNISALLTAG UNTER DEM FASCHISMUS

Im Oktober 1944 wurde Luise Rinser ins Gefängnis Traunstein gesperrt. Eine Freundin hatte sie als Antifaschistin denunziert. In einem Hochverratsprozeß wurde sie in Abwesenheit vor dem Volksgerichtshof in Berlin wegen Wehrkraftzersetzungs und Widerstand gegen das Dritte Reich angeklagt. Erst durch die Niederlage des Dritten Reiches wurde sie befreit. Sie selber schreibt die Verzögerung des Prozesses und ihre Rettung der Intervention eines prominenten Nazi, Ritter, Filmregisseur der UFA und Träger des Goldenen Parteiabzeichens, zu. Dies

schreibt sie im Vorwort zu ihrem in den siebziger Jahren erneut aufgelegten "Gefängnistagebuch". Es erschien zuerst 1946 als eines der ersten Bücher nach der Niederlage des deutschen Faschismus.

In mit Absicht nur wenig ausgearbeiteter Form gibt sie ihre Notizen wieder, die sie heimlich niederschrieb. Sie beschreibt den Gefängnisalltag und liefert durch ihr Interesse für die Schicksale ihrer Mitgefangenen einen Katalog der Verbrechen, die reichten, um wie ein Tier bei Hunger und Kälte gehalten zu werden, z.B. Diebstahl oder Abtreibung.

Die gefangenen Frauen dienten überdies als Arbeitsvieh für die umliegenden Kapitalisten, die es verstanden hatten, ihre Produktion als "kriegswichtig" bescheinigt zu bekommen und damit das Recht auf die kostenlose Vernutzung menschlicher Arbeitskraft. Luise Rinser ging, nachdem sie in der Nähstube und in der Gefängnisküche gearbeitet hatte, in eine Fabrik, wo Semmelbrösel fabriziert wurden. Ihre Schilderung der Fabrikantenfamilie, die dem überfressenen Hund Wurst und Gebäck vorlegt, während die Gefangenen nichts von dem Weißbrot, das sie zermahlen, anrühren dürfen, reizt zum Klassenhaß, auch wenn dies nicht die Absicht der Autorin ist. Vorfälle, bei denen sie und einige andere sich vor der Macht der Aufseherinnen nicht ducken, sind registriert. Ohne Beschönigung sind aber auch die für die Verständigungsmöglichkeiten der Gefangenen untereinander verheerenden Folgen des nationalen Chauvinismus festgehalten an einigen Beispielen von Zusammenstößen mit belgischen und französischen Gefangenen. Das Tagebuch bricht am 21. Dezember 1944 ab.

Luise Rinser gehört zu den Leuten, die aus sozialen, auch religiösen Gründen überzeugte Feinde des deutschen Faschismus waren und sind. Sie gehört zu denen, die von der herrschenden Klasse nicht zur Kenntnis genommen werden, wenn diese ihr Bild des Widerstandes, das sich auf die Kreise um Stauffenberg so ziemlich beschränkt, aufrichtet, weil sie zur Fortsetzung einer imperialistischen deutschen Politik nur an die Absichten ihrer eigenen Leute anknüpfen kann. (Luise Rinser, Gefängnistagebuch, Fischer TB 1327, 4,80 DM – anl)

SPD-Glotz: "Zuspitzung"

WARUM DIE BOURGEOISIE DIE SPD BRÄUCHTE

Parallel mit der Eröffnung der neuen Grundsatzdebatte in der SPD und früh genug für den Essener Parteitag hatte Bundesgeschäftsführer Glotz sein neues Buch veröffentlicht. Titel: "Peter Glotz, die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken." Auf den ersten Seiten findet sich bereits die grundlegende Glotz-Idee, das Thema des Buches. Diese Idee ist weder neu, noch besonders originell, dafür wird sie aber länglich und in immer neuen Varianten auf den folgenden Buchseiten aufgeblättert, perspektivisch aufgebläht und mit einem Jargon, der irgendwo zwischen deutscher Vorstandsetage und deutsch/amerikanischer Soziologie/Politologie liegt, aufgepeppt.

"Ich will eine regierungsfähige Linke. Wir müssen der mikroelektronischen Revolution ein paar reale Utopien abpressen: statt Resignation vor der Geschichte der Kriege die Idee der 'gemeinsamen Sicherheit'; statt blinder Exekution des technischen Fortschrittes das Konzept einer beherrschbaren Technik. Auf diesem Hintergrund skizziere ich roh und ohne Muße zwei Theorien mittlerer Reichweite und nenne sie 'Zweite Ostpolitik' und 'Sozial gesteuerte Innovation'." Im Vordergrund dieser ohne Muße skizzierten Hintergrundtheorie geht es dann noch um die Frage: "Wie kann die Sozialdemokratie zum organisierenden Zentrum eines neuen Bündnisses werden?"

Die Entwicklung dieser Glotz-Idee zur Glotz-Perspektive für die BRD, die SPD, die "Linke" erfolgt nun durch folgende "Zuspitzung": "Die Deutschen wählen die Linke nur, wenn die Rechte mit ihrem Latein am Ende ist ... eingedenk unserer seltenen Siege (1919 und 1969 als Beispiel) müssen wir uns klar machen: wir müssen die langen Wellen analysieren." Zwar gilt es gegenwärtig noch nicht, der Reaktion bei der Niederschlagung einer Revolution behilflich zu sein (1919). Da sich der Unterschied zwischen Rechts und Links bei Glotz aber sowieso auf den zwischen CDU/CSU und SPD beschränkt, folgt aus der Glotz-Perspektive also die folgende Glotz-Strategie:

Tatsächlich kann die Bourgeoisie in bestimmten Entwicklungsphasen des Klassenkampfes ein Interesse an einer Regierungsbeteiligung oder sogar Regierungsführung der SPD entwickeln. Erstens, weil die herrschenden Parteien der Bourgeoisie sich auf Positionen festgelegt haben und sich, bzw. ihre Wähler, nicht schnell genug auf erforderliche Richtungsänderungen in der Politik der herrschenden Klasse umzustellen in der Lage sind. (Das war z.B. bei der CDU Mitte der 60er Jahre der Fall). Zweitens kann die Regierungsbeteiligung oder Regierungsführung ein geeignetes Mittel zu bestimmten Zeiten sein, die Vertretung von Interessen der Lohnabhängigen an die Regierungspolitik zu binden. Hier macht Glotz sechs "große Brüche" aus, für deren Verarbeitung die SPD zu sorgen hätte: "Arbeitslosigkeit", "soziale Sicherung", "Frauenbewegung", "Ökologie", "Friedensbewegung" und Widerstand gegen "die Überlebensgröße der technisierten Staatsapparate".

An welchen Punkten könnte die Bourgeoisie, bzw. ihre derzeitige Regierungspolitik unter Kohl in Schwierigkeiten mit der Umsetzung der Bourgeoisinteressen kommen, die bei Glotz immer "die" oder "unsere deutschen Interessen" heißen? Diese Frage führt Glotz zu zwei Aufgaben, eben der Expansions- und Militärpolitik und der Wirtschaftspolitik. Dazu sollen die "Neue Ostpolitik" und der dazugehörige "Linke Patriotismus" und die "Sozial gesteuerten Innovationen" die Antwort sein.

Die Ausgangsfrage bei alledem ist: "Wie bestehen wir den brutalen Wettbewerb mit diesen beiden ... (den USA und Japan, d. Verf.)?" Nur durch ein starkes Europa, also die Expansion nach West und Ost. Das aber bedeutet – so Glotz – Kampf für das Konzept der "europäischen Sicherheit", ein Konzept, "das die Chancen hat, in der Armee und in der Friedensbewegung eine Mehrheit zu finden". Das "Neue" an der Ostpolitik ist, daß die "Deutschen Interessen" noch besser und mit weniger Illusionen über den "Wandel durch Annäherung" vertreten werden müßten. Vor allem aber müßte die "Neue Ostpolitik" den Gedanken der "Defensive" enthalten und damit die die CDU kritisieren. Nur mit defensiver Propaganda könnte nämlich die Erosion dessen, was man sonst "Wehrwillen" nannte, gestoppt werden. Außerdem,

nur mit defensiver, das heißt bei Glotz nicht-nuklearer Bewaffnung, kann eine weitere Rüstung überhaupt finanziert werden.

Die "sozialgesteuerte Innovation" bedeutet bei Glotz einmal: mehr staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik, eine Forderung, die bekanntlich auch in der CDU von Späth und Strauß ständig erhoben wird. Sie bedeutet zum anderen einen Abbau des "Netzes der sozialen Sicherheit", eine Politik, von der man sich sowieso zu trennen hätte. Aber: die dadurch entstehenden Härten sollten besser als bei der CDU ausgeglichen werden. Und wodurch? Wie zu erwarten schlägt Glotz vor: Flexibilisierung der Arbeit, Rückverlagerung der gesellschaftlichen Aufgaben der Reproduktion und Ersetzung der Zahlung der Arbeitskraft durch – Zeit! Wer mehr "Zeit" hat, kann sich mehr um die Familie kümmern. Hier stößt Glotz selbst auf ein Problem und stellt fest: "Wir werden uns von Späth und Biedenkopf ... nur unterscheiden, wenn wir der Innovation eine Perspektive geben: dem Menschen disponible Zeit (Andre Gorz) zu verschaffen." Das sei der Unterschied zur "geschickt Konflikte abpuffernden und modernisierenden Fraktion der Rechten (Späth u. Co.)", den möglichen Partnern für eine große Koalition also. – (DK-Arbeitskreis Einheitsfront-/Volksfrontpolitik – chc)

USA 1945–1950

MILITÄRPOLITIK UND ARBEITER- UND SOLDATENBEWEGUNG

Die Intervention der US-Monopole bzw. ihrer Bundesregierung in den zweiten imperialistischen Weltkrieg (1) um die Neuaufteilung der Absatzmärkte, Anlagensphären und Rohstoffquellen hatte hauptsächlich den Zweck der ökonomisch-politischen Expansion auf Kosten der geschwächten (britischen/französischen) Konkurrenten sowie der niedergeworfenen (deutschen/japanischen) Rivalen. Mit dieser hauptseitigen Zwecksetzung waren zwei weitere verknüpft: zum einen die Verhinderung der Umwandlung des Kriegs in den Bürgerkrieg und die proletarische Revolution sowie die Verhinderung anticolonialer Befreiungskriege bzw. neudemokratischer Revolutionen in jenen überseeischen Expansionszonen; zum andern die Ausnutzung der schlimmen Kriegsverluste der UdSSR an Menschen bzw. Sachen in der Absicht ökonomisch-politischer Erpressung sowie in der schließlichen Absicht der militärischen Zerschlagung dieses faktischen Rückhalts der proletarischen Weltrevolution durch atomare Vernichtung der Bevölkerungs- und Industriezentren. (2)

Diese zwischen 1941/42 und 1945/46 zunehmend konkretisierten Zwecksetzungen hatten die Herstellung und Erhaltung imperialistischer Kriegsfähigkeit – gestützt auf eine nahezu 13 Mio. Wehrpflichtige umfassende Streitmacht – zur Voraussetzung. Und das hieß zunächst und vor allem: Verhinderung der Umwandlung der eigenen Weltkriegsintervention in den US-Bürgerkrieg bzw. die proletarische Revolution in den USA selbst. Die diesbezügliche Besorgnis der US-Bundesregierung hatte folgende Grundlage:

Der kontinentale Zusammenschluß der (bis 1959) 48 nordamerikanischen Einzelstaaten zu einer bürgerlich-kapitalistischen Union hatte von Anbeginn die konterrevolutionäre Zwecksetzung der Bündelung bzw. schwerpunktmäßigen Konzentration aller einzelstaatlichen Bürgerkriegsreserven gegenüber jeglicher Rebellion der (aus historischen, ökonomischen, demographischen Gründen) überwiegend dezentralisiert und ungleichzeitig operierenden Arbeiterbewegung sowie gegenüber Rebellionen der nationalen Minderheiten. Die US-Monopolbourgeoisie ist hinsichtlich dieser Zweckbestimmung ihrer kontinentalen Union lange Zeit mit vergleichsweise geringen Kräften ausgekommen. Was sie aber sowohl am Zwang zur Intervention in den ersten Weltkrieg bereits gefürchtet hatte und wie auch nun erneut hinsichtlich ihrer Intervention in den zweiten imperialistischen Weltkrieg fürchtete, das war die politische Ausnutzung der (von ihr selbst mobilisierten) Konzentration bzw. Vereinheitlichung der Interessen von fast 13 Millionen Kriegsdienstpflichtigen durch eine organisierte revolutionäre Kraft.

Als eine solche Kraft haben sowohl die Regierung der Einzelstaaten wie auch des Bundes stets die KPUSA insofern aufgefaßt und bekämpft, als diese Partei innerhalb der Gewerkschaften und

bei Wahlen beispielsweise gegen den imperialistischen Krieg eintrat bzw. für die Gleichstellung der Afro-Amerikaner und für die "Selbstbestimmung des Schwarzen Gürtels" (d.h. der Südstaatenregionen mit überwiegend afro-amerikanischer Arbeiterbevölkerung). Während des zweiten Weltkriegs sollten insbesondere zwei Maßnahmen die politische Wirksamkeit einer diesbezüglichen revolutionären Publizistik bzw. Tätigkeit liquidieren: zum einen die ab 1940 angewandte Anti-Subversionsgesetzgebung, welche "Wehrkraftzersetzung" und "organisiertes Vorbereiten bzw. Durchführen eines Regierungsumsturzes" (in den Einzelstaaten sowie in Bezug auf den Bund) unter drakonische Strafen stellte; zum andern die faktische Internierung der Mehrheit der eingezogenen Afro-Amerikaner, da jeglicher Einsatz derselben in Kampftruppen auf die Bewaffnung jener Bewegung für die Lösung des "Schwarzen Gürtels" vom Unionsverband und deren politische Selbstverwaltung hinauszulaufen drohte.

Man kann die politischen Gefahrenminderung (hinsichtlich jener o.a. Besorgnis der US-Monopolbourgeoisie), die durch die Hinwendung der KPUSA zum Patriotismus (3) eingetreten ist, erst richtig würdigen, wenn man zusätzlich die sogenannte "Armee-Meuterei von 1946" und die gleichzeitig stattgehabten Klassenkämpfe in den USA in Rechnung stellt:

Die US-Bundesregierung hatte im Zusammenhang mit den eingangs skizzierten Expansionszwecken bzw. Expansionsabsichten (ihrer Intervention in den zweiten Weltkrieg) nach der Kapitulation der Gegner der Anti-Hitler-Koalition lediglich eine Teildemobilisierung ihrer 13 Millionen-Streitmacht vorgenommen. Daraufhin kam es zunächst ab Ende August/Anfang September zu einer Welle von mündlichen und schriftlichen Protestbekundungen gegenüber kommandierenden Generälen sowie Kongreß-, Senatsabgeordneten bzw. dem "Weißen Haus" in Washington – und zwar ausgehend von den Soldaten, und ihren Angehörigen. Als das Gros der Eingezogenen an Weihnachten immer noch nicht zu Hause war, kam es zu ersten großen Demonstrationen von US-Soldaten in Manila/Philippinen, die am 24.12. 1945 mit 4000 Mann vor ihr Hauptquartier zogen und auf Transparenten und Sprechchören "Wir wollen Schiffe" (zur Heimkehr) verlangten.

Als am 6.1. 1946 die Entscheidung des Kriegsministeriums bekannt wurde, die Teildemobilisierung drastisch zu verlangsamen, kam es rund um den Erdball zu einer Massenmeuterei der US-Armee: und zwar erneut in Manila, auf Guam, in Saipan, in Kalkutta, in Reims, in Paris, in Camp Foster/Frankreich, in Frankfurt/Main, sowie in Camp Andrews/Maryland, USA (6.1.–13.1.1946). Die Skala der "Disziplinbrüche" reichte von Beschimpfungen bzw. Pfeifkonzerten gegenüber Kommandeuren über Hungerstreiks und Protestmärsche bzw. Demonstrationen bis hin zur Stürmung von Hauptquartieren und Massenversammlungen, auf denen (so etwa vor 12000 Soldaten in Manila) die Absichten der US-Bundesregierung (in Ostasien) angegriffen wurden. Im Verlaufe dieser Armee-meuterei kam es zu wachsender Organisation, gestützt auf Gewerkschaftskader unter den Soldaten, sowie zur Wahl von Delegierten und Vertretungskörperschaften und schließlich zur Verabschiedung von Forderungskatalogen ("Magna Charta der Kriegsdienstpflichtigen"): Unter den 156 Delegierten von insgesamt 140000 US-Soldaten auf den Philippinen befand sich beispielsweise Sergeant E. Mazey, später Mitglied des Vorstands der Vereinigten Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAWU (4).

Diese Revolte der US-Armee hat tatsächlich die ursprünglichen Absichten des Kriegsministeriums durchkreuzt, insofern es zur zügigen Demobilisierung von über acht Millionen Soldaten gezwungen werden konnte. Dieser Erfolg der Meuterei wird sich auch der Tatsache verdankt haben, daß die US-Bundesregierung zum gleichen Zeitpunkt mit der politischen Zersetzung, juristischen Einschüchterung und militärischen Niederwerfung der größten Streikbewegung in der Geschichte der nordamerikanischen Union beschäftigt war (5).

An ihr waren vom September 1945 bis in den Winter 1946/47 hinein mit unterschiedlicher Dauer bzw. Intensität, sowie in verschiedenen Regionen folgende Branchengewerkschaften mit insgesamt über fünf Millionen Beschäftigten (davon allein 1946 4,6 Mio.) beteiligt: Öl-, Holz-, Maschinen-, Hafen-, Textil-, Automobil-, Elektrizitäts-, Fleischverpackungs-, Stahl-, Braunkohle-, Eisenbahn-, (öffentliche) Transport- und Kommunikationsarbeiter-Gewerkschaften, sowie Lastwagenfahrer- und Lehrergewerkschaften. Daneben kam es 1946 außerdem zu Generalstreiks in Lanca-

ster (Pennsylvania), Stamford (Connecticut), Rochester (New York) und Oakland (California). Diese Kämpfe richteten sich hauptsächlich gegen die schlimmen Reallohnsenkungen bzw. gegen die drastische Verschlechterung des Lebensstandards sowie gegen die faktische Aufrechterhaltung bzw. Anwendung der Kriegssondergesetzgebung auf die Produktion/Reproduktion und auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung. Demgegenüber hat sich die US-Bundesregierung – zum Zwecke der Niederwerfung dieser Ausstände – teils auf die Oberste Bundesgerichtsbarkeit, teils auf den direkten Einsatz von Militär oder die Androhung desselben gestützt, so z.B. gegen die Ölarbeiter, die Eisenbahnarbeiter und die Grubenarbeiter. "Wir", so Präsident Truman, "gebrauchten die Waffen, die uns zur Verfügung standen, um eine Rebellion gegen die Regierung niederzuschlagen." (5)

Die US-Monopolbourgeoisie ist in den hier zur Rede stehenden Nachkriegsjahren (und selbstredend auch danach) fest davon überzeugt gewesen, daß trotz der Hinwendung der KPUSA zum Patriotismus (seit 1941) die stets wiederkehrenden Klassenkämpfe sowie die damit verknüpften Erfahrungen auch das Bedürfnis nach politischer Organisation mit revolutionärer proletarischer Zielsetzung immer wieder erneuern würden. Sie hat daher nicht nur die KPUSA selbst, sondern jegliche revolutionäre Theorie und Praxis durch entsprechende Verfolgungsgesetze bzw. Verfolgungsmaßnahmen aus dem öffentlichen Leben der USA zu verbannen gesucht – das reichte hin bis zur rigorosen Bibliothekensäuberung bzw. dem Ansinnen der Bücherverbrennung. Hat dieser Feldzug der sozialen Befriedung ihr die "innere Ruhe" für die äußeren Expansions- und Interventionsabsichten sicherstellen können?

Die internen Dokumente und die öffentlichen Bekundungen der US-Bundesregierung sowie des Kongresses und Senats (6) belegen einerseits die Absicht der militärischen Zerschlagung sowohl der UdSSR wie auch (später) der VR China. Und sie belegen gleichzeitig den Mangel an einer zuverlässigen Masseninfanterie für diese Vorhaben und von daher die alleinige Abstützung diese Vor-

haben auf die atomare Luftkriegsführung. Darüber hinaus findet sich das (mehrheitliche) Eingeständnis, daß die UdSSR dadurch weder zu erobern noch zu besetzen sei und daß außerdem einem solchen Überfall die öffentliche Verurteilung als "ungerechter Krieg" sowohl innerhalb wie außerhalb der USA widerfahren würde und daß dieser Überfall somit zu einer politischen Niederlage "in dem grundlegenden ideologischen Konflikt" (Memorandum des Nationalen Sicherheitsrats, 14.4. 1950) führen würde.

Vor dem Hintergrund dieser Eingeständnisse läßt sich daher eine bedenkenswerte Feststellung des seinerzeitigen Staatssekretärs für die Armee, K.C. Royall, vom 15.4. 1948 dechiffrieren: "Die nationale Verteidigung brauche – auch für Langstreckenbomber – Stützpunkte auf dem europäisch-asiatischen Kontinent. Für diese Basen seien Besatzungen von 300 000 bis 400 000 Mann erforderlich." (6) "Auch" für die Luftwaffe bedeutet so viel wie "auf alle Fälle für die Infanterie" – deren auswärtige Dislozierung im Kontext des Eingeständnisses der Nichtmachbarkeit einer Landkriegsführung gegen die UdSSR dann aber nur folgendes zum Zweck haben konnte (bzw. haben kann): Bereithaltung a) für eine kollektive imperialistische Invasion der (für hinreichend "innerlich morsch" befundenen) UdSSR – sozusagen als Expeditionskorps; b) als regionale Interventionstruppe gegen Bürgerkriege, soziale Revolutionen und antikoloniale Befreiungskriege und schließlich c) Bereithaltung als ständige auswärtige Reserve der Konterrevolution für die USA selbst.

(1) s. Teil II, Pol. Ber. 10/84; (2) B. Greiner/K. Steinhaus: Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg – Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR (Dokumentation), Köln 1980; (3) J. Brecher: Streiks und Arbeiterrevolten – Amerikanische Arbeiterbewegung 1877–1970, S. 193/194; (4) David Cortwright: Soldiers in Revolt – The American Military Today, New York 1975, S. 149–151; (5) J. Brecher a.o., S. 200–204; (6) s. Greiner/Steinhaus a.o. und Archiv der Gegenwart Jg. 1945–50, Stichwort "Vereinigte Staaten/Außenpolitik u. Wehrwesen" – (huh)

Bleistiftskizze



Punker in der Fußgängerzone, Hamburg-Altona, mas, Kunstgruppe Hamburg

Beide Äußerungen sind ein eindeutiges Kennzeichen dafür, daß die europäischen Imperialisten bei einer Ausweitung des Krieges auf jeden Fall mit dabei sein wollen. Die Kontrolle über die Erdöl- und Rohstoffvorkommen in den Staaten am Persischen Golf ist für sie von strategischer Bedeutung für die Treibstoffzufuhr z.B. im Kriegsfall, liegen diese Vorkommen doch relativ nahe.

Armee nach heftigen Kämpfen die Stadt Khorramshahr einnehmen und Abadan einschließen. Anfang 1981 lief sich die irakische Offensive jedoch fest. Der Krieg entwickelte sich zum Stellungskrieg mit riesigen Materialschlachten.

Beide Seiten versorgten sich mit Waffen, wo sie sie nur kaufen konnten: Iran, bei Libyen, Syrien, Algerien und auch Israel, Irak bei den Golfstaaten, Ägypten, Jordanien, Frankreich und auch der UdSSR.

Im September 1981 durchbrach die iranische Armee den Ring um Abadan. Von nun an wurden die Iraker fortlaufend zurückgedrängt.

Seit April 1982 sperrte Syrien die Pipeline vom Irak zum Mittelmeer. Daraufhin kündigte der Irak an, verstärkt iranische Erdölförderzentren anzugreifen. Iran erklärte, dann die Straße von Hormuz gänzlich zu blockieren. Die NATO-Staaten antworteten mit unverhohlenen Interventionsdrohungen.

Bis heute unternahm die iranische Armee verschiedene Großoffensiven, an denen bis zu 500 000 Soldaten teilnahmen. Ein nicht geringer Teil davon sind "Freiwilligenverbände". Sie konnte zwar die irakische Armee bis hinter die Grenze zurückwerfen, ein entscheidender Durchbruch ist bislang aber nicht gelungen und auch nicht absehbar. Die Zahl der Gefallenen wird auf beiden Seiten zusammen auf über 200 000 geschätzt.

Schon ein solch kurzer Überblick zeigt, daß dieser Krieg kein "Stellvertreterkrieg" ist, sondern daß zwei Staaten mit dem Einsatz aller ihrer Ressourcen kämpfen.

Gründe, die für die imperialistische Logik zur Einmischung immer hinreichend sind, zusätzlich zur oft angeführten "Freiheit der Schifffahrt" haben sich die europäischen Imperialisten genügend geschaffen. Sie konnten ihren Einfluß als größte Handelsmächte und Gläubiger gegenüber beiden kriegsführenden Staaten ausbauen. Die BRD ist dabei führend. Sie liefern vor allem Maschinerie, Industrieanlagen und wie im Falle Frankreichs bekanntgeworden, Waffen in großem Umfang. Der Irak ist inzwischen mit knapp 40 Mrd. Dollar bei europäischen Banken verschuldet und hat mehrere Umschuldungen durchgeführt. Die französischen Imperialisten haben erreicht, daß der Irak einen Teil seiner Schulden mit Erdöl zu einem Preis von 80% des OPEC-Preises bezahlt, die BRD drängte gegenüber der irakischen Regierung auf Rücknahme der Gesetze, die eine Beteiligung von ausländischen Kapitalisten in irakischen Unternehmen verbieten. Der Iran verkauft inzwischen ebenfalls unter den OPEC-Preisen.

Quellenhinweis: Europa-Archiv, Nr. 10/84; EG-Amtsblatt v. 16.4.84



Der Krieg hat sich zu einem Stellungskrieg mit Materialschlachten, Massenangriffen und Massenverlusten entwickelt.

In der Islamischen Republik herrscht die Bourgeoisie

Die imperialistische Presse stellt als Triebkraft für den Krieg gerne den "religiösen Fanatismus der Mullahs" dar. Jedoch ist die Islamische Republik nur die Form, in der die herrschende Klasse Irans ihre Macht ausübt und mit der sie ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen will.

Die Revolution gegen das Schah-Regime wurde von einem Klassenbündnis aus Arbeitern, Bauern, Mittelklassen und der nationalen Bourgeoisie getragen.

Die Bourgeoisie beteiligte sich daran, weil sie für ihre Profitmacherei unter diesem Regime keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr sah. Die Milliardenlöhne aus den Verkäufen des Erdöls blieben in den Händen der engsten Gefolgschaft des Schahs. Diese importierten davon Luxusgüter, investierten das Geld im Bank- und Versicherungswesen, in der Grundstücks- und Gebäudespekulation und in anderen Dienstleistungsbereichen, deren Anteil am Bruttosozialprodukt 1978 35,7% betrug. Die industrielle Entwicklung war auf solche Industrien, welche Zulieferfunktionen für die Imperialisten erfüllten, beschränkt. So wuchs zwar der Handel mit den imperialistischen Ländern, die auch den Hauptnutzen davon hatten, die Entwicklung einer selbständigen Industrie und des Binnenhandels stagnierte dagegen. Obwohl bis 1978 wegen der Vertreibung der Bauern vom Land die Stadtbevölkerung auf 48% der Gesamtbevölkerung angewachsen war, waren immer noch ein Drittel davon Kleinsteigentümer samt Familien. Der nationalen Bourgeoisie fehlten Kapital, geschickte Arbeitskräfte und ein funktionierender Binnenmarkt. Als der Schah in der Krise 1978 obendrein noch Preiskontrollen einführte und eine Zunftkammer errichtete, verlor



er bei dieser Klasse die letzten Anhänger.

Mit Hilfe der schiitischen Geistlichen konnte die iranische Bourgeoisie unauffällig die Führung des Volksaufstandes gewinnen. Nach dem Sturz des Schah nutzte sie die islamischen Rechtsvorstellungen, um die Forderungen der Arbeiter, Bauern und übrigen Kleinproduzenten zurückzuweisen. Als 1979 arme Bauern und Landarbeiter das brachliegende Land von Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten in Besitz nahmen, verbot die Regierung bei Androhung von Todesstrafe weitere Landbesetzungen. Die Bourgeoisie hatte begonnen, sich mit den im Lande verbliebenen Feudalherren auszusöhnen, um die Kämpfe der Arbeiter und Bauern niederschlagen zu können. Noch 1979 setzte sie gegen Fabrikbesetzungen Militär ein, Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen wurden gewaltsam und blutig niedergeschlagen.

In der 1980 verabschiedeten "Islamischen Verfassung" hat die Bourgeoisie ihre wichtigsten Ziele durchgesetzt. Das "Recht auf Eigentum" nutzt sie als Schranke gegen Betriebsbesetzungen und gegen eine wirkungsvolle Bodenreform. Das ebenfalls festgeschriebene Recht auf "freie Berufswahl" hilft nur scheinbar den Armen und Arbeitslosen. In Wirklichkeit lösen die Herrschenden damit im Iran erstmals alle rechtlichen Schranken gegen die Zerstörung von zunftmäßigen und familiären Bindungen auf und verbessern so die Möglichkeiten der Kapitalisten, ausreichend viele geschickte Handwerker ausbeuten zu können. Die Verstaatlichung der Banken, die Senkung des Zinssatzes und die Einführung zinsfreier Kredite dienen vor allem der Umwandlung des Ölreichtums in Akkumulationsmittel der Bourgeoisie.

ISLAMISCHER "PROTESTANTISMUS" UND "ARABISCHER SOZIALISMUS"

Entsteht im Iran eine neuartige "islamische" Wirtschaftsordnung, wie die Ideologen der Islamischen Republik behaupten: "Weder kapitalistisch noch sozialistisch, sondern ein drittes System, das die Akkumulation des Reichtums weder in den Händen von Individuen noch in denen einer bestimmten Gruppe oder Klasse, wie z.B. der Regierung in sozialistischen Ländern, erlaubt"? Und wird im Irak eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut, wie es die regierende Arabische Sozialistische Baath-Partei schon im Namen verspricht? Eine Untersuchung der Entwicklungs-Strategien beider Bewegungen zeigt, daß sie sich vor allem gegen Hindernisse richten, die der Akkumulation von Kapital in den Händen der einheimischen Bourgeoisie entgegenstehen.

Der iranische Soziologe Ali Schariati (1933–1977) gilt als wichtigster geistiger Wegbereiter der "Islamischen Revolution". Sein Hauptthema ist die "kulturelle Entfremdung" der iranischen Gesellschaft durch europäische Gewohnheiten, Ideologien und intellektuelle Moden. "Die Bourgeoisie ist noch nicht soweit, daß sie uns entfremden könnte. Woran wir leiden, ist noch härter und gefährlicher – es ist die kulturelle Entfremdung." Nur eine Rückbesinnung auf die eigenen "kulturellen Quellen", vor allem den Islam, könne "geistige" und in der Folge auch wirtschaftliche Unabhängigkeit bringen.

Mit diesem Gedanken einer "islamischen Renaissance" – Renaissance (Wiedergeburt) ist übrigens auch die Bedeutung des arabischen Wortes "Baath" – bezieht sich Schariati ausdrücklich auf die europäische Renaissance und vor allem auf den Protestantismus, die Ideologie der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals: "Der Protestantismus hat das mittelalterliche Europa grundlegend verändert ... Der Aufgeklärte muß nun einen islamischen 'Protestantismus' einleiten."

Was hat nun nach Schariati die Imperialisten dazu veranlaßt, die traditionelle Kultur und Religion der unterdrückten Nationen der Dritten Welt zu zersetzen? Das Interesse, die in maschineller Maschinenproduktion hergestellten Erzeugnisse überall absetzen zu können: "Der Kolonisator ist daran interessiert, daß seine Maschinen ständig arbeiten, die Unterschiede unter den Menschen, Nationen, Religionen, Geschmäckern, Identitäten und Künsten verschwinden und die Menschen und Rassen zu homogenen Verbrauchern der westlichen Waren werden."

Die Folge: die einheimische herrschende Klasse bezieht ihre (Luxus-)Konsumgüter aus dem Ausland (und verschleudert dazu einen großen Teil der Öleinnahmen), das traditionelle Handwerk

wird ruiniert, moderne Industrieproduktion für den inneren Markt kann sich wegen der ausländischen Konkurrenz nicht entwickeln. Schariati: "Das Haus ... wird nicht etwa mit Perserteppichen ausgelegt, sondern mit Teppichboden, weil es im Ausland so üblich ist. Wenn auch unsere Vorfahren tausend Jahre auf dem Perserteppich gelebt haben, muß ein modernes Haus entweder mit maschinell gefertigten Teppichen oder mit Teppichboden ausgestattet sein, weil wir nicht die Fähigkeiten besitzen, unsere eigene Wahl zu treffen." Die Rückkehr zum Islam erweist sich "nebenbei" als – absatzfördernd für die heimische Teppichproduktion.

Die Fähigkeit der bestehenden Bourgeoisie, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, sah Schariati freilich eher skeptisch, da der Basar den Austausch zwischen herrschenden Grundbesitzern und imperialistischem Kapital selbst vermittelte: "Die Bourgeoisie der islamischen Länder ist die klassische Bourgeoisie des Basars, die weder über Produktionsmittel verfügt noch produzieren läßt, sondern die landwirtschaftlichen Produkte verbraucht. Neben ihr ist eine neue Bourgeoisie herangewachsen. Es sind die Basarhändler, die in die modernen Geschäftsstraßen der Städte übergewechselt sind, dort als Zwischenhändler die modernen Waren der bürgerlichen Industriegesellschaft anbieten und somit einen nicht unerheblichen Beitrag zu Verbreitung der westlichen Konsumgüter in ihrer eigenen Gesellschaft leisten. Im Gegensatz zur europäischen Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts ... führte diese Bourgeoisie den städtischen Konsum ein, ohne gleichzeitig eine städtische Produktion zu schaffen. Es gibt zwar schon vereinzelt Unternehmen, die sich moderner Produktionsweisen bedienen; sie bilden aber noch keine eigene Klasse!"

Durch die Revolution hat sich daran einiges geändert: die Großgrundbesitzerklasse ist geschwächt, ihre Verbindungen zum

Ausland sind größtenteils gekappt; die Bourgeoisie kann mit Hilfe von "Islamisch" zinslosem Kredit die Quellen der Kapitalakkumulation in ihren Händen konzentrieren. "Die mit dem (Schah-)Regime verbundene soziale Klasse hatte so viel Geld", schreibt der Chefredakteur der Zeitung "Islamische Republik", "daß sie nicht wußte, wie sie es ausgeben sollte". Die Bourgeoisie weiß es: aus Kaufleuten werden industrielle Kapitalisten.

Schon 1980 hat Khomeini selbst die islamischen Gelehrten als "schärfste Waffe des Basar" bezeichnet. Heute nennt er als soziale Herkunft des Führungspersonals der Islamischen Republik: "Theologiestudenten und kleine Geschäftsleute aus dem Basar."

Je mehr Kapital die Bourgeoisie in ihren Händen sammeln kann, desto schroffer werden alle Ansprüche der Arbeiter auf selbständige Wahrung ihrer Klasseninteressen zurückgewiesen. Schon Schariati hatte übrigens unter ausgiebiger Nutzung der katholischen Marxismus-Kritik – eine heftige Polemik gegen den wissenschaftlichen Sozialismus geführt, der mit dem Islam "in allen Bereichen der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Moral unvereinbar" sei.

Nach der Revolution formuliert Khomeini das Glaubensbekenntnis des erst durch Ausbeutung lebendiger Arbeit "produktiven" Kapitals: "Die Regierung ist verpflichtet, Arbeits- und Produktionsmittel für Arbeiter, Bauern und andere Werktätige zur Verfügung zu stellen. Sie sollen sich darüber bewußt sein, daß die Streiks und Bummelstreiks ... die Hoffnungen der Unterdrückten enttäuschen ... Das iranische Volk ist nicht länger bereit, unverdienten Lohn zu zahlen." Hatten sich die iranischen Volksmassen in der Geschichte gegen die schlimmste Ausbeutung oft auf den schiitischen Islam bezogen, rechtfertigt dieser jetzt die rücksichtsloseste Unterordnung der Lebensinteressen der Werktätigen unter die "islamische" Akkumulation.

Die Entwicklungsstrategie der irakischen Baath-Partei ist davon gar nicht so weit



Straßendemonstration während der islamischen Revolution. Die Bourgeoisie hat sich gegen die anderen revolutionären Klassen durchgesetzt.

entfernt. Wie für Schariati die "kulturelle Entfremdung", so ist für den Baath-Gründer Aflaq die staatliche Zersplitterung der arabischen Welt "das Haupthindernis" einer selbständigen Entwicklung: "Die Einheit ist es nämlich, die das fehlende technische Wissen und andere Schwächen aufwiegt; sie allein stellt das Allheilmittel gegen die endemische Unterentwicklung dar und bietet schließlich auch die Garantie dafür, daß keine Anstrengung mehr ins Leere geht."

Freilich hat die Baath-Partei ihr Programm konsequenter durchgeführt: anders als im Iran sind die Großgrundbesitzer durch eine gründliche Bodenreform als Klasse praktisch liquidiert worden; die Ökquellen wurden – wie im Iran – verstaatlicht, der Abfluß von Geld ins Ausland durch Bildung von Staatskapital gestoppt.

Einig sind sich beide Regimes in ihrer Feindseligkeit gegen den "Materialismus" und besonders den wissenschaftlichen Sozialismus. 1963 hat die Baath-Partei aus "Idealismus" über 10000 Kommunisten massakriert. Der "Sozialismus" (in Wirklichkeit: Staatskapitalismus) ist ihr nicht ein Ziel der sozialen Befreiung, sondern ein Mittel zur Herstellung der "arabischen Einheit", d.h. insbesondere eines ausgedehnten Binnenmarktes. Aflaq: "Die arabische Einheit steht in der Werteskala höher und ist fortgeschrittener als der Sozialismus ... Der Sozialismus ist der Körper und die Einheit ist die Seele."

Da wundert es nicht, daß sich der irakische Präsident Saddam Hussein zum energischen Verfechter des Privateigentums aufwirft und die Existenz von Ausbeutung rundweg bestreitet: "Wir sind der Überzeugung, daß das Privateigentum Hand in Hand ... mit der sozialistischen Aktivität geht ... Bei uns gibt es Mehrwert, dennoch besteht keine Ausbeutung. Ausbeutung gäbe es, wenn der Staat nicht instande wäre, den Bürgern eine Arbeit zur Verfügung zu stellen, und wenn der Staat die zentralen Gesetze nicht erlassen hätte, die den Menschen innerhalb der Gesellschaft schützen."

Ein Bündnis der Arbeiter und Bauern mit Teilen der Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus ist in vielen Ländern notwendig. Politische und ideologische Unterordnung unter die "Entwicklungs-Strategien" der nationalen Bourgeoisie aber wird die arbeitenden Klassen aufs neue der schärfsten Ausbeutung unterwerfen. Daß der Ausbeuter jetzt ein Landsmann ist, ist dabei ein geringer Trost.

Quellenhinweis: Schreiner/Becker/Freund (Hrsg.), Der Imam; Ali Schariati, Wo fangen wir an?; ders., Das Menschenbild im Marxismus, in anderen abendländischen Denkschulen und im Islam, beide erschienen in der Reihe "Islamische Renaissance", hrsg. von der Botschaft des Iran in der BRD; Michel Aflaq, Der Anknüpfungspunkt; Saddam Hussein, Internationale Pressekonferenz am 20.7.80

Mit dem Krieg will die Bourgeoisie ihre Macht festigen
Um den Widerstand der werktätigen Bevölkerung gegen diese Politik zu zerschlagen, konnte sich die Regierung nicht ohne weiteres auf die vom Schahregime übernommene Armee stützen, weil die Gefahr eines Putsches von Anhängern des gestürzten Regimes nach wie vor bestand. Auch der Aufbau der bewaffneten Milizen "Wächter der Revolution" löste dieses Problem nicht.

In dieser Situation nutzte die iranische Bourgeoisie den Krieg mit Irak, um ihre Macht zu festigen. Sie schürte die Angst vor Besetzung und kriegerischen Zerstörungen, erklärte, der Irak wolle die islamische Revolution und alle ihre Errungenschaften vernichten. Das sozialistische Baath-System begehe Verbrechen gegen den Islam und müsse deshalb gestürzt werden. Dem gegenüber verkündete sie ihr Ziel, die islamische Revolution auch in die Nachbarländer zu tragen, um so die Bedrohungen der Islamischen Republik Iran zu beenden.

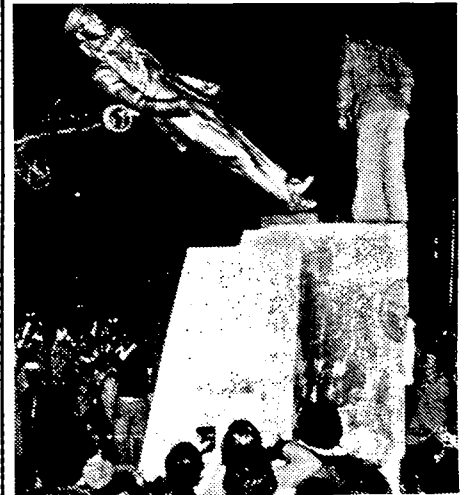
Vermittels des Krieges hat die herrschende Klasse einen zuverlässigen Machtapparat aufgebaut. Säuberungen der Armee ließen sich während der Erfolge der Iraker problemlos durchführen. Vor allem aber herrscht seit 1980 praktisch Kriegsrecht im Land. Bis heute sind alle oppositionellen Organisationen verboten und zerschlagen worden. Der Krieg liefert den Vorwand für ein umfassendes Überwachungs- und Kontrollsystem und für blutige Unterdrückung jeglicher oppositioneller Bewegung.

Die iranische Bourgeoisie kann sich offenbar vorläufig auf keinen Kompromißfrieden einlassen. Sie würde damit den Anspruch aufgeben, daß eine islamische Revolution die einzige Möglichkeit für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung des Irans sei und zugestehen, daß der Weg der Baath-Partei im Irak mindestens gleichwertig ist. Dafür hält sie ihre Machtpositionen für noch nicht genug gefestigt. Deshalb erklärt sie, den Krieg bis zum Sturz der irakischen Regierung fortsetzen zu wollen.

Kriegsziele des Irak

Die im Irak herrschende Bourgeoisie, die ihre Macht mittels der panarabischen Baath-Partei ausübt, sah ihre Profite und ihre Möglichkeiten, politischen Einfluß in der Golf-Region auszuüben, durch das Schahregime empfindlich eingeschränkt. Als Handlanger der Imperialisten in dieser Region setzte es alles daran, den einen unabhängigeren Kurs steuernden Irak zu schwächen. Dafür unterstützte Iran die Kurdenaufstände und schürte Unruhen unter der schiitischen Be-

völkerung, so daß die irakische Regierung ständig um die Herstellung der Einheit des Staates bemüht sein mußte. Mit dem Sturz des Schah sah die irakische Regierung die Möglichkeit, diesen Zustand ein für alle mal zu beenden, den Iran zu schwächen und zu teilen. So erklärte Staatspräsident Hussein im März 1981: "Von nun an würden wir auf Irans Einheit nicht mehr bestehen, weil das Land, das zur arabischen Nation und zum Irak feindlich steht, untergehen muß." (2)



1979 mußte der Schah das Land verlassen. Seine Statuen werden niedrigerissen.

Der Sturz der islamischen Regierung in Teheran hätte die Anziehungskraft, welcher der Gedanke der islamischen Revolution auf die schiitischen Bevölkerungsteile hat, beendet und zugleich vielleicht noch die Annexion der Ölprovinz Khusistan ermöglicht.

Auch wenn der Irak diese Kriegsziele nicht erreicht hat, konnte die irakische Bourgeoisie im Verlaufe des Krieges ihre Machtstellungen ausbauen und ebenso wie die iranische die gesamte politische Opposition unterdrücken. Ein Friedensschluß zum jetzigen Zeitpunkt würde sie nicht in dieselben Schwierigkeiten bringen, wie die iranische Regierung. Sie ist schon viel länger an der Macht und ihr politisches System ist kein Experiment mehr. Sie darf den Krieg nur nicht verlieren.

Quellenhinweis: (1) Peter Hünseler, Der Irak und sein Konflikt mit Iran, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 22, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, S. 67; (2) Rede des Staatspräsidenten der Republik Irak, Saddam Hussein, vom 14.3.1981, hrsg. von der Botschaft der Republik Irak; Brennpunkt Mittel-Ost, Kohlhammer Taschenbücher, Reihe "Bürger im Staat"; Verfassung der Islamischen Republik Iran; OMZ, Europäische Wehrkunde 1980–1984 – (clm, uld, ulg)



Ladenschlußgesetz

Bereits der CDU-Parteitag debattierte teilweise kontrovers über eine Änderung der Ladenschlußzeiten, jetzt liegt dem FDP-Bundesparteitag ein Antrag vor, der eine ersatzlose Streichung des Ladenschlußgesetzes fordert. Dahinter steht der Wunsch der Kapitalisten, "flexible" Arbeitszeiten durchzusetzen, die je-

de Regelmäßigkeit in der Reproduktion der davon betroffenen Arbeiterhaushalte zerstörten – "Ich muß noch einkaufen", soll kein Argument mehr sein gegen Arbeit zu jeder Tages- und Nachtzeit. Das Interesse der Kapitalisten ist so stark, daß sie die Regierungsparteien drängen, selbst einen Konflikt mit den kleinen Händlern in Kauf zu nehmen.

Zimbabwe: Wer Land nicht nutzt, soll enteignet werden

Dies sieht ein Gesetz vor, das die Regierung von Zimbabwe vor einigen Monaten bekanntgegeben hat. Bei Erlangung der Unabhängigkeit mußte die ZANU einer Verfassungsbestimmung zustimmen, die die Enteignung von Land verbietet. Weiße Farmer und Agrarkapitalisten versuchen seither, die dringende Landreform dadurch unmöglich zu machen, daß sie ihr Land nicht verkaufen, sondern lieber brach liegen lassen. Dagegen will die Regierung nun auch mit Enteignungen vorgehen und das Land an die schwarzen Bauern verteilen. Gleichzeitig fördert sie die Bildung von Produktionskooperativen in der Landwirtschaft.



Der Umweltschutz hat jetzt in Bayern Verfassungsrang

Volksentscheid Umweltschutz

Am 17. Juni findet in Bayern ein "Volksentscheid Umweltschutz" statt zur Änderung der Verfassung mit einem eigenen Umweltschutzartikel. Die bayerischen Industriellen vertreten den Standpunkt, daß dem Umweltschutz kein "absoluter Vorrang ohne Abwägung mit anderen Zielsetzungen des Gemeinwohls ein-

geräumt werden" darf. In einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten hat Dr. Rolf Rodenstock die Staatsregierung dazu aufgefordert, die Wirtschaftsinteressen zu berücksichtigen. CSU und SPD sind sich einig. Welche Aufgabe hat nun der Verfassungsartikel? Wie sieht die Position der Grünen dazu aus?

Anträge an den Gewerkschaftstag der ÖTV

Der Gewerkschaftstag der ÖTV muß sich mit den Maßnahmen des Dienstherren auseinandersetzen und ein Vorgehen beraten, das Arbeitern und Angestellten wie auch den Beamten ermöglicht, den von der Regierung geführten Angriffen auf Arbeitsbedingungen und Löhne und Gehälter entgegenzutreten. Der Hauptvorstand der ÖTV will von der beschlossenen "lohnorientierten Tarifpolitik" zu einer "qualitativen Tarifpolitik" übergehen in einem Augenblick, zu dem dem Dienstherren gelungen ist, erhebliche Lohnsenkungen gegenüber den Beschäftigten durchzusetzen und die Beamten jeglicher Verbindung zum Lohn tariff zu berauben.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.